Proletarier aller Länder vereinigt euch! Proletarier aller Länder und unterdrückte Völker vereinigt euch!

Kommunistische Volkszeitung

Zentralorgan des Kommunistischen Bundes Westdeutschland (KBW) – Ausgabe Nord

27. Juni 1977
Jg. 5 Nr. 26

Herausgeber: Zentrales Komitee des Kommunistischen Bundes Westdeutschland (KBW) – Für die Redaktion verantwortlich: H.J.Hager – Erscheint im Verlag Kühl KG Verlagsgesellschaft Kommunismus und Klassenkampf, Mainzer Landstr. 147, 6000 Frankfurt 19 – Gedruckt in Frankfurt

Wochenzeitung 50 Pfg.
P 21060 C

Ernüchterung für die Imperialisten nach der Messe in Guangdschou

„Chinas Ideologen auf dem Rückzug – in der Wirtschaftspolitik zieht wieder Pragmatismus ein", so und ähnlich hörten sich die Hoffnungen der Imperialisten an, sie könnten wieder einen Fuß nach China setzen. In der Außenhandelspolitik konzentriert sich ihr Angriff darauf, China Kreditgeschäfte aufzuzwingen. Nach der Messe von Guangdschou (imperialistisch: Kanton) macht sich wieder Ernüchterung breit, weil sie auf der ganzen Linie abgeblitzt sind. „Die Verkäufer waren schon zufrieden, wenn sie die Preise der letzten Messe halten konnten." (Nachrichten für Außenhandel)

China hält fest an dem Prinzip, sich auf die eigene Kraft zu verlassen, Handel zum gegenseitigen Nutzen zu betreiben und Nützliches von anderen Ländern zu lernen.

Eindeutig erklärte kürzlich in der Zeitschrift „Chinas Außenhandel" Nr. 1/77 die Massenkritikgruppe des Chinesischen Rates zur Förderung des internationalen Handels: „Wir sind strikt gegen die Ausbeutung unserer nationalen Ressourcen durch ausländisches Kapital. Wir haben nie gemeinsame Unternehmen mit dem Ausland gemacht, und wir nehmen keine Kredite von anderen Ländern. China hat weder innere noch äußere Schulden." Eine deutliche Antwort auf die imperialistischen Träume.

44 Wochen Streik der Grunwick-Arbeiter

London. Immer entschiedener wehren sich die Arbeiter in Großbritannien gegen die rigorose Senkung ihrer Löhne. Ein Kristallisationspunkt dieses Kampfes ist der seit 44 Wochen andauernde Streik der Grunwick-Arbeiter, einem Foto-Entwicklungsbetrieb, der vor allem farbige Arbeiterinnen beschäftigt mit Wochenlöhnen von etwa 75 DM netto (18 Pfund) für 40 Stunden. Der Kampf begann im August 1976 für höhere Löhne und die Anerkennung der von ihnen gebildeten Betriebsgewerkschaft.

Den Postarbeitern wird durch die Justiz die Unterstützung des Streiks durch Blockade des Filmversands untersagt. Unter [illegible] Polizeischutz werden geheuerte Streikbrecher und Material in den Betrieb geschafft.

Als am Montag, dem 20.6. die Polizei den Terror gegen die Streikposten verstärkte, über 100 Arbeiter verhaftete und etliche zusammenschlug, kam es zu einer breiten Solidarisierung. Bauarbeiter in London führten einen halbtägigen Solidaritätsstreik durch, Bergarbeiter aus Yorkshire und Schottland reisten mit Bussen und Eisenbahnen an. Am Donnerstag erreichte der Kampf einen neuen Höhepunkt, „zahlreiche Polizisten wurden bei dem Versuch, Verhaftete abzuführen, schwer verprügelt". (Frankfurter Allgemeine Zeitung, 24.6.77) Das Entsetzen fährt der Bourgeoisie in die Knochen, sie schreien nach dem Staatsapparat, „ein gefährlicher Modellfall für die Unterhöhlung von Ruhe und Ordnung in ganz Großbritannien" könne „durch gewerkschaftliche Kampfmaßnahmen entstehen".

Uran auf Spitzbergen

Auf der Insel *Spitzbergen* wurden Uran- und neue Kohlevorkommen gefunden. Spitzbergen gehört nach dem Spitzbergenvertrag seit 1920 zu Norwegen, steht aber allen Unterzeichnerländern des Vertrages zur wirtschaftlichen Nutzung offen. Bisher haben nur Norwegen und die Sowjetunion Kohle abgebaut. Die neuen Expeditionen wurden auch von westdeutschen Kapitalisten finanziert, ein Teil des Uranerzes in Westdeutschland untersucht.

Unter dem Meeresgrund zwischen Norwegen und Spitzbergen liegen große Mengen an Erdgas und Erdöl. Um die Fischereirechte und die Ausbeutung des Meeresbodens gibt es seit mehreren Jahren ergebnislose Verhandlungen zwischen Norwegen und der UdSSR, bis auf ein vorläufiges Fischereiabkommen in der letzten Woche, das die Raubfischerei an Jungfischbeständen durch die Sozialimperialisten *nicht* vertraglich untersagt.

Gleichzeitig fanden Seemanöver in der Barents-See statt, an denen unter anderem der Flugzeugträger „Kiew" teilnahm. Der Appetit der US-Imperialisten ist nicht weniger groß. 1972 erklärten sie bereits, sie könnten sich nicht der norwegischen Auffassung über den Meeresboden um Spitzbergen anschließen. Dieser sei ebenfalls international zu nutzen und könne nicht von Norwegen beansprucht werden. Die US-Imperialisten sehen schon einen Bohrturm neben dem anderen – und alle müssen natürlich militärisch „geschützt" werden. Schließlich muß die sowjetische Nordflotte, die in Murmansk liegt, vorbei, wenn sie in den Atlantik will.

Herbert Wehners „grausame Woche"

Imperialistenhaushalt / Wehrdienstnovelle / Angriff auf die Sozialversicherungen / Steuererhöhungen

Zu Beginn des parlamentarischen Beschlußgemetzels in der letzten Woche sagte Herbert Wehner: Diese Woche wird grausam. Der Renegat ist ein Meister der Halbwahrheit. Die Woche war grausam, aber doch nicht für Herbert Wehner. Die Auswirkungen der gefaßten Beschlüsse sind allesamt langzeitig, aber da wird es an Grausamkeit nicht fehlen. Aber grausam wird das Geschäft auch für die sozialdemokratischen Politiker, die spätestens im Winter wieder „hinaus ins Land" müssen, wo die Länderwahlen sind.

Wer soll schon übersehen, daß die Verabschiedung des berühmten „Steuerpaketes" einen Kurswechsel der Regierung in Richtung drei Strich näher auf die offene Reaktion hin bedeutet? Senkung der Vermögenssteuer, Anhebung der indirekten Steuer auf den Konsum, der Mehrwertsteuer von 11 auf 12 Prozent, Änderung des Kindergeldgesetzes. Die Senkung der Vermögenssteuer ist liberal, sie bedeutet Entfesselung der privaten Profitmacherei. Die Anhebung der Mehrwertsteuer ist reaktionär. Wenn die Löhne sinken und damit die Konsumkraft der Massen sinkt, das Steuereinkommen des Staatsapparates darf nicht sinken. Die Mehrwertsteuer bedeutet, daß das Finanzkapital seinen Anspruch auf Zahlung einer gewissen Summe aus den Lohngeldern als eiserne Regel, die unabhängig von der Höhe der Löhne durchgepeitscht werden muß, betrachtet. Läßt sich das Angebot eines erhöhten Kindergeldes vielleicht als Milderung dieses brutalen Steuerzugriffs interpretieren? Nur von Trotteln. Die Anhebung des Kindergeldes soll den Gewerkschaftssozialdemokraten erleichtern, gegen den Lohnkampf der Arbeiter vorzugehen. Es ist doch bekannt genug, daß die Geburtenrate sinkt. Welcher Arbeiter soll sich damit abfinden, daß er einen Lohn gezahlt kriegt, der es ihn und seinen Klassengenossen nicht mehr ermöglicht, Nachwuchs zu erziehen? Damit der Lohn auf ein Minimum gesenkt werden kann, das gerade für einen jungen, gesunden, ledigen, voll leistungs- und überstundenfähigen Arbeiter berechnet ist, braucht es die Ausrede mit dem Kindergeld. Das kommt auf diesem Wege zehnfach wieder rein. Nein, niemand kann erwarten, daß dies verborgen bleibt. Deswegen hat die SPD-Fraktion auch einige Primeln blühen lassen, die von Dagegenstimmen sprachen. Diese sind aber in der richtigen Anzahl rechtzeitig dahingewelkt. Wir hatten das kommen sehen und in dieser Zeitung auch schon geschrieben. Grausame Woche? Grausam genug, aber man muß kein Prophet sein, um den Sozialdemokraten, die all dies verteidigen müssen, grausame Monate vorherzusagen, wo immer sie sich blicken lassen, müssen sie's kriegen.

Nicht bloß wegen dem Steuerpaket. Da ist auch noch die Wehrdienstnovelle. Diese wird jetzt Scheel zur Unterschrift vorgelegt. Wenn er unterschreibt, wird die CDU/CSU Verfassungsklage erheben. Die Wehrdienstnovelle *klingt* liberal, weil danach in Zukunft jeder einzelne Rücksprache mit seinem Gewissen halten und Waffendienst für die Bourgeoisie leisten kann oder auch nicht. Für sozialdemokratische Betrüger ist das Ding interessant, weil es der bestehenden Abnei-

Fortsetzung Seite 2



„Freien Zutritt in allen Mitgliedsstaaten für die Interamerikanische Kommission für Menschenrechte" forderte der US-Außenminister Vance vor der Jahresversammlung der amerikanischen Staaten. Die Wirtschaftshilfe solle mehr an die Wahrung der Menschenrechte gebunden werden, erklärte Vance weiter. – Die imperialistischen Oberherren Amerikas suchen neue Gründe für Einmischung und Intervention. Dazu setzen sie sich sogar ein Stück weit von den von ihnen gestützten Terrorregimes ab, die ihre imperialistische Macht in mehreren Ländern Lateinamerikas aufrechterhalten. Die sowjetischen Sozialimperialisten versuchen, die Widersprüche zwischen den Staaten Lateinamerikas und den US-Imperialisten zu nutzen, um in Lateinamerika weiter Fuß zu fassen. Carters Politik zielt darauf, den USA-Imperialisten bei den Volksmassen weltweit zu neuem Ansehen zu verhelfen. Mit diesem moralischen Kredit wollen sie ihre Verbrechen zudecken bzw. als Wohltat für die Menschheit hinstellen. Die Konferenz konnte von den US-Imperialisten dazu gebracht werden, eine Kompromißresolution zu verabschieden. Die Arbeiter und Bauern Lateinamerikas setzen keine Hoffnung auf den US-Imperialismus, er ist ihr Todfeind und Aussauger. Ihr Kampf gegen die imperialistische Unterdrückung macht Fortschritte – unser Bild zeigt eine Kundgebung der Transportarbeiter in Bogota (Kolumbien) am 25. Mai für den 8-Stundentag und für feste Löhne. Gegenwärtig müssen sie 14 oder 16 Stunden täglich arbeiten.

Rekruteneinzug am 1. Juli:
Den Widerstand gegen die Unterdrückung und Ausplünderung in der Armee müssen die Rekruten gleich organisieren

Der Bundestag hat den neuen Bundeshaushalt verabschiedet. Milliarden von Geldern werden für die Verteidigung ausgegeben, um die Herrschaft der Kapitalistenklasse aufrechtzuerhalten und auszubauen. Da die Kapitalistenklasse diese Waffen nicht alleine bedienen kann, muß sie Teile der Arbeiterklasse dafür gewinnen, die Ausbeuterordnung im Lande aufrechtzuerhalten. Am 1. Juli werden Tausende von Jugendlichen in die Armee gezogen, sie sollen die freiheitlich-demokratische Grundordnung schützen. „Der Bundesrepublik treu zu dienen", ist in den Pflichten der Soldaten festgelegt. Dem sollen sie nachkommen. Dies wird am besten dadurch erfüllt, indem man den Anordnungen der Unteroffiziere und der höheren Chargen Folge leistet. Nur warum, für wen? Für die Kapitalisten und ihren Staat. Das muß mit Schikane durchgesetzt werden, daß Soldaten sich wenigstens „scheinbar" für die Interessen der Bourgeoisie „einsetzen". Was die Soldaten für eine Meinung über die Bundeswehr haben, wird schnell in den Diskussionen der Rekruten deutlich.

Von Anfang an will die Bourgeoisie die jungen Soldaten zu Zucht und Ordnung treiben. Dies werden die Soldaten gleich auf dem heimatlichen Bahnhof sehen. Dort werden die Feldjäger patroullieren und ihre Ordnung herstellen wollen. Gehaßt sind diese speziellen Einheiten der Armee, die gleichzeitig die Soldaten mit unterdrücken sollen. Der Bundeswehrführung geht es darum, die neuen Soldaten richtig einzuführen, wie sie es nennt. Dazu hat sie genaue Festlegungen getroffen, und es gibt auch Aufsätze darüber, wie die Rekruten sich leicht an die Armee gewöhnen können und sich nicht wie im Gefängnis fühlen brauchen. Wie ein Gefängnis, so kommt es vielen Soldaten vor, wenn sie in die Armee eingezogen werden. Es werden viele sein, die mit dem Pkw, zumeist aber mit der Eisenbahn, am 1. Juli anrücken. Der Zielbahnhof ist fest. Hier sammeln sich die Soldaten. Schilder, auf denen die Truppeneinheiten aufgetragen sind, stehen schon bereit, um das Verladen in die Busse zu beschleunigen und bereits nach militärischen Anweisungen zu organisieren. Zack-zack muß das gehen, sonst sind die Unteroffiziere unzufrieden. Dann in der Kaserne, wo die Zimmer aufgeteilt und die Papiere ausgeteilt werden, geht die Schikane weiter. Dies berichten uns Soldaten, die dies schon alles erlebt haben. In der Kaserne soll den Soldaten gezeigt werden, wer das Sagen hat. „Nehmen Sie Ihren Dreck vom Tresen", wird ein Soldat aufgefordert, seine Papiere und Fahrkarte wieder einzustecken. Hier wird deutlich, mit welchen Schikanen die Offiziere gegen die Soldaten vorgehen wollen. Hier reicht kein einzelnes Vorgehen, sondern die Soldaten müssen dies gemeinsam lösen.

„Das ist euer Dreck", erwidert der Soldat. Die Antwort dieses Soldaten ist mutig, die Unterdrückung der Armeeführung folgt unverzüglich. Dies macht deutlich, der Widerstand muß organisiert werden, dies muß gleich angepackt werden. Alleine kann kein Soldat Forderungen durchsetzen. Die ideologische Ausbildung wird gleich und rasch bei der Armee organisiert. Der erste politische Unterricht fängt zumeist bereits nach wenigen Tagen an. „Du bist jetzt beim Bund, was bedeutet, daß du Einschränkungen gegenüber deinem bisherigen Leben machen mußt. Finanzieller Art, persönlicher Art. Aber wenn du hier nicht den großen Mann spielen willst und dem folgst, was von deinem Vorgesetzten gesagt wird, dann ist alles halb so schlimm." So reden die Unteroffiziere vor den Soldaten. Was heißt überhaupt finanzielle Einschränkung? Der Sold von 165 DM ist doch keine Einschränkung. Das ist ein Hungersold, der hinten und vorn nicht ausreicht und die Soldaten knechtet. Solche Worte werden kein Verständnis bei den Soldaten finden, sondern Haß.

Die ersten Vorschriften sind also gemacht, und es geht weiter: 5.00 Uhr Wecken usw. Viele müssen sich erst umstellen. Aber es kommt noch schlimmer: Die ersten Wochen bei der Grundausbildung muß vor dem Essen angetreten werden. Im Gänsemarsch und zum Gespött der Soldaten, die schon längere Zeit da sind, wird zum Frühstück marschiert. Gegen die Schikane und Unterdrückung kann man sich nur gemeinsam zusammenschließen und dagegen kämpfen. Dies ist gerade am Anfang der Grundausbildung wichtig, zum Beispiel wenn aus dem Zimmer mit Sturmgepäck rausgetreten werden soll, dann tritt man gemeinsam raus, wenn alle fertig sind.

Die Bundeswehrführung will nicht, daß sich die Soldaten einig sind. Sie wollen die Soldaten einzeln behandeln und schikanieren. Auf einer Stube wurde Staub entdeckt, ein Soldat muß am Wochenende Wache schieben. Gemeinsame Zusammenschlüsse werden gleich von Anfang an zerstört.

Die Vertrauensleutewahlen werden bald stattfinden. Deshalb müssen sich die Soldaten schnell einig werden. Dies kann ein gemeinsamer Schlag gegen die Unterdrückung in den Kasernen sein und die Rechte der Soldaten gegenüber der Armeeführung erweitern. Viele Forderungen haben die Soldaten in ihren Kämpfen aufgestellt. Alle neuen Soldaten müssen von den Kämpfen der Soldatenbewegung lernen. Diese Kämpfe haben in jeder Kaserne stattgefunden und finden statt. Es kommen auf die Rekruten noch heftige Auseinandersetzungen in der Armee zu. Die können sie gewinnen, wenn der Kampf gleich angefangen wird.

„Rechte und Pflichten des Soldaten"
Öffentliche Mitgliederversammlungen der Soldaten- und Reservistenkomitees

Hamburg: 30.6.77, 19.00 Uhr im Hörsaal Phil D der Universität, von-Melle-Park.
Braunschweig: 30.6.77, 19.30 Uhr im Freizeit- und Bildungszentrum, Konferenzraum, Bürgerpark.
Clausthal-Zellerfeld: 28.6.77, 19.00 Uhr im Studentenzentrum (Cafeteria)), Silberstraße.
Wolfsburg: 29.6.77, 19.30 Uhr im Freizeit- und Bildungszentrum Westhagen.
Kiel: 30.6.77, 19.00 Uhr in der Gaststätte Waidmannsruh, Eckernförder-straße.
Bremen: 30.6.77, 19.30 Uhr in der Hochschule für Technik
Osnabrück: 30.6.77, 19.30 Uhr im Haus der Jugend
Göttingen: 30.6.77, 20.00 Uhr in der Gaststätte Drei Kronen, Mitteldorfstraße.
Flensburg: 30.6.77, 20.00 Uhr im ZOB-Restaurant.
Westberlin: 30.6.77, 19.00 Uhr in den Charlottenburger Festsälen, Königin-Elisabeth-Straße.
Hannover: 30.6.77, 19.00 Uhr, in der Stadthalle, Roter Saal
Oldenburg: 30.6., Zeit und Ort wird noch bekanntgegeben.

Auszüge aus der Erklärung des Präsidenten von Mozambique, Samora Machel, am 18.6.77 zu den Angriffen des rhodesischen Siedlerregimes gegen die Volksrepublik Mozambique

„Genossen, Landsleute, Exzellenzen, Vertreter des in der Volksrepublik Mozambique akkreditierten Diplomatischen Corps!

Unsere Bevölkerung in diesem Land war bereits Opfer der Aggression der Mörder der Streitkräfte von Ian Smith, als wir diese unsere Entscheidung bekanntgaben. (Die Blockade des rhodesischen Kolonialregimes, Red.) Wir riefen in unserer Erklärung die ganze internationale Gemeinschaft auf, ihre politische, moralische, diplomatische und materielle Unterstützung für den Kampf des Volkes von Zimbabwe für die nationale Befreiung in der Durchführung der Sanktionen gegen die britische Kolonie Südrhodesien zu verstärken. Die Antwort der internationalen Gemeinschaft war nicht nur positiv, sondern ermutigend für die weitere Befreiung des Volkes von Zimbabwe. Dennoch kam diese Antwort nicht einmütig von allen Mitgliedsländern der Vereinten Nationen. Ungeachtet öffentlicher Kritik, wußten einige Länder nicht, wie sie ihre Worte in konkrete Taten umsetzen sollten. Andere Länder verhielten sich hinhaltend und gaben den rhodesischen Rassisten weiterhin politische und militärische Hilfe, obwohl auch sie die Aggressionsakte des Rebellenregimes in Salisbury öffentlich verurteilten. Ihre Absicht damit war klar: dem Volk von Zimbabwe eine Lösung aufzwingen, die Ian Smith als rechtmäßigen Repräsentanten hinstellt. Dieses Manöver ermöglichte die Reorganisierung und Stärkung der Fähigkeit zum Angriff der Streitkräfte der Rebellen. Diese Länder wurden damit zu Komplizen der wachsenden Aggression gegen die Volksrepublik Mozambique. Tatsächlich setzte Ian Smith seit dem 3. März 1976 seine Angriffe gegen unser Land systematisch fort, verletzte unsere Souveränität und führte unter unserer Bevölkerung Massaker durch. Aber das Volk von Mozambique und seine bewaffneten Kräfte, die Volksbefreiungsstreitkräfte (FPLM), wissen die gebührende Antwort für die einfallenden Streitkräfte.

1976 seine Angriffe gegen unser Land sy- usw. Diese Verwüstungen kosten unserem

Heute möchten wir Sie davon in Kenntnis setzen, daß die Angriffe und Massaker in den vergangenen Tagen ein beispielloses Ausmaß angenommen haben. Die feindlichen Streitkräfte verfolgen Operationspläne, die gut vorbereitet sind, gegen genau festgelegte, vor allem zivile Ziele gerichtet. Außerdem mußten wir feststellen, daß der Feind modernes, hochentwickeltes Kriegsgerät einsetzt: schwere Artillerie, Panzer, Panzerfahrzeuge, Hubschrauber, Aufklärungsflugzeuge und Mirage-Kampfflieger. Es ist notwendig, eine kurze Bilanz der Verluste an Menschenleben und des materiellen Schadens, den die Aggression gegen unser Land verursacht hat, zu geben. Vom März 1976 bis März dieses Jahres wurden gegen die Volksrepublik Mozambique 143 Angriffe durchgeführt, davon 34 in der Provinz Gaza, 33 in der Provinz Manica und 36 in der Provinz Tete. Insgesamt wurden vom Mai 1976 bis zum 15. Juni dieses Jahres 1 432 Zivilisten getötet, darunter 875 Flüchtlinge aus Nyazonia, 505 Personen wurden verwundet. Dutzende von Dörfern und Städten, in denen friedliebende Menschen wohnen, die mit großem Einsatz und großer Begeisterung den Wiederaufbau ihres Landes in Angriff genommen haben, wurden völlig zerstört.

Heute existieren in Mapai, Giogo (...) nur noch verbrannte Überreste von den Häusern, Schulen, Krankenhäusern, Läden, öffentlichen Einrichtungen, Fabriken usw. Diese Verwüstungen kosten unserem Volk über 300 Millionen Escudos. Nur das rasche Zurückschlagen der feindlichen Aggression durch die FPLM und die Volksmiliz verhinderte, daß noch mehr Arbeiter getötet und noch größerer Schaden angerichtet wurde. Viele Genossen der Volksbefreiungsstreitkräfte und der Volksmiliz sind im Kampf für die Verteidigung der territorialen Integrität, zum Schutz des Lebens der Bevölkerung und ihres Eigentums gefallen.

Genossen, Landsleute, Exzellenzen, Vertreter des Diplomatischen Corps! Was bedeuten all diese Verbrechen, die gegen das Volk von Mozambique, gegen unsere Volksrepublik Mozambique verübt werden? Vor allem anderem bedeuten sie, daß sich das Regime von Ian Smith in einem offenen Krieg gegen Mozambique befindet. Damit wird die Absicht verfolgt, den Konflikt mit dem Volk von Zimbabwe über die Grenzen hinauszutragen. Das bedeutet den Versuch, den Kolonialkonflikt zu internationalisieren, die Aufmerksamkeit der Welt von der zentralen Frage, der nationalen Befreiung des Volkes von Zimbabwe, abzulenken.

Das rassistische Regime Ian Smith ist ein Krebsgeschwür, das beseitigt werden muß, es ist eine Herausforderung für die internationale Gemeinschaft. Die schiere Existenz des Regimes in Salisbury ist schon eine Bedrohung für den Frieden in diesem Teil Afrikas. Die Angriffe des Smith-Regimes gegen die Volksrepublik Mozambique, gegen die Republik Sambia und gegen die Republik Botswana haben das südliche Afrika zu einer Region gemacht, in der die Sicherheit und der Weltfrieden bedroht sind, und sie haben diese Region damit zu einem permanenten Spannungsgebiet gemacht. (...) Im Namen des Zentralkomitees der FRELIMO und des Ministerrats der Volksrepublik Mozambique erklären wir feierlich, daß wir fest entschlossen sind, den Verbrechen gegenüber unserem Volk und gegen unsere Souveränität ein für allemal ein Ende zu bereiten! (...)



Eine aktive und konkrete internationale Solidarität ist dringend notwendig. Das Volk von Mozambique braucht dringend materielle Unterstützung, damit es die schweren Folgen tragen kann, die wir aufgezeigt haben. Wir rufen die ganze internationale Gemeinschaft auf, beizutragen zur Stärkung unserer Verteidigungsanlagen, damit wir die von den Rassisten zerstörten Gebiete wieder aufbauen können." – (Radio Maputo, 18.6.77)

Einschulung

Frau K. berichtet, ihre Tochter sollte beim Schulreifetest einen Zug mit geschlossenen Gardinen zeichnen. Das Mädchen hat sich geweigert. Sie wollte lieber einen Zug ohne Gardinen zeichnen, damit man auch hinaussehen kann, und außerdem müsse sie bei zugezogenen Gardinen immer an Schlafengehen denken. Frau K. ist Putzfrau, ihr Mann Arbeiter. Ihre Tochter hat sich durch ihre Weigerung vier Minuspunkte eingehandelt, weil sie sich nicht den Anweisungen der Schulobrigkeit unterworfen hat. Das gerade sollte getestet werden, der Gegenstand ist dabei zunächst unerheblich, entscheidend ist das Verhalten des Kindes und seine Klassenherkunft. Es geht nicht darum, ob etwa das Kind einen Zug mit Gardinen vor dem Fenster zeichnen *kann.*

Dieser Test ist Teil der Einschulungsprozedur. Die Schulpflicht beginnt.

Mit den Schulpflichtgesetzen hat sich die herrschende Klasse ein Instrumentarium geschaffen, mit dem sie den Zugriff auf die Kinder der Arbeiterklasse und die Kontrolle der Arbeiterfamilien organisiert. Dieses Instrument baut sie gemäß der Entwicklung und Verschärfung der Klassenwidersprüche ständig aus. Unter Strafe bei Zuwiderhandeln sind heute die Eltern gezwungen, ihren Nachwuchs zur körperlichen und geistigen Musterung der Schulbehörde vorzuführen, ihre Familienverhältnisse offenzulegen: Ob die Mutter ledig, geschieden oder verheiratet ist, interessiert dabei ebenso wie der Beruf des Vaters. Die Rekruten für die spätere Lohnarbeit werden sortiert. Die Schulreife wird festgestellt.

Seit 1974 ist z.B. in Niedersachsen die Prozedur des psychologischen Tests Zwang, falls ein Rektor sich für seine Schule für den Test entscheidet. Das

Schule für den Test entscheidet. Das

macht er in den Schulen, die in Arbeitervierteln liegen. Im Göppinger Schultest, der sehr häufig verwendet wird, soll angeblich das Sprachvermögen der Kinder getestet werden, indem man sie nachsprechen läßt: Ich bin ein braves Kind. Ich bin stark und groß. Ich will in der Schule fleißig und brav sein. – Um dann später groß und stark und brav und fleißig für die Ausbeuterklasse zu schuften. So denkt sich das die staatliche Schulbehörde. Erfüllt ein Kind die Tests nicht, ist es nicht „schulreif", erfüllt es nicht die Ansprüche, die die Bourgeoisie an die Kinder der arbeitenden Klassen hat, nämlich für die zukünftigen Bourgeois den Profit zu produzieren, sie zu ernähren, zu bedienen usw.

Vor einigen Jahren noch bedeutete „nicht schulreif" Zurückstellung der Kinder um ein Jahr von der Schulpflicht und Schikane der Eltern, das Kind in diesem Jahr schulreif abzurichten. Angesichts der Entwicklung der Klassenkämpfe ist der bürgerliche Staat aber dabei, seinen Zugriff auf die Kinder der Arbeiterklasse und des Volkes vorzuverlegen. Die Eltern sind heute verpflichtet, da, wo es Vorschulen gibt, die Kinder in die Vorschule zu schicken. Dahin kommen ebenfalls obligatorisch die „Zurückgestellten". Die Vorschulen werden ausgebaut.

Im Schulentwicklungsplan Hannover von 1972 heißt es noch, die strengen Voraussetzungen für eine Einweisung in die Sonderschule möchten doch gelockert werden, um eine „rechtzeitige Überweisung" zu ermöglichen. Auch das ist inzwischen gesetzlich geregelt und hat den Charakter einer Zwangseinweisung. Bei „Unreife" können die Kinder gleich und ohne Zustimmung der Eltern in die Sonderschule geschoben werden. Wer nicht als „Erziehungsberechtigter" die staatliche Schulbehörde unterstützt, wird entmündigt.

Im neunten Schuljahr kommt dann oft das dicke Ende nach. Die Schulbehörde führt Buch: Das zurückgestellte Jahr zählt als Schuljahr im Rahmen der gesetzlichen Schulpflicht. Die Möglichkeit, in einem zehnten Schuljahr den Hauptschulabschluß zu kriegen, fällt flach. Früh rein in die Schule unter die Fuchtel der Aufsicht der herrschenden Klasse mit dem Stempel „zurückgestellt" und früh raus, präpariert als besonders billiger Lohnsklave mit dem Stempel „ohne Hauptschulabschluß". Beide werden unter Berufung auf die Schulpflicht immer häufiger vergeben. Das schmeckt der Bourgeoisie.

Die Arbeiterbewegung hat das Interesse, die Schulpflicht unter ihrer Kontrolle zu verteidigen.

Herbert Wehners „Grausame Woche"

Fortsetzung von Seite 1

gung der Jugend, für die Bourgeoisie Waffendienst zu leisten, entgegenkommt. Das Gesetz selber hat eine andere Richtung. Wurde man früher als „Kriegsdienstverweigerer" anerkannt, so konnte man nicht mehr geholt werden. Weil manchmal laxe Handhabung des Anerkennungsverfahrens nötig ist, um die Armee vor zersetzenden Elementen zu bewahren, werden durch dies Verfahren die Reserven der Bourgeoisie stark beansprucht. Anders jetzt. Man wird jetzt in den Ersatzdienst geschickt und es bleibt *offen,* ob man nun „anerkannt" ist oder nicht. Braucht das Vaterland dann Männer zu seiner Verteidigung, und hat dann das Vaterland auch schon Strafkompanien eingerichtet, wo diese Männer z.B. Minen räumen und weniger werden, dann können massenhafte Prüfungsverfahren eingeleitet werden. Wenn das die ganze Lumperei dieser Novelle wäre, hätte diese Lumperei nicht das große Kaliber, das gegenwärtig gefragt ist. Wer sich jetzt für Waffendienst unwillig erklärt, kommt zu Ehrenberg, dem Arbeitsminister. Schon länger steht fest, daß der „zivile Ersatzdienst" nicht auf die „humanitären" Tätigkeiten eingeschränkt werden muß, auf die er früher eingeschränkt war. Der Ersatzdienst darf jetzt so ziemlich jede Arbeit verrichten. Es muß bloß ein öffentliches Interesse nachgewiesen werden. Es handelt sich um die Wiedereinführung des deutschen Arbeitsdienstes. Das Ding ist eine Maßnahme zur Militarisierung der Produktion. Der Ersatzdienstleistende hat überhaupt keine gewerkschaftlichen Rechte. Er hat nicht einmal das Recht auf Kündigung und freizügig ist er auch nicht und die Betriebsverfassung und Personalvertretung gilt auch nicht und Lohn bekommt er auch keinen, sondern er wird kasernenmäßig verpflegt und kriegt dazu ein Taschengeld. Dienstflucht wird bestraft wie Fahnenflucht. Da macht es doch der Finanzbourgeoisie nichts aus, wenn es *viele* Ersatzdienstleistende gibt. Den Arbeitsdienst hatten wir doch schon mal.

Sowieso geht das Ehrenberg-Ministerium einen stark „nostalgischen" Kurs. Wir stehen nicht an, Ehrenberg als einen Schreibtischmörder faschistischer Tradition zu bezeichnen. Solche glatten Bankfachleute hatten auch im Faschismus das Ruder in der Hand. Aber das sind Äußerlichkeiten. Es geht darum, was Ehrenberg *tut.* Das „Sozialpaket" ist ein Strick zur Erdrosselung von Rentnern. Durch die Maßnahmen bei der Rentenzahlung und der Gesundheitsversorgung werden Millionen von Rentnern früher unter die Erde gebracht. Es handelt sich um ein Verbrechen, über das die Arbeiterklasse hoffentlich noch zu Lebzeiten des p.p. Ehrenberg Gericht machen wird. Die Sache ist so brutal, daß man fast nicht drüber reden will. In den Krankenhäusern liegen ziemlich viele alte Arbeiter und Arbeiterinnen. Weil sie ihrer Lebtage ausgebeutet wurden und weil die Renten so niedrig sind, sind sie jetzt im Alter natürlich ziemlich anfällig. Die Krankheiten sind meist pflegeintensiv. Jeder Krankenschwester, die auf einer entsprechenden Station zu tun hat, sterben im Monat mehrere „Fälle" weg, die bei einigermaßen sachgerechter Pflege, wie sie z.B. bei alten Bourgeois stets üblich ist, wieder hochkommen würden. Wenn man nur etwas mehr Zeit und Platz hätte. Das weiß das Pflegepersonal. Das wissen auch die Chefärzte. Das weiß auch der Minister Ehrenberg. Aber das Ehrenbergministerium betreibt absichtsvoll das Krankenversicherungs-Kostendämpfungsprogramm. Wir behaupten: Diese Maßnahmen lassen jeden moralischen Vergleich mit der „Endlösung der Judenfrage" zu. Der Bankfachmann Ehrenberg ist ein Schreibtischmörder. Wir haben auf diese Verbrechen an den alten Arbeitern und Arbeiterinnen schon oft hingewiesen. Vielleicht kriegen wir endlich einen Prozeß, wenn wir dem verantwortlichen Minister Ehrenberg persönlich ankreiden, was natürlich ein Interesse der Finanzbourgeoisie als Klasse ist. Die Taktik der Bourgeoisie zur Bereinigung der Probleme der Sozialversicherungen hat die Bourgeoisie bei den Renten den rein geldmäßig gesehen freilich rentablen Weg der Beseitigung der Sozialversicherten als wahres Problem der Versicherungen beschreiten lassen. Grausame Woche, „Onkel Herbert"? Der SPD-Fraktionschef ist selber schwer zu fassen. Traut sich kaum mehr raus. Aber die Fraktion, die Fraktion weiß schon, was auf sie zukommt. Man sollte sie nicht enttäuschen.

Zur Überwindung der Krise 1966/67 bildeten die Bourgeoisparteien die große Koalition. Das hatte verschiedene Vorteile. Die große Koalition hat eine ganze Reihe reaktionärer Gesetzesmaßnahmen verstohlen und rasch durchgezogen. Das hatte auch Nachteile. Das durch Hunderttausende von bürgerlichen Ideologen allen eingehämmerte Schema, „wem die Regierung nicht paßt, der muß eben Opposition wählen", kam ins Wackeln. Das war der Nachteil der offenen großen Koalition. Diesen Nachteil hat die heutige große Koalition nicht. Die heutige große Koalition ist über den Bundesrat organisiert. Da funktioniert dann das parlamentarische Wechselspiel formell, denn es funktioniert sowohl bei den Bundestags- als auch bei den Landtagswahlen ungestört. Über den Bundesrat wird dann alles zu einer großen Koalition vermanscht. Die Väter der Verfassung wußten schon, was sie taten. So ist es möglich, große Koalition zu machen und alles unter einer Decke zu halten und gleichzeitig lebhafte Parlamentsdemokratie vorzuspielen. Daß es geheuchelt ist, sieht man an den gekünstelten Kohl-Auftritten im deutschen Bundestag. Es war, wie wenn der oberste Palasteunuch dem drittobersten Palasteunuchen die unbefugte Benutzung des kaiserlichen Nachthafens vorwirft. Für dieses künstliche Rumgegickel hat Kohl zunächst glänzende Pressekritiken gekriegt. Man braucht eben „Opposition".

Der Bundeshaushalt selber wurde letzte Woche verabschiedet. Die Debatte wurde eingeleitet durch den „Mißbilligungsantrag". Das Bundesverfassungsgericht hat Bundeskanzler Schmidt bescheinigt, er habe als Bundesfinanzminister unberechtigt Gelder ausgegeben und damit die Verfassung gebrochen. Dem Bundesverfassungsgericht war völlig klar, daß aus diesem Urteil keine weiteren Konsequenzen folgen können. Warum das Urteil? Tatsache ist, wir haben jetzt einen Bundeskanzler, der auf die Frage „Verfassungsbruch?" einfach antworten kann, na ja, na und?!. Die Bourgeoisie besteht nicht aus den Politikern, hohen Verwaltungsbeamten, Professoren und Richtern. Die Bourgeoisie besteht als eine soziale Klasse. Im Imperialismus besteht die Bourgeoisie aus den Monopolkapitalisten, die zum Finanzkapital verschmolzen das ganze Politiker-, Richter-, Journalisten-, Ideologenpack am Zügel führen.

Wenn jetzt eine Konjunktur käme, sei es nur eine kleine, ein „Zwischenhoch", wie das heißt, so würde sich infolge der gefaßten Gesetze und des systematisch gesenkten Lohns binnen weniger Monate in diesem Lande ein Kapital zusammenballen, wie es noch nicht da war. Die Bundesregierung hat sowieso schon die „dritte Phase der außenpolitischen Entwicklung der Bundesrepublik Deutschland" eingeläutet. Das probate Mittel dieser dritten Phase, die durch das „Tragen weltweiter Verantwortung" gekennzeichnet ist, sind die Fregatten, die nach Verabschiedung des Haushaltes zusammengenietet werden. Diese werden auf dem Weltmarkt die Flagge der Profitsucht der BRD-Imperialisten zeigen. Nette Perspektiven aus Bonn. Man muß sie als eine Aufforderung zum Kampf begreifen und den Bourgeoispolitikern schwere ideologische Gefechte liefern. Rasch muß das angehen. Wenn sie mit den Ergebnissen der „grausamen Woche" ungeschoren durchkommen, was werden sie als nächstes tun?

Überquellende Kapitalmärkte – Kapital auf der Suche nach Mehrwert

Wesentlich lebendiger als in der Sphäre der Produktion bewegt sich das Kapital derzeit auf den Wertpapiermärkten, und hier besonders auf den Rentenmärkten, die den Handel der festverzinslichen Wertpapiere, Anleihen usw. umfassen.

Für 27 Milliarden DM haben die Kapitalisten von Januar bis April inländische festverzinsliche Wertpapiere gekauft. Zum Vergleich: das ist mehr als die Summe der Nettolöhne aller Industriearbeiter im entsprechenden Zeitraum. Der Kurs und der Zinssatz für die Wertpapiere regelt sich nach Angebot und Nachfrage des Geldkapitals. Brauchen viele Kapitalisten oder der Staatsapparat einen Kredit, so werden viele Wertpapiere zum Verkauf angeboten. Das drückt auf den Kurs, hebt aber den Zins in die Höhe. Denn nur bei Zahlung eines hohen Zinses findet sich ein anderer Kapitalist, der sein überschüssiges Geldkapital als Kredit verleiht. Umgekehrt verhält es sich, wenn die Kapitalisten viel überschüssiges Geldkapital haben. Sie würden es gerne anlegen und konkurrieren darum, ein Wertpapier, das ihnen Zins verspricht, zu ergattern. Also steigt der Kurs, aber sie sind schon mit wenig Zins zufrieden. Dies ist zur Zeit der Fall. Die Kapitalisten – genauer genommen die Monopolkapitalisten – schwimmen im Geld. Sie haben große Fortschritte darin gemacht, ihren Profit aus weniger Arbeitern zu pressen, die Ausbeutung gnadenlos zu steigern, und jetzt ernten sie. Andererseits dauert die Krise an, die Profitrate ist zu tief. Die Kapitalisten verwenden ihr zusätzliches Geld nicht für den Ankauf weiterer Arbeitskraft und Produktionsmittel – im Gegenteil rationalisieren sie weiter –, sondern sie tragen es zu Bank und Börse, damit es ihnen dort Zins abwerfe. Da viele Kapitalisten in dieser Lage sind und relativ wenige dieses Geld als Kredit ihrerseits zum Ankauf von Arbeitskraft und Produktionsmitteln brauchen, herrscht eine Schwemme von Geldkapital und drückt den Zins nach unten. Im April „fielen die Zinsen am deutschen Rentenmarkt auf ein Niveau, das letztmals im ersten Quartal 1965, also 12 Jahre zuvor, verzeichnet worden war." Man erinnert sich sofort, daß nach 1965 die erste große Wirtschaftskrise folgte. Die Aufblähung des Kapitalmarktes ist in aller Regel ein frühes Zeichen für zunehmende Überproduktion von Kapital. Läßt der Stachel des Profits etwas nach, so wird der Kapitalist zum bloßen Geldverleiher. Die Kapitalisten gehen auf den Aktien- und insbesondere den Rentenmarkt, um sich einen Anteilschein an der Gesamtsumme des Mehrwerts zu erwerben. Woher sonst sollte der Zins kommen? Gewöhnlich findet dadurch ein Ausgleich zwischen verschiedenen Kapitalisten statt. Strömen jedoch die Kapitalisten in ihrer Mehrzahl auf den Kapitalmarkt, weil die gesellschaftliche Profitrate gesunken ist, wovon soll da der Zins gezahlt werden, wenn die Profitproduktion stagniert. Unweigerlich muß das Kartenhaus zusammenbrechen und eine noch schrecklichere Krise hervorrufen. – (Z-Red.)

Kommunistische Volkszeitung – Ausgabe Nord – Herausgeber: Zentrales Komitee des Kommunistischen Bundes Westdeutschland (KBW) – Für die Redaktion verantwortlich: H.J. Hager – Erscheint im Verlag Kühl KG, Verlagsgesellschaft Kommunismus und Klassenkampf, Postfach 190 240, Mainzer Landstraße 147, 6000 Frankfurt 19, Telefon 1611 / 73 02 36 – Gedruckt in Frankfurt – Redaktion: Hindenburgstraße 15, Postfach 3 406, 3000 Hannover, Telefon 0511 / 81 40 45 – Zu bestellen über: Buchvertrieb Hager GmbH, Postfach 190 240, Mainzer Landstraße 15, 6000 Frankfurt 19 – Jahresabonnement incl. Porto: 36 DM – Gesamtauflage der Kommunistischen Volkszeitung Nr. 26: 32 000.

Arbeitsbeschaffungsprogramme – Programme zur Durchlöcherung der gesetzlichen Schranken gegen die Ausbeutung

Ungefähr alle zwei Monate kommen Regierung und Opposition mit neuen Vorschlägen zur Bekämpfung der Arbeitslosigkeit, zur Schaffung neuer Arbeitsplätze heraus. Als letztes machten die Fraktionen von SPD und CDU Vorschläge: Senkung der Altersgrenze für Rentner, 10. Pflichtschuljahr mit berufsvorbereitenden Inhalten, ein Babyjahr für berufstätige Mütter und Teilzeitbeschäftigung im öffentlichen Dienst.

Die Stellungnahme der Kapitalisten war kurz und bündig dazu:

„Die beiden Arbeitsmarktprogramme, die gestern vom CDU-Bundesausschuß bzw. von der SPD-Fraktion verabschiedet wurden, haben bei den Arbeitgebern wenig Anklang gefunden. Die Bundesvereinigung der Arbeitgeberverbände erklärte, Vorrang müßten Maßnahmen haben, mit denen neue Arbeit geschaffen werde, nicht jedoch Maßnahmen, mit denen die Nachfrage nach Arbeit vermindert werde. Geeignete Wege, neue Arbeitsplätze zu schaffen, seien eine wachstumsgerechte Lohnpolitik und gezielte Steuerentlastungen, meinen die Arbeitgeber." (ZDF, 14. Juni)

Die Prioritäten wurden also zurechtgerückt. Nicht daß die Kapitalisten gegen die von den Parteien anvisierten Maßnahmen seien, sie verlangten aber größere Klarheit in der Stoßrichtung der Programme.

Der SPD-Parteivorsitzende Brandt hatte an der Sitzung der SPD-Fraktion teilgenommen. Am darauffolgenden Samstag hielt er eine Rede vor der Arbeitsgemeinschaft für Arbeitnehmerfragen in der SPD in Saarbrücken:

„Die Kernfrage ist für mich nicht: Wie rationieren wir die Arbeitsplätze; auch nicht, wie wir uns vorübergehend entlasten; sondern die Kernfrage ist meiner Meinung nach, wie wir neue, zusätzliche, gute Arbeitsplätze schaffen können. (...) Wenn Mittel und Methoden, die bisher angewendet worden sind, sich als unzureichend erweisen, dann müssen neue Vorschläge unvoreingenommen geprüft werden."

Ein schneller Lernprozeß.

Was heißt die salbungsvolle Umschreibung *„neue, zusätzliche, gute"* Arbeitsplätze? Es geht um Arbeitsplätze unter „neuen" Bedingungen. Und zwar nicht um Arbeitsplätze, sondern um die Bedingungen, unter denen die Kapitalisten die Arbeitskraft der Arbeiter kaufen. In diese Richtung geht auch der Auftrag der Kapitalisten an die Politiker in den bürgerlichen Parteien, die gesetzlichen Schranken, die sich die Arbeiterbewegung gegen die zügellose Ausbeutung durch die Kapitalisten erkämpft hat, zu durchlöchern, um sie so wirkungslos zu machen.

In den Tarifkämpfen der letzten Jahre haben die Kapitalisten den Preis der Ware Arbeitskraft unter ihren Wert gedrückt, durch die spalterische Politik der sozialdemokratischen Gewerkschaftsführung haben sie der Arbeiterklasse Lohnsenkungen aufgezwungen. Das reicht jedoch noch nicht. Die Profitgier der Kapitalisten schreit nach schrankenloser Ausbeutung der Proletarier, frei von Schranken eines gesetzlichen Arbeitstages, einer Altersgrenze, eines gewissen Kündigungsschutzes usw.

Um für den Kampf um die Neuaufteilung der Welt eine günstige Ausgangsposition zu haben, ist die Aufweichung und Beseitigung der gesetzlichen Schranken für die westdeutschen Imperialisten von entscheidender Bedeutung.

Wenn die Kapitalisten und alle bürgerlichen Politiker plötzlich ihr Herz für die Arbeitslosen entdeckt haben und es zum *„Problem Nr. 1"* erklären, dann zeigt das nichts anderes, als daß sie das riesige Millionenheer der Arbeitslosen als Hauptmittel zur Spaltung der Arbeiterklasse und darüber zur Durchlöcherung der Tarifverträge und gesetzlichen Schranken einsetzen wollen. Gegenüber dem Gewinn, den die Kapitalisten aus dieser Durchlöcherung ziehen, ist der zweite Effekt der Arbeitsbeschaffungsprogramme, die Mästung der Kapitalisten mit Geldern aus den Versicherungskassen der Arbeiter, ein nützlicher Nebeneffekt. Die Hauptangriffspunkte der Kapitalisten gelten der gesetzlichen Regelung des Arbeitstages, der gesetzlichen Regelung des Rentenalters und des Rechts auf Ablehnung von Rückstufungen und niedrigerer Bezahlung bei Wiedereinstellung nach der Arbeitslosigkeit.

Bisher hat ein Arbeiter, sofern er so alt wird und nicht vorher durch die Akkord- und Arbeitshetze zerschlissen wird, nach 65 Jahren das Recht auf Rente. Diese Rente ist niedrig genug und reicht zum Leben nicht, weil die Kapitalisten sich an den Rentenkassen bereichern, über die sie verfügen; aber die Arbeiter sind in bezug auf diesen Punkt der Willkür der Kapitalisten noch nicht vollständig unterworfen.

In allen Arbeitsbeschaffungsprogrammen taucht jetzt das Wort von der flexiblen Altersgrenze auf. Flexible Maßnahmen zielen auf zweierlei: die Beseitigung jeglicher gesetzlichen Altersruhegrenze und die Senkung der Renten.

„Dies zeigt sich zum Beispiel bei dem Vorschlag, die Altersgrenze für das flexible Altersruhegeld befristet vom 63. auf das 60. Lebensjahr zu senken. Dieser Vorschlag, der von der CSU abgelehnt wird, sieht im einzelnen so aus: Für das flexible Altersruhegeld gilt 1978 eine Altersgrenze von 60 Jahren. 1979 wird die Altersgrenze bis zum 61. Lebensjahr, 1980 auf das 62. Lebensjahr und 1981 auf das 63. Lebensjahr angehoben, was der geltenden Regelung entspricht. (...) Der Vorstand hat in das Papier jedoch die Bemerkung hineingeschrieben, daß die CDU für eine versicherungsmathematische Lösung eintrete, wie dies den CDU/CSU-Vorschlägen des Jahres 1972 entsprochen habe. Dies bedeutet, daß die Rente für jedes vorgezogene Jahr um etwa fünf Prozent verkürzt werden müßte." (Frankfurter Allgemeine Zeitung, 8.6.77)

Dem SPD-Vorsitzenden Brandt ist dies noch zu umständlich. Er schlägt, wenn auch um umwunden, die Aufhebung jeglicher gesetzlichen Beschränkung vor:

„Wir sollten den Grundgedanken der flexiblen Altersgrenze nicht zur Disposition stellen lassen: Es gab und gibt gute Gründe, die Belastungen eines harten Berufslebens zu honorieren; es gab und gibt auch die Pflicht gegenüber denjenigen, die in der anderen Richtung weitermachen möchten."

Also Auflösung nach beiden Seiten hin. Was sind die *„Belastungen eines harten Berufslebens"* und was ist der Wunsch, *„weiterzumachen"*? Ganz schlicht: Wer nach jahrzehntelanger Akkordhetze, Überstundenschinderei, Lohndrückerei völlig ausgelaugt und für die Profitproduktion nicht mehr verwendbar ist und entlassen wird, soll gleich auf eine niedrigere Rente gesetzt werden, wobei die Rente um so niedriger ist, je früher er zerschlissen ist, sein Tod also dadurch noch beschleunigt wird. Wer sich trotz der Schinderei noch arbeitsfähig gehalten hat, soll schaffen bis zum Umfallen. Die Beseitigung der gesetzlichen Altersgrenze würde die Arbeiter völlig den Bewegungsgesetzen und ökonomischen Zwängen des Kapitals unterwerfen.

In bezug auf die gesetzlichen Schranken des Arbeitstages haben die bürgerlichen Parteien und Vetter in der DGB-Spitze mit der gesetzlichen Arbeitszeitverkürzung einen Versuchsballon zwecks Verwirrung gestartet. Hier vertrauen sie auf die Wirkung der ökonomischen Zwangsgesetze des Kapitals. Der Vorschlag der Arbeitszeitverkürzung ist gekoppelt an den Vorschlag der Lohnkürzung: Ist der Lohn aber erst einmal gekürzt, so ist der ökonomische Zwang zu Überstunden unausweichlich, und die Arbeitszeitverkürzung steht nur noch auf dem Papier, und da nicht mehr lange, wenn der Widerstand der Arbeiterbewegung gegen die Lohnkürzung erst einmal gebrochen werden kann. Die Arbeitszeitverkürzung als Lockvogel zur Durchsetzung von Lohnsenkungen und damit zum Zwang zum 9-, 10-, 11- und 12-Stunden-Tag.

Das erklären die bürgerlichen Parteien nicht offen, dann wären sie auch schlechte Volksbetrüger, es ergibt sich aber zwangsläufig aus ihren Vorschlägen und aus den Wirkens der ökonomischen Gesetzmäßigkeiten der kapitalistischen Produktion.

Wirtschaftsminister Friderichs hat letzte Woche in der „Bild"-Zeitung diesen Vorschlag wieder aufgegriffen:

„Es hat Stimmen aus dem DGB gegeben, über Arbeitszeitverkürzung ohne vollen Lohnausgleich nachzudenken. Dies kann ein Weg sein."

Die Möglichkeiten, mit den im Rahmen der Arbeitsbeschaffungsprogramme festgelegten Maßnahmen die geltenden Tarife auszuhöhlen und unwirksam zu machen, sind mannigfaltig. Da wird Zwangsarbeit zum Stadionausbau bei Hungerlöhnen ins Auge gefaßt, da werden *„für Arbeitslose bestimmte Hemmnisse beseitigt, Arbeitsangebote auch dann anzunehmen, wenn damit gegenüber früheren Tätigkeiten vorübergehend gewisse Einkommenseinbußen verbunden sind"*.

Bei allen im Rahmen der Arbeitsbeschaffungsprogramme vermittelten Arbeiten wird, wenn überhaupt, nur der Tarif gezahlt, was erstens zum Leben nicht reicht und zweitens die Belegschaften spaltet. Ebenso die Teilzeitbeschäftigung im öffentlichen Dienst, mit der die Kündigungs- und Versicherungsschutzrechte umgangen werden und der Lohn gesenkt wird.

Die aktuelle Antwort der Arbeiterklasse auf dieses Kampfprogramm der Bourgeoisie muß im Kampf für einen ausreichenden Tariflohn und für die gesetzliche Verankerung des Siebenstundentages liegen. Ein Arbeitslosengeld von wenigstens 80 % des Lohns ist notwendig. Die Versicherung muß von den Kapitalisten bezahlt und von den Arbeitern selber verwaltet werden. – (Z-Red.)

Direktwahl zum Europaparlament

Im nächsten Jahr, so planen es die Imperialisten in ganz Europa, sollen die Arbeiter- und Volksmassen ein europäisches Parlament wählen. Das Europaparlament, das bisher durch die Parlamente der 9 Staaten der EG beschickt wurde, soll jetzt von den Volksmassen *direkt* gewählt werden. So hat es der Rat der 9 Imperialisten beschlossen. An was sich die Massen da direkt beteiligen sollen, schreiben die Imperialisten in ihrem gemeinsamen Informationsdienst „Euroforum":

„Europa einigen, heißt zunächst die Grenzen zwischen den neun Ländern abschaffen, damit Menschen und Waren zwischen Bonn und Paris oder zwischen Bonn und Kopenhagen ebenso frei zirkulieren können wie zwischen Bordeaux und Marseille oder Neapel und Mailand."

Wessen Kapital zirkuliert, wessen Waren zirkulieren und welcher Imperialist aus der Ausbeutung der europäischen Arbeiter die Höchstprofite schlägt, das ist neben dem Gemeinsamen, daß Profit und Ausbeutung gut ist und sein muß, der Streitpunkt. Dies wird nicht in den Wahlen entschieden, sondern in der Konkurrenz zwischen den Kapitalisten.

Unmittelbar richten die Wahlen zum Europaparlament da nichts aus. Das Kräfteverhältnis in der EG, das das jeweilige Kräfteverhältnis der Kapitale zueinander ist, spiegelt sich so in der Sitzverteilung wider: Die Imperialisten, unter denen der Krach hauptsächlich stattfindet, sollen auch in dem *direkt* zu wählenden Parlament die gleiche Stimmenanzahl haben: 81 Stimmen für BRD, Frankreich, Großbritannien und Italien. Weniger für die kleineren Imperialisten.

Was soll in diesen Wahlen entschieden werden?

Die westdeutschen Imperialisten, die zielstrebig um die Vorherrschaft in Europa kämpfen, treten besonders heftig für die Direktwahlen ein. Über das „Warum" sind sie sich schon so einig, daß es selbst dem letzten Hinterbänkler im Bundestag so flüssig über die Lippen geht und sich in der zu den Direktwahlen stattfindenden Debatte im Bundestag die Oberpolitiker der Kapitalisten gar nicht zu bemühen brauchten. Seefelder (SPD) führte nochmals aus:

„Wir haben beispielsweise eine Freizügigkeit in Europa erreicht, die vor 20 bis 30 Jahren unvorstellbar gewesen wäre. Wir können uns in den Ländern der Gemeinschaft frei bewegen. Wir haben das Recht, uns auch in jedem anderen Staat der Europäischen Gemeinschaft niederzulassen. Soziale Sicherung ist nicht nur im eignen nationalen Bereich garantiert. Und die Auswirkungen der Wirtschaftskrise konnten innerhalb der Länder der Gemeinschaft gelindert werden. (...) Wenngleich die Schwierigkeiten noch nicht überwunden sind, so haben doch die Fundamente der Einigung in dieser Gemeinschaft gehalten, weil in mannigfacher Hinsicht Solidarität praktiziert wurde."

Setzt man für *wir* jeweils *Kapital* und für *Solidarität*: *wir haben in der Konkurrenz gesiegt*, hat man den korrekten Tatbestand: Die BRD-Imperialisten stehen sich gut in der jetzigen Lage in der EG, sie konnten eindeutig einen Vorsprung der Ausbeutung der Arbeiterklasse hier und in der Expansion des Kapitals innerhalb der EG verzeichnen.

Warum, wenn die Lage so gut ist, die Anstrengungen der Imperialisten?

Neben den Anstrengungen der Bourgeoispolitiker, die sie grundsätzlich machen, um sich mit Pfründen zu versorgen, und wie die bürgerliche Presse auch anläßlich der Europadebatte spottend feststellte, was den Hauptraum ihrer Reden ausmachte, geht es um echte Imperialisteninteressen.

Die „Frankfurter Allgemeine Zeitung" schreibt:

„Das Kalkül der Europa-Politiker: Ein von den Bürgern in den neuen Staaten legitimiertes unmittelbar bauftragtes Parlament könnte die Forderung nach Befugnissen mit neuer Qualität erheben, könnte nicht mehr so einfach beiseitegeschoben werden, könnte Druck ausüben. Die Rede ist von einem ‚Schub', von einem ‚Elan'. Es bedürfte freilich einer hohen Wahlbeteiligung."

Eine hohe Wahlbeteiligung erreicht man, wenn man als Imperialist den Eindruck erweckt, mit der Wahl könne etwas ausgerichtet werden, das im Interesse der Arbeiter liegt. Das Hauptproblem, so die westdeutsche Bourgeoisie, was die westdeutschen Arbeiter momentan von der Begeisterung für Europa und für die direkte Wahl abhalte, sei das „Vorurteil": *„Der Deutsche sei immer der Zahlmeister."* Sprich, der westdeutsche Arbeiter habe Sorge, daß das Kapital, das aus seinen Knochen ausgepreßt, nicht profitabel genug angelegt werde, beispielsweise in Italien.

Die Bourgeoisie ist der Auffassung, daß dieses von ihr behauptete „Vorurteil" unbedingt mit dem Wunsch nach Kompetenzen, dagegen einzuschreiten, verbunden werden müsse. Mit anderen Worten: in den Direktwahlen zum Europaparlament sollen die Volksmassen dafür gewonnen werden, daß das, was an Lohndruck, an Akkordhetze, schlicht am Grad der Ausbeutung hier erreicht ist, für das westdeutsche Kapital überall bereitgehalten wird.

Während die Bourgeoisie hier die „Vorreiterrolle" unter den Arbeitern propagieren will, gedenken die imperialistischen Konkurrenten, den Vorsprung der westdeutschen Bourgeoisie in der Ausbeutung und im Kapitalexport anzugreifen, um sich Luft zu verschaffen fürs Aufholen.

Auch das geht nur, wenn es die Arbeiterklasse mitmacht, und für die Propagandaschlacht, die dazu die Imperialisten für unbedingt nötig halten, kommen die Direktwahlen gerade richtig. Die französischen Imperialisten, die diese Frage für so wichtig halten, daß sie sie zu einer Vertrauensfrage der Regierung gemacht haben, gedenken auf folgender Linie einzugreifen: Die FAZ berichtete über die Konferenz der europäischen Staaten:

„Für eine kleine Sensation sorgte der Präsident der Französischen Nationalversammlung, Edgar Faure, mit seiner Forderung, es sollte ein Schutz vor Dumping-Importen in die Grundrechte der Europäer einbezogen werden. Waren, die in Staaten erzeugt werden, in denen es weder ausreichenden sozialen Schutz noch halbwegs angemessene Löhne für die Arbeitnehmer gebe, gefährdeten heute durch ihr niedriges Preisniveau die Arbeitsplätze und den sozialen Forschritt in den europäischen Industriestaaten. Unter Berufung auf die Menschenrechte müßten sich die Europäer gegen die unfairen Vorteile gewisser Staaten im internationalen Handel wehren können."

Nicht ungeschickt dieser Versuch, die französische Arbeiterklasse zum Kampf für den Schutz des französischen Kapitals gegen stärkere Expansionisten aufzurufen und das dazu noch mit Interventionsbegründungen in Staaten der Dritten Welt zu verbinden. Auf dieser Linie gegenüber der Arbeiterklasse fahren die Imperialisten in der EG, die in der Rationalisierung und Ausbeutung noch nicht so weit gediehen sind wie die BRD-Imperialisten.

Einig sind sich die Imperialisten momentan darüber, daß sie einen Propagandafeldzug brauchen, um ihre Ziele, die sich gegeneinander richten, aber einhellig gegen die Arbeiterklasse Europas gerichtet sind, durchzusetzen. Dieser Propagandafeldzug ist die Europawahl unter dem Schlachtruf *„Europa wird sein"*.

Allgemein klagen sie über die *„Europamüdigkeit"* der Volksmassen. Der *„Schub"* und *„Elan"* will nicht so richtig eintreten. Tenor der Bourgeoisie: den Arbeitern fehle es an „Weltgeist", am „Europagedanken".

Es fehlt an Unterstützung für die imperialistischen Großmachtpläne der jeweiligen Bourgeoisie. An internationaler Unterstützung der Kämpfe der Arbeiterklasse untereinander ist den Imperialisten schon viel zuviel. – (Z-Red.)



In Portugal demonstrierten am Mittwoch, dem 22.6.77, in Lissabon Zehntausende von Arbeitern gegen die Maßnahmen der Regierung Soares zur Verbesserung der Ausbeutungsbedingungen der imperialistischen Monopole, sie kämpfen vor allem gegen die Senkung ihres Einkommens durch den verhängten Lohnstopp und die Bestrebungen, die von den Arbeitern während des Aufschwungs der revolutionären Bewegung 1974/75 besetzten Fabriken und von den Landarbeitern und armen Bauern besetzten Landgüter wieder an die alten Ausbeuter zurückzugeben und diese für die ihnen entgangenen Profite zu entschädigen. Am Donnerstag, dem 23.6., forderten über 100 000 Landarbeiter, arme Bauern und sie unterstützende andere Teile des Volkes das Recht auf das von ihnen bebaute Land. Seit einer Woche streiken die Müllwerker Lissabons für höhere Löhne.

Wie die Bourgeoisie ihre Kriegskassen auffüllen will

Krankenversicherungskostendämpfungsgesetz in der Tradition imperialistischer Angriffe auf die Sozialversicherungen

„Gesundheit muß ihren Preis haben, den muß man auch bezahlen wollen. Aber kein Bereich der Gesellschaft, auch nicht das Gesundheitswesen, kann sich verselbständigen und seine Kosten autonom in Selbstbestimmung ohne Rücksicht auf alle anderen festlegen und durchsetzen wollen. Das geht nicht. Und sich damit aus dem Gesamtzusammenhang des wirtschaftlichen und Verteilungsgefüges lösen. Dies ist eine Gefahr, die gegenwärtig auf der Hand liegt." Dies sind die hehren Worte des Bundeskanzlers Schmidt (SPD), gesprochen auf der Eröffnung des Ortskrankenkassentages letzter Woche in Hamburg und regierungsoffizielle Begründung für das Krankenversicherungs- Kostendämpfungsgesetz, das nach dem Willen der SPD-FDP-Regierung am 1. Juli in Kraft treten soll.

Die imperialistischen Vorbilder von Schmidt

Was der Bundeskanzler Schmidt sagt, ist Sozialdemokratendeutsch und muß übersetzt werden. Es bedeutet: Durch die Profitschlachten der Kapitalistenklasse wird die Gesundheit der Arbeiterklasse ruiniert. Die ruinierte Gesundheit der Arbeiter ist der Preis für den Höchstprofit in den Taschen der Kapitalistenklasse. Wenn Schmidt jetzt daherredet: „Gesundheit muß ihren Preis haben", so will er damit die ren Preis haben", so will er damit die Illusion schüren, wenn die Arbeiter mehr bezahlen, würde ihre medizinische Versorgung verbessert. Mit der Behauptung, es diene einem guten Zweck, wollen die Bourgeois weitere Teile des Lohns an sich bringen.

„Die Sozialversicherungen müssen wieder zu Kapitalgebern werden", forderte Schmidt in seiner Regierungserklärung. Deshalb ist es rücksichtslos, daß die Arbeiterklasse Anspruch auf ihre Solidarkassen erhebt. *Das geht nicht.*

Vor Ende des Ersten Weltkrieges war das Gesamtvermögen der Sozialversicherungen 4 644,542 Millionen Mark in damaligen Preisen. Dieses Vermögen haben sich die Kapitalisten und ihr Staat „ausgeliehen" und Fabriken damit hingestellt und Panzer gekauft. Durch die Inflation haben sie mit dem Vermögen der Sozialversicherungen, das in Anlagepapieren bestand, ihre Schulden beseitigt. Die Fabriken wurden durch die Inflation nicht berührt. Sie sind stehengeblieben. Die Kapitalisten beuten damit weitere Arbeitskraft aus. Gezahlt sind diese Fabriken aus den Beiträgen der Arbeiter zu den Sozialversicherungen. Die Versicherung ist pleite, die Kapitalisten reiben sich die Hände.

Nach 1924 wurde wieder aus den Lohnbestandteilen der Arbeiter und Angestellten ein riesiges Vermögen angesammelt, das sich die Kapitalisten aneigneten. Im Jahre 1929 haben sie bereits wieder etwa 13 % ihrer gesamten Neuinvestitionen aus den Geldern der Sozialversicherung getätigt. Nach Angaben des Statistischen Jahrbuchs für das Deutsche Reich betrug das Vermögen der Sozialversicherung 1938 wieder 7,439 Milliarden Reichsmark.

Nach der Währungsreform war dieses Vermögen wieder vollständig verloren. Wieder haben die Imperialisten das Vermögen der Versicherung und die Beitragsgelder der Lohnabhängigen für ihren imperialistischen Raubkrieg verbraucht.

Das Kostendämpfungsgesetz ist ausschließlich dazu gemacht, die Sozialversicherungskassen frei zu machen für die erneute Plünderung durch die Bourgeoisie, um sie als Kriegskassen zu benutzen. Immer mehr sollen sie gefüllt werden. Hand in Hand damit gehen Maßnahmen, durch die jene Teile der Arbeiterklasse, die durch die kapitalistische Produktion ihre Gesundheit verloren haben und nicht mehr rasch genug produzieren können, von der Versicherung und der Krankenversorgung ausgeschlossen werden. Das Kapital hat kein Interesse an der Erhaltung von Lebenskraft, die nicht mehr profitabel auszubeuten ist. Wie anders als über polizeimäßige Unterdrückung und die vollständige Kontrolle der Sozialversicherten und der damit befaßten Personen sollten diese barbarischen Ziele durchzusetzen sein. Die Sozialversicherungsgesetzgebung ist durch die Masse an Paragraphen sowieso nur schwer durchschaubar. Wir wollen hier einige wenige, aber wichtige Punkte herausgreifen, um die neuerlichen Pläne der Bourgeoisie aufzudecken.

Einrichtung von „Datenbänken" zur Kontrolle und Bespitzelung der Lohnabhängigen

Um die „Aufwendungen für die Leistungen der Krankenversicherung für alle Beteiligten transparent zu machen" (Regierungsbegründung, Bundestagsdrucksache 8/166) wurde der § 223 der Reichsversicherungsordnung (RVO) geändert, in dem es jetzt heißt, daß die Krankenkasse in Zusammenwirkung mit den kassenärztlichen Vereinigungen (dort sind die niedergelassenen Ärzte organisiert), den Krankenhäusern und den Vertrauensärzten (dies sind Angestellte der Krankenkassen und haben Spitzelfunktio- kenkassen und haben Spitzelfunktio- nen) „die Krankheitsfälle vor allem in Hinblick auf die entstandenen Kosten überprüfen und den Versicherten über die in Anspruch genommenen Leistungen und ihre Kosten unterrichten".

Damit das klappt, wurde im § 319a der RVO festgehalten, daß die „Krankenkasse ein Mitgliedsverzeichnis zu führen" hat, „in das die Aufzeichnungen aufzunehmen sind, die zur rechtmäßigen Erfüllung ihrer Aufgaben erforderlich sind". Die Ortskrankenkassen haben diesen Plan, der jetzt in Gesetzesform vorliegt, schon lange gefaßt. Von 1973 bis 1975 haben sie die Ausgaben für die Kontrollpersonen in den vertrauensärztlichen Diensten um fast 52 Millionen DM erhöht. Im vergangenen Jahr bereits haben sie sich den Kopf darüber zerbrochen, über welches System es ihnen gelingen kann, die Sozialversicherten und die Ärzte völlig unter Kontrolle zu bringen. Die Ortskrankenkassen bejammern in ihrer gleichnamigen Zeitschrift, daß sie hinsichtlich „der Tätigkeit des Arztes und hinsichtlich der Lage und des Verhaltens des Patienten" keine ausreichende Erkenntnis im „Leistungsgeschehen" haben. Das muß sich ändern. Deswegen haben sie in drei Ortskrankenkassenbezirken in Bayern eine Untersuchung durchgeführt, wie sie sämtliche Daten und Informationen erfassen können, um das „Mißverhältnis zwischen den Kenntnissen, die die Krankenversicherung hat, und der wirksamen Erfüllung ihrer Aufgaben" aufzuheben.

Die Ortskrankenkassen wollen über die Datenbank eine vollständige Erfassung sämtlicher Informationen, die die medizinische Versorgung betreffen. Dazu gehört auch die im Kostendämpfungsgesetz vorgesehene Zentralisierung der Kassen. Erfaßt werden sollen folgende Informationen:

– Kurative Behandlung: Krankenscheine, Überweisungsschein, Abrechnungsscheine für ärztlichen Notfalldienst, Urlaubs- und Krankheitsvertretung, Sonderabrechnungsscheine für zentralen Notfalldienst, Belegarztscheine, Badearztscheine, Fremdarztfälle;
– Mutterschaftsvorsorge: Mutterschaftsvorsorgescheine, Überweisungsscheine für serologische Untersuchungen der Mutterschaftsvorsorge;
– Früherkennungsmaßnahmen: Berechtigungsscheine für Kinder, Berechtigungsscheine für Männer, Berechtigungsscheine für Frauen, Überweisungsscheine für cytologische Untersuchungen;
– stationäre Behandlung: Krankenhausrechnungen;
– Arbeitsunfähigkeit: Arbeitsunfähigkeitsbescheinigungen;
– Arzneien, Heil- und Hilfsmittel: Verordnung von Arzneimitteln, Verordnung von Brillen, orthopädischen Heil- und Hilfsmitteln, Krankengymnastik und Massagen usw.

Diese Informationen zielen darauf ab, die Kontrolle der Lohnabhängigen mittels der Kassen zu verschärfen. Versicherte werden über ihre Versicherungsnummer erfaßt, Mitversicherte über die Rentenversicherungsnummer, Kassenärzte über die Kassenarztnummer. Das Ziel dieser Untersuchung soll sein, „festzustellen, ob sich in alternativen Formen der ambulanten und stationären Versorgung unterschiedliche Leistungsstrukturen und Leistungsmengen für vergleichbare Patientengruppen ergeben und damit auch unterschiedliche Ausgaben für die Krankenkasse". So verschaffen sich die Kapitalisten, die die Versicherungen beherrschen, einen direkten Hebel zu entscheiden, wo sich eine Behandlung für ihren Geldsack nicht mehr lohnt, oder wo ihnen zuviele Krankschreibungen gemacht werden.

Wir wollen einmal die Konsequenzen daraus aufdecken, wie sie sich in der Zukunft ergeben sollen: das ganze Leistungsgeschehen soll transparenter gemacht. Die Krankenkassen stellen fest, daß der Kassenarzt Nr. 2850 sehr häufig Arbeitsunfähigkeitsbescheinigungen ausschreibt, er liegt über dem Durchschnitt der anderen Kassenärzte. Der Kassenarzt Nr. 2850 wird ein Schreiben bekommen, daß er gegen die übliche Leistungserbringung verstoßen habe. Der vertrauensärztliche Spitzeldienst wird sich einschalten und wird, wie schon heute üblich, fest- und wird, wie schon heute üblich, fest- stellen, daß der Patient arbeitsfähig ist. Umgekehrt ist natürlich die Möglichkeit genauso ergiebig für die Krankenkasse. Fällt eine Versichertennummer besonders häufig auf, weil sie z.B. viel Verbandsmaterial benötigt, so schafft das neue Gesetz Mittel und Wege, diesen „Mißstand" einzustellen, denn höchstfürsorglich wurde der § 368 eingeführt, der festlegt, daß die Bundesausschüsse der Ärzte und Krankenkassen Richtlinien beschließen über Versorgung mit Arznei-, Verband- und Heilmitteln und Brillen. Diese bestimmen auch darüber, welche Arzneimittel oder Arzneimittelgruppen, die ihrer allgemeinen Anwendung nach bei geringfügigen Gesundheitsstörungen verordnet werden, nicht verordnet werden dürfen.

Weiter wird vorgeschrieben in demselben Pragraphen, die Erfordernis eines Preisvergleichs von Medikamenten. Unterwirft sich der Kassenarzt nicht diesem Preisvergleich, so wird er durch die „Transparenz der Leistungen" herausgefischt und muß das Mehr an Geld selbst bezahlen. So wird das Billigste für die Arbeiterbevölkerung gut genug.

„Verweilzeit in den Krankenhäusern – am wenigsten von medizinischen Gegebenheiten bestimmt"

Ein weiterer wesentlicher Punkt, der im Kostendämpfungsgesetz vorgesehen ist und als Lösung der Kostensteigerung in der Bundestagsdrucksache angegeben ist, ist die Krankenhauspflege, zu der nur solche Krankenhäuser zugelassen werden, die „wirtschaftlich" arbeiten und die Ziele der Krankenhausbedarfsplanung nicht gefährden. Das Organ der Ortskrankenkassen gibt hier bis ins Detail gehende Anweisungen, wie das aussehen wird. In einer Untersuchung dieser Zeitschrift schreibt ein Herr Dr. med. Kohlhausen, Landesvertrauensarzt bei der Landesversicherungsanstalt Hannover, unter der Überschrift: „Ist das moderne Krankenhaus noch modern?", daß ein Herr Landwehr aus Heidelberg in seiner Dissertation 1975 nachgewiesen hat, daß:

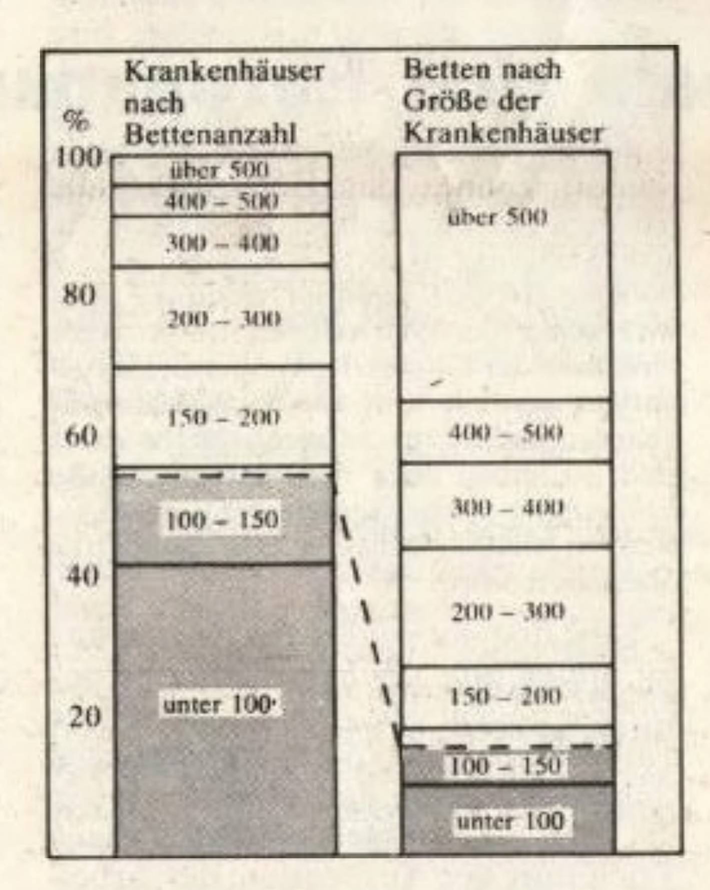
„1. ca. 20 von Hundert aller zur stationären Behandlung gelangenden Kranken dieser Behandlung nicht bedürfen,

2. die Verweilzeit in den Krankenhäusern von vielen Faktoren abhängig ist, am wenigsten aber von der medizinischen Gegebenheit bestimmt wird,

3. hilfsbedürftige Personen in den Krankenhäusern Aufnahme finden und eine lange Verweilzeit haben, wobei die im Krankenhaus im allgemeinen zur Verfügung stehenden Hilfen für diesen Personenkreis nicht erforderlich sind . . ."

Da nun davon auszugehen ist, daß also 20 % der stationären Patienten gar nicht ins Krankenhaus gehören, kleinere Krankenhäuser sowieso unwirtschaftlich sind, und nach den Bestimmungen des Kostendämpfungsgesetzes nur jene Krankenhäuser unter Vertrag mit den Kassen kommen, die „gewillt sind, gemeinsame Maßstäbe für die Wirtschaftlichkeit und Leistungsfähigkeit der Krankenhausbetriebe, insbesondere Richtwerte für die Personal- und Sachkosten auszustellen und der Entwicklung anzupassen", muß man den Vorschlag, den der Herr Kohlhammer gemacht hat, um die Kosten bei den Krankenhäusern zu dämpfen, ernst nehmen. Er schreibt: „Wenn hier die Unwirtschaftlichkeit von Krankenhäusern bis zu 200 Betten nachgewiesen wurde, so stellt sich naturgemäß die Frage, wie die Wirtschaftlichkeit dieser Häuser erreicht werden kann, denn auf das Bettenvolumen, das diese Häuser insgesamt vorhalten, kann bei einer Verweilzeitminderung von 3 Tagen nicht gänzlich verzichtet werden.

Das Bettenvolumen aller Krankenhäuser in der BRD beträgt 717 000. Hiervon sind rund 50 von Hundert in Krankenhäusern der Größenordnung 200 bis 800 Betten vorgehalten und 25 von Hundert in Krankenhäusern der Größenordnung über 800 Betten, die von den Gesamtkrankenhäusern allerdings nur 3,5 von Hundert ausmachen. dings nur 3,5 von Hundert ausmachen. Das bedeutet, daß in sämtlichen Krankenhäusern bis zu 200 Betten rund 180 000 Betten vorgehalten werden. Hiervon sind sicher 80 000 bis 100 000 Betten zuviel. Würde man diese Betten nicht mehr anbieten, würde sich dies zwangsläufig auf die Krankenhäuser mit einem höheren Bettenvolumen auswirken.



Von den Krankenhäusern mit einem Bettenvolumen bis zu 200 sollten die kleineren, die also deutlich unter 200 Betten vorhalten, als Sofortmaßnahme – von einigen regional besonderen Notwendigkeiten abgesehen – in dem Umfang geschlossen werden, daß für diese Kleinkrankenhäuser bis zu 200 Betten nur noch ein Gesamtbettenbestand von 80 000 verbleibt, d.h. bei der angenommenen Zahl von 200 Betten, würden für diese Größenordnung immerhin noch 400 Krankenhäuser in der Bundesrepublik verbleiben können oder sogar müssen." Wir haben aus dem Statistischen Jahrbuch 1976 errechnet, welche Bedeutung dieser Vorschlag hätte. 1974 gab es in der BRD 2309 Krankenhäuser mit weniger als 200 Betten. Diese Krankenhäuser hatten insgesamt eine Bettenanzahl von 193 059. Insgesamt gibt es in der BRD 3 574 Krankenhäuser. Wenn bis auf 400 alle kleinen Krankenhäuser unter 200 Betten geschlossen werden, so bedeutet dies eine Schließung von rund 1900 Krankenhäusern in der BRD und einen Wegfall von etwas über 100 000 Betten. Das heißt, daß in rund 1900 kleineren Städten es keine Krankenhäuser mehr geben wird, was nichts anderes ist, als die Gesundheitsversorgung der Bevölkerung auf dem Land zu zerschlagen. Als Ersatz dafür wird die Zentralisierung der Gesundheitsversorgung in wenige Zentralkliniken aufgenommen, die gewährleisten, daß wirtschaftlich, sparsam und effektiv für den Profit der Kapitalisten gearbeitet wird.

Der zweite Punkt der obengenannten Dissertation zielt genau darauf ab, daß der Bourgeoisie die Verweiltage in den Krankenhäusern zu lange dauern. Ganz begeistert schreibt der Dr. Kohlhausen über die Verweilzeit von Wöchnerinnen in Amerika, die dort kein Wochenbett, sondern ein „Stundenbett" haben. „Im fortschrittlichen Amerika, in dem das Krankenhaus wirklich nur dann zum Einsatz kommt, wenn es notwendig ist, werden für diese Fälle Versuche durchgeführt, gewissermaßen die Woche auf 12 Stunden zu reduzieren." Man kann den Neid über solche Kostenersparnis richtig heraushören. Und gleich hat der Herr auch eine wissenschaftliche Begründung parat, wieso das wesentlich günstiger für die Patienten sei: Diese Art der Verkürzung von Wochenbett ist nicht nur billig, sie bewahrt in erheblichem Ausmaß vor Schäden, nämlich vor der langen Verweildauer im Krankenhaus. Sie bewahrt die Patienten von den im Krankenhaus leider vorhandenen Keimen, die epidemieartig die operativen Patienten mit Infektionen überfallen. Man muß schon ein ausgekochter Bourgeois sein, um die Verfaultheit des Kapitalismus, der nicht in der Lage ist, Infektionen in den Krankenhäusern zu beherrschen, derart positiv herauszustellen. So meint auch jener Herr, daß die Wöchnerinnen maximal 7 Tage und nicht etwa 10 Tage in der Klinik zubringen sollten, und gibt das auch noch als Beitrag zum Nutzen der Gesundheit der Frauen aus.

aus.

Ein besonders nützlicher Beitrag, wie die Verweildauer in den Akutkrankenhäusern verkürzt werden kann, die „leider" 1973 zu 1974 nur von 17,5 auf 17,2 Tage fiel, bringt der „Spiegel" in seiner Ausgabe vom 20. Juni 1977. In seiner Titelgeschichte „Das schöne Sterben", wo der vorübergehende klinische Tod als euphorisches Erlebnis dargestellt wird, wird propagiert, daß nicht so lang herumgemacht werden solle mit den Menschen auf den Intensivstationen, denn man muß „befürchten, daß im hochtechnisierten Sterbeelend der Intensivstationen immer mehr Menschen, die medikamentös auf den Nullpunkt ihres Bewußtseins gekämpft werden oder deren ohnmächtigen Körpern maschinell eine letzte Frist des Vegetierens aufgezwungen wird, vom menschlichen Erlebnis ihres Sterbens abgeschnitten werden".

Schütteln kann es einen vor solcher Art von Verkommenheit.

Damit man der Bourgeoisie mit dem Ehrenbergprogramm nicht so schnell auf die Schliche kommt, hat sie geschickt über ihre bürgerliche Schreiberlinge und ihre Ideologen in Sozialdemokratie und Gewerkschaft eine falsche Front aufbauen lassen. Alle haben sich eingeschossen, auf die Ärzte, die das Ehrenbergprogramm bekämpfen würden, um ihre Pfründe nicht zu verlieren. Die Jusos und andere bürgerliche Anhänger haben zum Kampf aufgerufen gegen die „Monopolstellung des ärztlichen Berufsstandes auf dem Gebiet der Gesundheitsversorgung". Sie rufen dazu auf, daß die Ärzte nicht mehr unkontrolliert arbeiten dürften, daß es notwendig ist, die Gesundheitsversorgung unter die Knute des bürgerlichen Staates zu stellen. Wir haben in diesem Beitrag aufgezeigt, was es heißt, wenn der bürgerliche Staat die Kontrolle der Gesundheitsversorgung übernimmt: Es bedeutet eine polizeimäßige Kontrolle der Sozialversicherten, in nie gekanntem Ausmaße. Zu Organen dieser Polizeikontrolle sollen die Ärzte und alle im Gesundheitswesen Beschäftigten werden.

Wenn sich Ärzte dagegen wehren, so ist das für den Kampf gegen diese Maßnahmen nur nützlich. Diverse Blätter, die zum Kampf gegen „die Ärzte" rufen, wollen nur von der Hauptsache ablenken und unterstützen die Unterdrückertätigkeit des bürgerlichen Staatsapparates. Erfolgreich kann das „Kostendämpfungs"programm nur bekämpft werden mit dem Ziel, die Einheit der Arbeiterklasse und der Volksmassen im Kampf gegen die Kapitalistenklasse zu festigen. Dazu muß der Kapitalistenklasse die Verfügungsgewalt über die Sozialversicherungen aus der Hand geschlagen werden und sie muß gezwungen werden, die Sozialversicherungsbeiträge zu bezahlen. – (h)

Zusammenschluß der Stahlarbeiter

Klöckner Osnabrück/Georgsmarienhütte: 600 Entlassungen/Umbesetzungen und Lohnsenkung

Osnabrück. Am 2.6. haben die Klöckner-Kapitalisten ihren „Katastrophenplan" veröffentlicht: Er sieht Entlassungen von 600 Arbeitern vor. Nach Abteilungsversammlungen, in denen die Arbeiter diesem Plan den Kampf angekündigt haben, ist nichts mehr zu hören. Für den sozialdemokratischen Betriebsrat ist dies Grund genug, auch seinerseits zu den geplanten Entlassungen zu schweigen. Sie wollen ihre „Gegenmaßnahmen" erst festlegen, wenn der Plan in allen Einzelheiten vor ihnen ausgebreitet ist. Das Totschweigen der geplanten Entlassungen gehört zu dem Manöver, den Kampf gegen diese Entlassungen zu verhindern.

Bereits im Dezember 76 wurden über Sozialplan in Osnabrück und Georgsmarienhütte 271 Entlassungen vorgenommen. Trotz Kurzarbeit und Überstundenabbau ist die Produktion gesteigert worden. Im Osnabrücker Stahlwerk wurde im September letzten Jahres von Vier- auf Drei-Schicht-Betrieb umgestellt. Ein Jahr wurde kurzgearbeitet mit einem Lohnverlust bis zu 200 DM monatlich. Der Elektro-Ofen V wurde mit früher drei bis vier Abstichen mit je 100 t Rohstahl auf jetzt sieben pro Tag hochgefahren. Dafür wurde der E-Ofen IV ab Weihnachten stillgesetzt, der auch viermal 100 t abstechen kann. Zusätzlich wurden Arbeiter abgezogen und umbesetzt. Die Produktionsleistung stieg von 0,54 t/Std. im Dezember 76 auf 0,61 t/Std. im März 77 an.

In Instandhaltungs- und Reparaturbetrieben wollten die Kapitalisten die Schichtpläne ändern. So, daß Samstag und Sonntag öfters drin sind. Dies wurde verhindert.

Einen weiteren Sprung nach vorn soll jetzt das neue Sparprogramm bringen. Überall im Klöckner-Konzern arbeiten zur Zeit Kommissionen neue Pläne aus.

Zum 1. Januar 77 haben die Klöckner-Kapitalisten sich die Max-Hütte (Oberpfalz) einverleibt. Jetzt sollen in der Max-Hütte 1 200 und in Hagen-Haspe 170 Arbeiter entlassen werden.

So wie diese Entlassungen mit Hilfe eines Sozialplanes durchgesetzt werden sollen, so soll es auch in Osnabrück laufen.

Die Maßnahmen müßten jetzt erfolgen, sonst würde Klöckner noch unrentabler, und dann müßte der ganze Laden in ein paar Jahren ganz dichtgemacht werden. Und: Man müsse jetzt nach einer Lösung suchen, die nicht schmerzlich sei. „Härten" sollen mit dem Sozialplan vermieden werden. Die Arbeiter mit 59 müssen aus der Produktion raus, da sie sowieso nicht mehr die „Leistung" bringen und zu viel krank sind. Die Kapitalisten zahlen die Differenz zwischen Lohn und Arbeitslosenversicherung, und ab 60 gehen sie in Rente. Es wird ihnen ein „schöner Lebensabend" versprochen, nachdem sie ihre Knochen durch die mörderischen Produktionsbedingungen jahrelang zerrieben haben. Trotz ihres Alters haben sie aber noch wichtige Tätigkeiten in der Produktion inne, und ihre Erfahrung im Umgang mit der Maschinerie kommt den Jüngeren zugute. Meist haben sie den Betrieb mit aufgebaut und stehen an der Spitze gegen Angriffe der Kapitalisten.

Die Sozialdemokraten preisen den Sozialplan, und die älteren Arbeiter sind teilweise froh, aus der Knochenmühle herauszukommen. Aber z.B. auf der Verabschiedungsfeier im Dezember 1976 waren viele erbittert, jetzt einfach für überflüssig erklärt zu werden und zum „alten Eisen" zu zählen, obwohl doch das Alter nicht bedeutet, daß sie keine gesellschaftliche Produktivkraft mehr darstellen.

Neben den Entlassungen sollen Umbesetzungen, verbunden mit Lohnabbau bis zu 2 DM und verschärfter Arbeitshetze am neuen Arbeitsplatz, die Profite wieder fließen lassen und Klöckner das Überleben in der Vernichtungskonkurrenz der Stahlmonopole sichern.

Als in der letzten Woche Kapitalistenchef Schleyer in der „Bild" verlangte, „die Gewerkschaften (müssen) endlich auf eine Lohnpolitik einschwenken, die konjunktur- und wachstumsgerecht ist", haben viele Stahlarbeiter der Georgsmarienhütte die Absicht, die Löhne noch niedriger zu drücken, verurteilt. In der kommenden Stahltarifauseinandersetzung müssen die Stahlarbeiter den Angriffen der Stahlmonopole einen Schlag versetzen und einen Lohn erkämpfen, der zum Leben reicht. – (Zelle Klöckner-Osnabrück/Georgsmarienhütte)

Zum 1. Januar 77 haben die Klöckner-Kapitalisten sich die Max-Hütte (Oberpfalz) einverleibt. Jetzt sollen in der Max-Hütte 1 200 und in Hagen-Haspe 170 Arbeiter entlassen werden.

So wie diese Entlassungen mit Hilfe eines Sozialplanes durchgesetzt wer-

Klöcknerhütte: Betriebsversammlung fordert Siebenstundentag bei vollem Lohnausgleich

Bremen. Die zweite Betriebsversammlung der Klöckner Hütte Bremen vom 21.6.77 hat mit Mehrheit den Beschluß der Opel-Belegschaft vom 29.3.77 unterstützt, der den Siebenstundentag bei vollem Lohnausgleich fordert.

Robert Milbradt, sozialdemokratischer Betriebsrat und Versammlungsleiter, hatte auf der ersten Versammlung einen entsprechenden Antrag abgeblockt, indem er auf den Beschluß der IGM-Vertreterversammlung Bremen verwies, der den Sechsstundentag bei vollem Lohnausgleich fordert.

In der Nachmittagsversammlung wurde herausgearbeitet, daß diese Forderung aufgestellt wurde, um eine einheitliche Front für den Siebenstundentag bei vollem Lohnausgleich sich gar nicht erst herausbilden zu lassen. Hier sechs Stunden, da sechseinhalb und woanders wieder sieben Stunden, diese Forderungen sollen dann durch den IGM-Vorstand salomonisch zu einem Antrag zusammengefaßt werden, der allgemein Arbeitszeitverkürzung fordert und Lohnausgleich gar nicht. Damit konnte der Betriebsrat aber kaum Verwirrung stiften, eher ist es ihm mit dem Argument gelungen, daß die Antragsfrist für den Gewerkschaftstag schon vorbei sei. Da der Antragssteller aber auf Abstimmung beharrte, hat er schließlich die Flucht nach vorne angetreten und darüber eine Abstimmung durchgeführt, ob die Versammlung die Resolution der Opel-Belegschaft unterstützt. Er hat nach der Abstimmung erklärt, daß er dem IGM-Vorstand mitteilen werde, daß die zweite Betriebsversammlung der Klöckner- Hütte Bremen den Beschluß der Opel-Belegschaft unterstützt.

Arbeitsdirektor Sporbeck hatte in seinem „Geschäftsbericht' aufgerufen, gemeinsam alle Anstrengungen zu unternehmen, um die Kosten so niedrig wie möglich zu halten und die Anlagen – wenn nötig – voll auszufahren. Ihm wurde von einem Arbeiter entgegengehalten, daß der Vorstand längst alle Anstrengungen unternehme, die Kosten zu senken. Er habe das an seinem Lohnzettel gesehen, der ausgibt, daß er seit dem Stahltarifabschluß 35 DM weniger im Schnitt real verdiene als vorher, daß er über diesen niedrigen Lohn zu Überstunden und Schichtarbeit gezwungen sei.

Am nächsten Tag meinten die Arbeiter im Betrieb, daß sie für die Unterstützung des Opel-Beschlusses gestimmt hätten, weil, wenn man für Schichtarbeiter gleich sechs Stunden fordert, sei die Front gleich gespalten und würde noch nicht einmal der Siebenstundentag durchgesetzt werden können. Außerdem hätten sie dafür gestimmt, weil darin klar der volle Lohnausgleich verlangt werde, der gerade von den Kapitalisten und den Gewerkschaftsführern untern Tisch fallen gelassen wird, ohne den aber der Siebenstundentag für die Katz sei.

Jetzt muß die ganze Belegschaft auf dieser Forderung zusammengeschlossen werden. Gelingt das, so ist die Politik des künftigen Betriebsrates grundsätzlich wie auch in Einzelfragen bestimmt. Auf solcher Grundlage wird die Belegschaft auch eine Alternative zu dem jetzigen reformistischen und revisionistischen Betriebsrat herausbilden können, die viele Arbeiter jetzt noch nicht sehen. – (Betriebszelle Klöckner/Bezirk Bremen/Unterweser)

und woanders wieder sieben Stunden, diese Forderungen sollen dann durch den IGM-Vorstand salomonisch zu einem Antrag zusammengefaßt werden, der allgemein Arbeitszeitverkürzung fordert und Lohnausgleich gar nicht. Damit konnte der Betriebsrat aber

gehalten, daß der Vorstand längst alle Anstrengungen unternehme, die Kosten zu senken. Er habe das an seinem Lohnzettel gesehen, der ausgibt, daß er seit dem Stahltarifabschluß 35 DM weniger im Schnitt real verdiene als vorher, daß er über diesen niedrigen

die Belegschaft auch eine Alternative zu dem jetzigen reformistischen und revisionistischen Betriebsrat herausbilden können, die viele Arbeiter jetzt noch nicht sehen. – (Betriebszelle Klöckner/Bezirk Bremen/Unterweser)

500 Entlassungen auf der Klöckner-Hütte Bremen geplant

Bremen. Anfang dieses Jahres hielten sich Gerüchte, daß unter den Angestellten im Zuge des Einzugs in das neue Verwaltungsgebäude radikal gesiebt werden sollte. Ein Betriebsrat, der vom Werksvorstand Aufklärung der Gerüchte verlangte, handelte sich zunächst eine einstweilige Verfügung ein: Er dürfe nicht mehr behaupten, der Vorstand plane Entlassungen. Auf der Betriebsversammlung im März hat der Arbeitsdirektor alle Gerüchte über Entlassungen dementiert. Damals schon hat ihm kaum einer geglaubt.

Auf der Betriebsversammlung am Dienstag dieser Woche hat er die Belegschaft dazu aufgerufen, mit dem Vorstand gemeinsam alle Anstrengungen zu unternehmen, die Kosten zu senken. Von Entlassungen hat weder er noch der Betriebsrat gesprochen, obwohl der Konzernvorstand schon vor einigen Tagen mit Koschnick über geplante Entlassungen gesprochen hat. Am Samstag, wo ein Großteil der Belegschaft, insbesondere die Angestellten, zu Hause sind, kündigt der Werksvorstand über die Presse 500 Entlassungen an, laut „Weser-Kurier" zu „90 % Angestellte und 10 % Lohnempfänger, die angestelltenähnliche Tätigkeiten verrichten".

Da die Produktion gegenwärtig auf über 200 000 t hochgefahren wird, schlägt der sozialdemokratische Arbeitsdirektor Sporbeck mit wohlwollender Zustimmung von Koschnick den betroffenen Angestellten vor, als Lohnempfänger in der Produktion weiterzuarbeiten, und wer 59 und älter sei, solle von der flexiblen Altersgrenze Gebrauch machen.

Der Betriebsrat spielt den Empörten und schreit „Betrug": „Die Kurzarbeit wurde stets damit entschuldigt, man wolle Entlassungen vermeiden. Und jetzt kommt dieser dicke Hammer." (Röpke, DKP) Kaum ein Arbeiter hat dem Werksvorstand das abgenommen, nur die Reformisten und Revisionisten haben sich immer wieder angestrengt, diesen Unsinn in die Belegschaft zu tragen, um sie im Kampf gegen Rationalisierungen und Entlassungen zu entwaffnen und zu spalten. Genauso äußern sie sich jetzt zu den Entlassungen. „Auf jeden Fall wolle man sich zunächst Einzelheiten von der Konzernleitung vorlegen lassen und jeden Einzelfall prüfen." (Bremer Nachrichten)

Stillegung des Kesselwerkes wird bekämpft

Hamburg. Die MAN-Kapitalisten wollen den Kesselbau stillegen. Am 14.6. haben sie 52 Arbeitern und Angestellten gekündigt. 160 Arbeiter sollen von Hamburg nach Braunschweig ins Lastwagen-

Stillegung des Kesselwerkes wird bekämpft

Hamburg. Die MAN-Kapitalisten wollen den Kesselbau stillegen. Am 14.6. haben sie 52 Arbeitern und Angestellten gekündigt. 160 Arbeiter sollen von Hamburg nach Braunschweig ins Lastwagen-

werk verschoben werden. 43 Arbeiter sollen in Hamburg eingesetzt werden, und der Rest soll umgeschult werden.

Seit Dienstag, dem 21.6., finden täglich Belegschaftsversammlungen mit 1 200 Beschäftigten statt, auf denen sich die Arbeiter und Angestellten beraten, welche Maßnahmen sie gegen die Kündigungen und Versetzungen ergreifen müssen. Die „Morgenpost" schreibt am 22.6., daß der Betriebsrat den Kündigungen nicht zustimmen wird.

Am Mittwoch erklären die MAN-Kapitalisten um 10 Uhr die Belegschaftsversammlung „nach Auffassung des MAN-Vorstandes für beendet". Für den Vorstand hätten sich keine neuen Gesichtspunkte ergeben.

Die Belegschaftsversammlung beschließt einstimmig, die Betriebsversammlung am Donnerstag fortzusetzen. Der MAN-Vorstand droht daraufhin wegen „Dauerbetriebsversammlungen" mit Lohnabzügen für alle, die die Arbeit nicht wieder aufnehmen. Am Donnerstag findet erneut eine Versammlung statt. Die Geschäftsleitung will den Lohn nicht auszahlen. Gleichzeitig hat sie dem Betriebsrat neue Verhandlungen angeboten. Der MAN-Betriebsrat erklärt sich für gesprächsbereit, „wenn die schon ausgesprochenen 52 Kündigungen zurückgenommen werden und erneut über die Vorschläge der Einigungsstelle beraten wird." (Hamburger Abendblatt, 24.6.)

Seit zwei Tagen treffen Solidaritätserklärungen aus Hamburger Betrieben ein. Der IGM-Vertrauensleuteausschuß ruft zu einer Spendenaktion auf zur Unterstützung der MAN-Arbeiter, falls die Geschäftsleitung den Lohn nicht auszahlt. VALVO-Arbeiter haben geplant, am Dienstag mit Autos und Transparenten zu MAN zu fahren, um ihre Solidarität auszudrücken.

Vertrauensleute einstimmig gegen 7 %-Abschluß

Langelsheim. Einstimmig haben sich in der Hans-Heinrich-Hütte die Vertrauensleute der IG Chemie auf ihrer letzten Sitzung gegen den 7 %-Abschluß ausgesprochen. Den Vertrauensleuten auf der Hans-Heinrich-Hütte hatte der Vorsitzende der Verwaltungsstelle Wolfenbüttel Drieschner im April noch eine 11 %-mindestens-165 DM-Forderung unterjubeln und die Beschlußfassung für 170 DM verhindern können. Jetzt liegt der Zweck klar auf der Hand. „Die 7 % reichen nicht hinten und nicht vorne" – das ist die Meinung der Chemiearbeiter. 12 Monate darf dieser Tarif nicht halten. Die Ablehnung des 7 %-Abschlusses durch den Vertrauensleutekörper ist ein Schritt, um den Kampf um einen ausreichenden Lohn auf den Normalarbeitstag einzuleiten. Darum kommen die Chemiearbeiter nicht herum.

Über das imperialistische Fregattenrüstungsprogramm scheiden sich die Geister

Bremen. Der Zusammenschluß der Belegschaft der Bremer Vulkanwerft gegen die Vulkan-Kapitalisten hat den Betriebsrat in der Vergangenheit gezwungen, auf der Basis der Interessen der Vulkan-Arbeiter Beschlüsse zu fassen und konsequent gegenüber den Kapitalisten und ihren Geschäftsführern zu vertreten. In der Belegschaft und so auch im Betriebsrat selber hat es ständigen Kampf um die Durchsetzung dieser klassenkämpferischen Linie gegeben, gegen die Linie der Klassenversöhnung, die die Sozialdemokratie vertritt.

Mit der Entwicklung der Werftkrise ist der Zusammenprall der beiden Linien heftiger geworden. Jetzt, mit der Vergabe der „Generalunternehmerschaft" für die Fregatte F 122 ist es zur Revidierung bereits gefaßter Beschlüsse des Betriebsrats und darüber zur Spaltung des Betriebsrats gekommen.

Die Vertreter der Zusammenarbeit mit der westdeutschen Monopolbourgeoisie haben eine große Mehrheit im Betriebsrat für ihren Beschluß, Neuwahlen durchzuführen, gefunden.

Gestützt auf die Beschlüsse der Belegschaft und ausgehend von den objektiven Interessen der Arbeiterklasse ist die Vulkan-Zelle des KBW mit folgendem Antrag gegen die Rücktrittsabsichten der Mehrheit der Betriebsrats-Mitglieder und für die Einheit auf dem Boden des Klassenkampfes eingetreten:

„Der Betriebsrat beschließt als Leitlinie seiner weiteren Tätigkeit: 1. Daß die Betriebsratsarbeit dem Zusammenschluß der Belegschaft dienen muß in ihrem notwendigen Kampf um einen ausreichenden Lohn auf den Normalarbeitstag, Beschränkung des Normalarbeitstages nach der Seite der Überstunden-, der Nacht- und Schichtarbeit wie der Akkordarbeit, Verkürzung des Normalarbeitstages auf sieben Stunden bei vollem Lohnausgleich, 1 500 DM Steuerfreibetrag."

Weiter wurde in diesem Antrag sich ausdrücklich auf die von den Arbeitern erhobenen und aufgestellten Forderungen bezogen.

In der Begründung zu dem Antrag heißt es:

„Die Arbeiter und Angestellten erhalten einen Lohn, der sich hart am Existenzminimum bewegt. Die Akkorde werden überall beschnitten, man kommt nur noch auf die notwendigen Prozente, wenn man seine ‚Erholzeiten' angreift. Was das für die Gesundheit in Verbindung mit dem ökonomischen Zwang, Überstunden zu machen, heißt, das sieht man an dem Krankenstand wie dem sinkenden Lebensalter der Arbeiter und Angestellten.

Die Gegenseite davon ist das ‚billigste und konkurrenzfähigste' Angebot bezüglich des Baus der F 122. Es basiert ganz direkt auf den Knochen der Arbeiter und Angestellten des Bremer Vulkans.

Weil die Belegschaft gegen Lohnsenkung, Kürzung der Akkorde, Zwang zur Überstunden-, Nacht- und Schichtarbeit, gegen wachsende Unfallgefahren und steigende Arbeitshetze immer war und ist, hat sie dazu wiederholt ihre Forderungen gegenüber der Geschäftsleitung, der ganzen Kapitalistenklasse und dem Staat erhoben."

Gegen die Stimmen der zwei anwesenden KBW-Genossen wurde dieser Antrag mit 22 Stimmen „nicht befaßt" bei drei Enthaltungen.

In jeder einzelnen Forderung konnten sich die Genossen auf die Belegschaft stützen, für eine Reihe von Forderungen hatte sich der Betriebsrat bereits mehrheitlich ausgesprochen. Was den jetzigen Sinneswandel der Betriebsrats-Mitglieder hervorgebracht hat, zeigt die Debatte im Betriebsrat selber:

Die Extremisten im Betriebsrat würden gezielt die Geschäftsleitung verprellen, so daß anstatt vertraulicher Gespräche alles nur noch schriftlich geklärt würde. Zudem gefährdeten die KBW-Betriebsräte den Fregattenauftrag für die Werft, weil das doch klar sei, daß der MAD keinen KBWler an und aufs Schiff ließe. So und ähnlich führt die Sozialdemokratie die Auseinandersetzung.

In den früheren Beschlüssen konnten die Revolutionäre die Aktionseinheit mit Teilen der Sozialdemokratie auf einer bestimmten Ebene des Klassenbewußtseins herstellen und sich gegen die Vulkan-Kapitalisten zusammenschließen. Mit dem Fregattenprogramm bereitet die Bourgeoisie die Fortsetzung der Konkurrenzschlacht auf dem Weltmarkt mit dem Mittel der kriegerischen Auseinandersetzung vor. Die Entscheidung für oder gegen das Fregattenprogramm ist von grundsätzlicher Bedeutung. Die Einheit in dieser Frage muß von dem unversöhnlichen Klassengegensatz zwischen Arbeiterklasse und Kapitalistenklasse ausgehen und tatsächlich aufräumen mit der Illusion, die Arbeiter könnten an der Seite und gemeinsam mit der Bourgeoisie ihre Interessen verwirklichen.

Das bedeutet allerdings Kampf, und kein Hintertürchen der Klassenversöhnung bleibt offen. Die Mehrheit des Vulkan-Betriebsrats ist dieser Entscheidung ausgewichen. Die Vulkan-Zelle wird zusammen mit den fortgeschrittensten Teilen der Belegschaft für den Zusammenschluß der Vulkan-Arbeiter gegen das imperialistische Flottenprogramm kämpfen und zu den vorgezogenen Betriebsratswahlen kandidieren. – (Vulkan-Zelle Bremen/N-Red.)

Kieler Woche – „Volksfest" unter Polizeiaufsicht.



Die imperialistische Kriegspropaganda wurde angegriffen

Geführt vom Bezirk Holstein des KBW und in selbständigen und gemeinsamen Aktionen des Soldaten- und Reservistenkomitees, des Komitees gegen den § 218 und von Bürgerinitiativen gegen den Bau des Atomkraftwerks in Brokdorf und gegen die Ausplünderung durch Erhöhung der Strompreise.

Gerade zum „richtigen" Zeitpunkt der Durchführung der Kieler Woche 1977 haben die HDW-Kapitalisten zur Aufrüstung der Kriegsflotte den Auftrag zum Bau einer Fregatte ergattert. MaK hat sich den Generalauftrag für das Troika-Minensuchschiff verschafft – „Troika" soll anderen Systemen weit überlegen sein.

Unter dem Motto „Was wird aus unserer Wirtschaft" hielten die Vertreter der Monopolbourgeoisie die Lage für günstig, wieder einmal die Arbeiter unter dem Deckmantel „Erhaltung der Arbeitsplätze" auf ihre imperialistischen Raubzüge vorzubereiten. Die großangelegte Veranstaltungsreihe des Deutschen Industrie- und Handelstages mußten Bourgeois wie Wolff von Amerongen allerdings vor Werkschutz, sozialdemokratischen Betriebsratsfürsten, städtischen Honoratioren und ansonsten leeren Bänken abhalten. Die Arbeiter legten keinen Wert darauf, mit ihren Ausbeutern die Zukunkt 'unserer' Wirtschaft zu erörtern.

Kapitalistenverbandsvorsteher Schleyer ging sein Versuch, an der Kieler Universität mit Arbeitern von Elac und Hagenuk zu erörtern, „was aus unseren Arbeitsplätzen wird", ebenfalls daneben. Die Arbeiter waren auch hier nicht gekommen – 600 streikende Studenten zwangen Schleyer zum Rückzug. – (Bezirk Holstein/N-Red.)

„Nirgendwo schamlosere Verschwendung von Menschenkraft" – Landarbeiterdasein in den USA

„Man findet ... nirgendwo schamlosere Verschwendung von Menschenkraft für Lumpereien, als gerade in England, dem Land der Maschinen", schrieb vor 100 Jahren Karl Marx (Das Kapital, Seite 416). Heute ist der Kapitalismus in den USA am weitesten entwickelt, die US-Imperialisten reden vom Land der unbegrenzten Möglichkeiten, tatsächlich haben sie die Fäulnis zur vollen Blüte gereift. Die Technologie und Produktivkräfte werden nur da weiterentwickelt, wo es ihrer Aussaugung von mehr Mehrwert aus der Arbeiterklasse und der Verhinderung ihrer Befreiung nützt. Wo immer es den Imperialisten gelingt, die Kosten der Arbeitskraft unter dem Druck der industriellen Reservearmee in solchem Umfang zu drücken, daß ihnen die Erhöhung der Produktivkraft durch die Einführung von Maschinerie keine Extraprofite bringt, so konservieren sie die rückständigste Stufenleiter der Produktion. Die amerikanische Landwirtschaft ist für diese ungeheure Verschwendung von Menschenkraft der lebendige Beweis. In den Baumwollanbaugebieten des Südens werden heute nach wie vor zehntausende Neger als Pächter halbfeudal auf Plantagen ausgebeutet. Über 3 Millionen Landarbeiter sind gezwungen, jährlich tausende Kilometer durchs Land zu ziehen, um in den jeweiligen Jahreszeiten sozusagen mit bloßen Händen auf den Plantagen von Kartoffeln, Zuckerrüben, Gemüse, Baumwolle und Zitrusfrüchten sich abzuschinden. Die Aufspaltung der amerikanischen Arbeiterklasse nach Nationalitäten ermöglicht es den Monopolkapitalisten wie Coca Cola, Dow Chemicals, United Fruit, Nestlé, Standard Oil of California, Bank of America, Millionen Chicanos mexikanischer Abstammung in den 1848 von Mexiko geraubten Südwestgebieten der USA, Negern und Puertoricanern ihre gewerkschaftliche Organisierung zum einheitlichen Kampf zu verhindern, sie für ein Leben in tiefster Armut und Elend ungeheuer auszubeuten. Das durchschnittliche Einkommen liegt weit unter der von der Regierung angesetzten Armutsgrenze von rund 5 000 Dollar im Jahr. Die Chicanos verdienten z.B. 1968 im Durchschnitt 1 307 Dollar. Für die Arbeiter auf den Zuckerrübenfeldern von Minnesota und Süd Dakota, die in Texas rekrutiert und auf den Feldern der American Crystal Sugar Co. ausgebeutet werden, hat sich die Lage seit 1926 kaum verändert.

William Quill, ein 63jähriger Landarbeiter, der gegen die Agrarkapitalisten um seinen Lohn prozessierte, berichtet von einem Arbeitseinsatz 75 Cents pro Bushel plus Unterkunft und Verpflegung. Die Fahrtkosten zum Ausbeuter im Johnston County in Florida mußten selber getragen werden. Die Arbeit begann um 5.30 Uhr früh und dauerte oft bis 22.30 in der Nacht. Wer zu fliehen versuchte, mußte damit rechnen, von Aufsehern mit vorgehaltenem Revolver zurückgeholt zu werden. Prügel waren keine Seltenheit. Ein anderes Beispiel: die Spargelarbeiter bei der Owantonua Canning Company in Minnesota, die aus Texas angelockt werden. Seit 12 Jahren erhalten sie für 1 Pfund 6 Cents, was einen Durchschnittsstundenlohn bei einem 12-Stundentag von 1,50 US-Dollar ergibt.

Sie haben keine Versicherung gegen Krankheit, Unfall und Tod oder Invalidität, jährlich sterben etwa 1 000 infolge Vergiftungen mit Pflanzenschutzmitteln, es gibt keine bezahlten Feiertage, keinen Urlaub, als Wanderarbeiter haben sie auch keinen Anspruch auf die staatliche „Sozialhilfe". Ihre Hütten sind zu 25 % ohne Elektrizität, 90,4 % ohne Kanalisation, 95,6 % ohne eigene Toilette, 96 % ohne eigenes Bad oder Dusche. Ihre durchschnittliche Lebenserwartung liegt bei 49 Jahren (für die USA insgesamt bei 72 Jahren). Ihre schulische und berufliche Ausbildung wird systematisch unterdrückt, 20 % sind Analphabeten, wenige beenden die Grundstufe. Die Konzerne zwingen die ganze Familie, ihre Arbeitskraft ausbeuten zu lassen, um zu überleben, 800 000 „Landarbeiter" sind Kinder unter 16 Jahren.

Die Konzerne nutzen diese Lage, um im Süden auch die Industrielöhne zu drükken, sie sind meist 30 % unter denen entsprechender Industrien im Norden. Die Arbeiter des zweitgrößten Textilkonzerns, der in 85 Fabriken im Süden 44 000 Arbeiter, davon 40 % Schwarze, ausbeutet, kämpfen z.B. gerade jetzt für die Anerkennung einer eigenen Gewerkschaft und höhere Löhne, ein Arbeiter verdient nach 20 Arbeitsjahren beim Konzern z.B. 100 Dollar die Woche.

Dieses Elend der Landarbeiter in den USA, Verschwendung von Menschenkraft, ist Ergebnis und Ausdruck der Fesselung der Produktivkräfte durch den Imperialismus, er unterdrückt und beutet das Millionenheer der Arbeiter aus und bedeutet Stagnation und Fäulnis für die Völker – (Z-Red.)

Bremer Druckerstreik: Eine vermeidbare Niederlage

Drei Wochen, vom ersten Tag an, haben die Sozialdemokraten auf diese Niederlage hingearbeitet

Bremen. Am 23.6. hat die Streikversammlung der Belegschaft der „Bremer Nachrichten" und des „Weser-Kurier" mit 175 zu 135 Stimmen den von der Geschäftsleitung vorgebrachten Einigungsvorschlag angenommen. Außer der Forderung „Keine Maßregelung" ist keine einzige Forderung des Streiks darin erfüllt:

- Keinerlei Kürzung der Zulagen: Die Kürzungen werden nur zum Zwecke der Überprüfung ausgesetzt mit dem erklärten Ziel, sie zu kürzen, wo sie auf „früher ausgeübten Tätigkeiten beruhen". Nicht wegen ihrer „früheren Tätigkeit", sondern weil die Zulagen als fester Bestandteil des Lohns gebraucht werden, um die Familien zu ernähren, ist für diese Forderung gestreikt worden.

- Absicherung der Zulagen: Die Geschäftsleitung erklärt hier „verbindlich, die Zulagen nach der Überprüfung nicht negativ zu verändern", außer „künftige Tarifstufen- und Tarifstrukturveränderungen machen Neufestsetzungen der Zulagen erforderlich". Hier steht also mit anderen Worten: Nach jeder Rationalisierung und Umstrukturierung der Produktion, nach jedem neuen Tarifabschluß führt die Geschäftsleitung Zulagenkürzungen durch. Und das „verbindlich".

- 30 DM mehr für alle: Auch hier ist nichts von der Streikforderung geblieben, außer: „Sonstige Fragen werden in vertrauensvoller Zusammenarbeit zwischen Betriebsrat und Geschäftsleitung" verhandelt.

- Bezahlung der Streiktage: Freitag, der 3.6., wird voll bezahlt, gilt als zusätzliche Betriebsversammlung. Ansonsten können die Arbeiter und Angestellten es ja bei den Gerichten mit Klagen versuchen, läßt die Geschäftsleitung höhnisch in ihrem Vorschlag schreiben.

Dieses „Ergebnis" ist eine schwere Niederlage für die Streikenden. Nicht nur, daß die Forderungen des Streiks nicht erfüllt sind, im Gegenteil, in diesem „Einigungsergebnis" sind schon die Startlöcher für die Zeitungsbesitzer Meyer und Hackmack gegraben, ihren Sieg zu vervollkommnen.

Und das alles, obgleich die Streikfront der Arbeiter und Angestellten gehalten hat, sie tatsächlich die volle Unterstützung der ganzen Arbeiterklasse hatte. Auf diese Niederlagen haben die Kapitalisten und Sozialdemokraten allesamt vom ersten Tag beharrlich hingearbeitet.

Den Streik zu isolieren, seine Ziele zu ändern und die Streikenden zu spalten, dazu hat es drei Wochen bedurft. Groß war die Unterstützung des Streiks durch alle Abteilungen der Arbeiterklasse. Spenden von weit über 50 000 DM zeigen dies. Groß war der Zusammenschluß der Belegschaft, als sie am zweiten Streiktag unter der Parole „Schluß mit dem Reallohnabbau" und ihren fünf Forderungen 1 000 Mann stark durch Bremen demonstrierte.

Die IG Druck (Mahlein) distanzierte sich offiziell vom Streik, sagte zwar inoffiziell Unterstützung zu, verwies aber auf die Friedenspflicht. Politisch ist dies Ausdruck der sozialdemokratisch geführten Gewerkschaften, die Effektivlöhne nicht abzusichern und somit die Kapitalisten zu Zulagenkürzungen geradezu einzuladen. Durch die IG Druck wurde der Streik von der Branche isoliert. Als dann am 21.6.77 erneut eine Demonstration durchgeführt wird, werden dazu vor allen Betrieben Aufrufe an die „Zeitungsleser" verteilt zwecks gemeinsamen Protestes gegen die Beschneidung der Pressefreiheit durch den Zeitungsverlag. 1 200 demonstrierten hinter einem Sarg mit der Aufschrift „Pressefreiheit", während DKP-Ordner Transparente mit den fünf Forderungen des Streiks aus dem Zug fernhielten.

Ideologisch gab der Zeitungsverlag das Stichwort: Man würde dem Streik nicht nachgeben, „um die dem Staatsbürger verfassungsrechtlich garantierte Freiheit der Presse zu erhalten".

In der zweiten Streikwoche forderte der Senat „angesichts der Bedrohung der Pressefreiheit durch das Nichterscheinen der beiden Zeitungen" zu einer beide Seiten befriedigenden Einigung auf. In den Regionalprogrammen des Fernsehens verkünden der SPD-Betriebsratsvorsitzende und die IG Druck, daß „die Anrechnung der Zulagen schon rechtens sei", der Kampf jetzt vor allem „um die Pressefreiheit, gegen das Monopol und die Tyrannei des Verlegers Meyer" ginge, für „mehr Vielfalt der Meinungen".

Mit Pressefreiheit haben die Bourgeois gerade soviel im Sinn, als es ihren Interessen dienlich ist. Was würde sich denn auch für die Arbeiter und Angestellten ändern? Weiter würde mit der Zeitung Profit gemacht mittels Lohnsenkung, Rationalisierung und Entlassungen! Dagegen aber richtete sich gerade der Streik der Drucker.

Am 15.6.77 sprechen die Sozis sich zum ersten Mal für das Angebot der Geschäftsleitung – Aussetzung der Zulagenkürzung zwecks Überprüfung – aus, weil „man könnte nicht siegen". Mit 130 zu 122 Stimmen weist dies die Streikversammlung zurück.

Am 22.6.77, nach der Demonstration mit dem Sarg für die Pressefreiheit, schlagen die Sozialdemokraten erneut seine Annahme vor, nachdem sie vorher bereits im Vertrauensleutekörper und in der Streikleitung die fünf Forderungen gekippt haben. Mit 175 zu 135 Stimmen wird das Angebot diesmal angenommen. Damit ist der Streik beendet. Durch ideologische Spaltung der Streikenden hat die Bourgeoisie eine Lage geschaffen, in der die Streikenden nicht wissen, wie weiter, wie siegen. Die Zeitungskapitalisten haben hohe Verluste hinnehmen müssen. Sie konnten dies leichter hinnehmen wegen ihrer gewissen Monopolstellung auf dem Bremer Zeitungsmarkt, vor allem aber wegen der Hoffnung auf die Manöver der Sozialdemokratie. Jetzt werden sie versuchen, durch die schrankenlose Ausbeutung der Arbeiter und Angestellten sich schadlos zu halten. Für die Bourgeoisie insgesamt ist damit ein Streik zu Ende gegangen, der leicht zu einem Steppenbrand hätte werden können.

Die Arbeiterklasse muß aus diesem Kampf für die notwendigen Kämpfe um mehr Lohn in den nächsten Wochen und Monaten die Lehre ziehen, daß ohne die Herausbildung und das Festhalten an einer Politik, die sich ausschließlich an den eigenen Interessen orientiert und darüber die Einheit der Arbeiter und Angestellten im Kampf festigt, daß ohne das Brechen mit der Ideologie der Sozialdemokraten keine Siege gegen die Kapitalisten zu erzielen sind. – (Bezirk Bremen-Unterweser)



„Bekämpfung der Jugendarbeitslosigkeit"

„Während Parteien, Verbände, Gewerkschaften und die Bundesanstalt für Arbeit die Wirtschaft immer wieder dringend auffordern, mehr Lehrlinge auszubilden, können zahlreiche Unternehmen viele Ausbildungsplätze gar nicht besetzen, weil sich zu wenig geeignete Bewerber melden oder gegebene Zusagen wieder zurückgezogen werden", meldete die „Frankfurter Allgemeine Zeitung" am 18. Juni.

Es ist die Klage der Kapitalisten, daß trotz der hohen Jugendarbeitslosigkeit sich längst nicht alle Jugendlichen bereitfinden, unter den Bedingungen des Jugendarbeitsschutzgesetzes oder im Rahmen von Arbeitsbeschaffungsmaßnahmen sich für ein Taschengeld bis zu gar keinem Lohn schinden zu lassen.

Die Bundesregierung hatte sich auf die Klagen hin gleich bereiterklärt, etwas zur *„Bekämpfung der Jugendarbeitslosigkeit"* zu unternehmen.

Sie hat ein Bund-Länder-Programm zum *„Ausbau der beruflichen Bildung"* von 2,3 Milliarden und *„Investitionszuschüsse zur Schaffung von zusätzlichen Ausbildungsstellen"* von 1,7 Milliarden DM beschlossen. Damit die Kapitalisten für die *„Zurverfügungstellung von Arbeit"* für Jugendliche aber auch anständig *„entschädigt"* werden, liegt seit Mitte Juni ein Entwurf des Bundesrates für ein „Gesetz zur Regelung zusätzlicher Fragen der Ausbildungsplatzförderung" im Bundestag vor. Danach sind alle Gelder, die die Kapitalisten über solche „Hilfen" bekommen, steuerfrei. Das sind allein 4 Milliarden DM, die die Sozialdemokraten ihnen innerhalb eines Monats als Barauszahlung garantiert haben. Für die Arbeiterjugend stellt sich das, was die Kapitalisten subventioniert bekommen, so dar: Seesen, Schmalbach Lubeca Druckerei: 16jährige Druckerlehrlinge arbeiten in Wechselschicht und Akkord für 6 DM Stundenlohn.

„Schaffung von Ausbildungsplätzen" heißt für die Kapitalisten: Bereicherung durch die Ausbeutung Jugendlicher, Kassieren von Lohngeldern und zusätzlichen Steuererleichterungen. Für die Arbeiterklasse heißt es, daß sie vermittels der Steuern die unverschämt gedrückten Lohngelder für die Arbeiterjugendlichen zahlen müssen. – (Z-Red..)

VW: Anstrengen gegen die japanische Konkurrenz?

Wolfsburg. „Die Japaner starten bei Autos eine Exportoffensive in Europa", warnt das „Handelsblatt" in einem Leitartikel am 7.6.77. In dem Artikel ist von „japanischer Gefahr" und von „Kampf um Europa" die Rede.

Wer kämpft um Europa, und für wen ist die Exportoffensive der japanischen Automobilkonzerne eine Gefahr? Die Kapitalisten behaupten, für die Arbeiter und für die Kapitalisten gleichermaßen.

Es vergeht keine Betriebsversammlung im Volkswagenwerk, auf der nicht der Vorstandsvorsitzende Schmücker die Arbeiter beschwört, gemeinsam mit dem Vorstand gegen die Konkurrenz auf dem Automobilmarkt anzutreten.

„Auf alle zwei Modelle des VW-Konzerns, die auf den europäischen Märkten verkauft werden, kommt bereits heute ein japanischer Wagen. Wir werden uns also sehr anstrengen müssen, um uns auf unseren angestammten Märkten zu behaupten:" (Schmücker, Bilanzpressekonferenz)

Marktanteilgewinn sichert Arbeitsplätze, und Arbeitsplätze sichern die Existenzbedingungen der Arbeiter – so lautet das immer wieder vorgebetete Lied. Spätestens seit dem Aufbau des US-Montagewerks zieht es nicht mehr so richtig.

Allerdings versuchen die Sozialdemokraten, es aufzupolieren. Das USA-Werk hätte die Arbeitsplätze sogar gesichert; denn die IGM-Aufsichtsratsmitglieder hätten ihre Zustimmung von einer „Beschäftigungsgarantie" abhängig gemacht und diese auch erhalten. Das „Handelsblatt" am 26.4.76 dazu: „Auch die ‚Beschäftigungsgarantie' ist keine juristische Garantie für alle Zeiten und konjunkturelle Wechselfälle." Mit anderen Worten: Die großartige ‚Beschäftigungsgarantie' ist für die Arbeiter nicht das Stück Papier wert, auf dem sie steht.

In den ersten fünf Monaten dieses Jahres konnte der VW-Konzern seinen Marktanteil in den USA von 2 % auf 2,4 % steigern. Schmücker erklärte in einem Interview mit der „New York Times", er strebe einen Marktanteil von 5 % an. Dazu sei aber ein zweites Werk in den USA notwendig. (Braunschweiger Zeitung, 16.6.77) Mit diesem zweiten Werk ist nicht das bereits beschlossene Preßwerk und auch nicht das Motorenwerk gemeint.

Die japanischen Imperialisten ziehen nach. Um Transportkosten zu sparen, die günstigen Ausbeutungsbedingungen aufgrund der hohen Arbeitslosigkeit in den USA zu nutzen, vor allem aber, um geplante Einfuhrbeschränkungen des US-Imperialismus zu umgehen, wird „die Ausfuhr von Teilesätzen verstärkt, die im Ausland montiert werden, wobei sowohl bei Nissan als auch bei Toyota Überlegungen über den Bau von Montagewerken in den USA angestellt werden." (Handelsblatt, 7.6.77)

Wie der VW-Konzern saugen auch die japanischen Automobilkonzerne die Kraft für die Expansion aus den Knochen der Arbeiter. „Erhöhte beispielsweise Nissan zwischen 1966 und 1970 die Zahl der Mitarbeiter um 41 % – bei einer um 61 % wachsenden Produktion – so reichten zwischen 1970 und 1975 zusätzlich knapp 6 % Beschäftigte, um weitere Produktionssteigerungen um 51 % zu erreichen." (Handelsblatt, 7.6.77)

Der VW-Konzern ist dem aber dicht auf den Fersen: 1976 wurde die Produktion mit 3,6 % mehr Arbeitern um 11,6 % gesteigert. Die besondere Kunst der japanischen Ausbeuter in der Schweißauspressung erklärt das „Handelsblatt" so: „Da die Löhne von der Dauer der Betriebszugehörigkeit abhängig sind, war das Lohnniveau in neuen Werken mit neuer Belegschaft zwangsläufig niedrig. Da vor allem junge Leute eingestellt, die neuen Werke in Gegenden mit hoher Arbeitslosigkeit gebaut wurden, brachte dies durch besondere Arbeitsdisziplin und geringe Fehlzeiten zusätzlich Effekte." Ein Ansporn für den VW-Konzern, es genauso zu versuchen.

Für die Arbeiter von VW ist die Konkurrenz der Automonopole nicht bedrohlich, sondern günstig, wenn sie sich nicht in den Konkurrenzkampf hineinziehen lassen, sondern ihn ausnutzen, um den Kampf gegen die Verschärfung der Ausbeutung zu führen.

Aus einer Mitteilung des Betriebsrates des Wolfsburger VW-Werkes konnte man entnehmen, daß der VW-Konzern 1977 mit der Auslieferung von 80 000 Autos in Verzug geraten wird. Natürlich werden die japanischen Konkurrenten versuchen, in diese Lücke zu stoßen. Dies ist günstig für die Durchsetzung der Forderungen der VW-Arbeiter. Denn nicht Schmücker und der Vorstand produzieren, sondern die Arbeiter. Durch einen Streik würde der VW-Konzern noch mehr in Verzug kommen, was Verlust von weiteren Marktanteilen bedeutet. Dies kann der VW-Konzern kaum in Kauf nehmen, also muß er einlenken.

In der nächsten Woche finden in den VW-Werken Wolfsburg und Salzgitter die Betriebsversammlungen statt. Daß sie von den Arbeitern für die Vorbereitung von Kampfmaßnahmen für ausreichenden Tariflohn und die Beschränkung des Normalarbeitstages genutzt werden, darauf arbeiten die Betriebszellen des KBW hin. – (Betriebszelle VW Wolfsburg)

§ 218: Die Massen haben die Kosten für den enormen Spitzelapparat zu tragen.

Seit dem 21. Juni 1976 ist die Neufassung des Strafgesetzes § 218 in Kraft. Die bürgerliche Presse macht Bestandsaufnahme: „Für die Frauen hat sich nichts geändert. Der legale Schwangerschaftsabbruch bedeutet immer noch Demütigung", stellt die „Bild-Zeitung" (16.6.77) fest. Diese Zeitung wird von den Massen gelesen, da können die Schreiberlinge die hunderttausendfach bekannten Tatsachen kaum verschweigen, daß legaler Schwangerschaftsabbruch nach wie vor mit Demütigung und entwürdigender Schikane verbunden ist.

Der Betrug steckt aber schon in der Überschrift: „Für die Frauen hat sich nichts geändert". Als ob es den neuen § 218 gar nicht gäbe mit einem ausgefeilten Spitzel- und Unterdrückungssystem in den Beratungsstellen, mit Ärzten, die Polizeiaufgaben wahrnehmen sollen und andernfalls selbst Polizei und Gerichte auf den Hals bekommen, mit dem Zuckerbrot für die Frau, straffrei zu bleiben, wenn sie die Engelmacher verpfeift. Wer abtreiben will, muß sich entweder in die Fänge des staatlichen Unterdrückungsapparats begeben und kann zur Fortsetzung der Schwangerschaft erpreßt werden, oder man führt heimlich die Abtreibung durch unter der Drohung der entsprechenden Strafen. Davon kein Wort in der Zeitung.

Denn wenn die Bourgeois die Demütigung und Schikane an der Arbeiterklasse und den Volksmassen enthüllen, dann haben sie natürlich anderes vor. Ihr Problem ist: Die Bespitzelung und Unterdrückung entwickelt nicht den erhofften Schwung. Das Gesetz ist da, hunderte Beratungsstellen als Spitzelstellen geschaffen, was fehlt, sind die Massen von „Ratsuchenden" in den Beratungsstellen. Die oben beschriebenen Erfahrungen halten sie von den Beratungsstellen ab. Folgende Zahlen gibt die Bourgeoisie bekannt: Im 2. Halbjahr 1976 13 044 legale Schwangerschaftsabbrüche, davon 45 % unter Berufung auf eine soziale Notlage; insgesamt jetzt kaum 30 000 genehmigte Abtreibungen. Die Zahl der „Beratungen" in den Spitzelstellen wird gleich gar nicht angegeben, um die wirkliche Funktion der Beratungsstellen – die Frauen zur Austragung des Kindes zu zwingen – geheimzuhalten. 50 000 Abtreibungen wurden in derselben Zeit in den Niederlanden vorgenommmen, und über 200 000 mal mußten Frauen in Westdeutschland heimlich abtreiben lassen – so schätzen die Kripo-Leute der Bourgeoisie.

Dies muß sich ändern, sagt die Bourgeoisie. „Dieser Weg ist zu umständlich. Jede Frau muß zu einer Beratungsstelle und zwei Ärzten". Also unbürokratischer, damit die Frauen in die Beratungsstellen kommen und polizeimäßig erfaßt werden können. Mehr Werbung, damit „Vertrauen in diese Abtreibungsreform" verbreitet wird. „Das Familienministerium ist ratlos: ‚Wir können keinen Arzt zwingen, eine Schwangerschaft abzubrechen' ", berichtet die „Bild-Zeitung". Also Zugriff auf die Ärzte unter dem Feldzeichen, daß sie Abtreibungen durchführen sollen, um sie in Wirklichkeit zu Polizeifunktionären über die Arbeiterfamilien zu machen. – Und vor allem: Ausbau der staatlichen Beratungsstellen, um das Land mit einem dichten Netz zu überziehen und keinen durch die Lappen gehen zu lassen.

788 Beratungsstellen gibt es inzwischen im Bundesgebiet, davon 54 direkt von der Bundesregierung als Modellversuch gefördert. In der Kölner Beratungsstelle – so berichtet der „Stern" – sind 19 Leute tätig, darunter 7 Ärzte, drei Sozialarbeiter, ein Eheberater und eine Psychologin. Bezahlt werden sie auf Honorarbasis, was sie erpreßbarer macht und wo z.B. das Honorar gut gestaffelt werden kann nach „Leistung" in der Spitzeltätigkeit. Die niedersächsische Landesregierung geht daran, im ganzen Land, auch auf den Dörfern, Sozialstationen einzurichten, die neben der „Kostendämpfung" in der Gesundheitsversorgung auch Bespitzelung und Kontrolle durch Sozialarbeiter in enger Zusammenarbeit mit der Polizei leisten sollen. Beachtliche Fortschritte hat der Ausbau des staatlichen Unterdrückungsapparates aufgrund der Neufassung des § 218 gemacht. Der Ausbau soll weitergehen, der Einsatz des Apparates soll verstärkt werden. Die Bourgeoisie weiß, mit der zunehmenden absoluten Verelendung muß der Zwang zur Abtreibung für die Massen zunehmen. Die Fallschlingen sind jetzt aufgestellt, in denen die Arbeiterfamilien gefangen werden und der „Familienpolizei" des Staates unterworfen werden sollen.

Vor einem halben Jahr schon debattierte der niedersächsische Landtag Ausführungsbestimmungen zum § 218. „Ziel der Gesetzesnovellierung war und ist auf keinen Fall die Erhöhung der Zahl an Abtreibungen, ganz im Gegenteil. Wir meinen, daß mit den Erleichterungen, die geschaffen worden sind, auch die Möglichkeiten für die Bereitschaft der Frau, eine Schwangerschaft auszutragen, gegeben worden sind, wenn sie die nötigen Chancen hat, sich vorher über Hilfsmöglichkeiten zu informieren ... Je besser und je vertrauenerweckender die Beratung ist, umso größer wird die Chance der Bereitschaft der Frau sein, ihr Kind zu gebären". (Neven, FDP) „Uns geht es darum, daß auch die Sozialberatungsstellen, die nicht behördlich anerkannt sind ..., nach bestimmten gleichmäßigen Standards, nach gleichmäßigen Qualitätsanforderungen ihre Arbeit aufnehmen ... Auch kann es uns als Gesellschaft, meine ich, nicht gleichgültig lassen, wie die Praxis auf dem bisher weitgehend geübten Gebiet des Kurpfuschertums aussehen soll. Das Handeln mit den ausländischen Adressen, um es hier einmal ganz offen anzusprechen, ist doch im Grunde genommen einer Nation unwürdig". (Riege, SPD) Das heißt: Die Abtreibungen in den Niederlanden z.B. sollen künftig schärfer verfolgt werden. Und gegenüber der Riesenzahl illegaler Abtreibungen hat die Bourgeoisie eine Prozeßwelle eingeleitet, die sich zwecks Spaltung des Kampfes zuerst gegen die Engelmacher richtet.

Hunderte Beratungsstellen, tausende Berater und sonstige Spitzel, die Aufstockung bei Polizei und Gerichten – die Kosten dieser „Reform" sind enorm. Was schert's die Bourgeoisie? Planmäßig hat sie die Neufassung und Verschärfung des § 218 betrieben. Sie hat darauf gerechnet, daß mit der Senkung der Löhne und mit dem Anziehen der Steuerschraube sich der Zwang zur Abtreibung für die Massen verschärfen muß und damit der Strafparagraph seine Wirkung zeigt. Diese Rechnung soll jetzt aufgehen. Gleichzeitig hat sie dafür gesorgt, daß die Volksmassen auch die enormen Kosten für dieses Unterdrückungswerk zu zahlen haben. Mit dem in der letzten Woche beschlossenen Steuerpaket werden weitere sechs Milliarden DM Lohngelder der Arbeiterklasse geraubt, während die Bourgeoisie für sich selbst eine Steuerermäßigung von zwei Milliarden DM beschlossen hat. Die Arbeiterklasse und die Volksmassen sollen den riesigen Unterdrückungsapparat der Kapitalistenklasse möglichst vollständig bezahlen. Das ist die Absicht der Finanzbourgeoisie.

Der Kampf gegen den § 218 und der Kampf gegen die staatliche Ausplünderung gehören zusammen, sie sind beide gerichtet gegen den Unterdrücker- und Schmarotzerstaat der Kapitalistenklasse. – (N-Red.)

Am 21.6. führten die Komitees und Initiativen gegen den § 218 einen Aktionstag gegen das vor einem Jahr in Kraft getretene neugefaßte Strafgesetz durch. In *Kiel* fand eine Kundgebung vor dem Haus der Gesundheit statt, wo der bürgerliche Staat eine Schwangerschaftsberatung eingerichtet hat.

schätzen die Kripo-Leute der Bourgeoisie.
Dies muß sich ändern, sagt die Bourgeoisie. „Dieser Weg ist zu um-
die Bereitschaft der Frau, eine Schwangerschaft auszutragen, gegeben worden sind, wenn sie die nötigen Chancen hat, sich vorher über Hilfs-
Am 21.6. führten die Komitees und Initiativen gegen den § 218 einen Aktionstag gegen das vor einem Jahr in Kraft getretene neugefaßte Strafgesetz durch. In *Kiel* fand eine Kundgebung vor dem Haus der Gesundheit statt, wo der bürgerliche Staat eine Schwangerschaftsberatung eingerichtet hat.

„Jahrhundertbauwerk" Elbeseitenkanal – zweiter Versuch

Mit der Einfahrt des Hamburger Musikdampfers Jan Olsen in Lüneburg ist am Samstag der Elbeseitenkanal zum zweiten Mal eröffnet worden. Der erste Versuch hatte im letzten Jahr die festliche Eröffnung gerade einen Monat überstanden. Dann war der Damm gebrochen, und 15 Quadratkilometer Land wurden überflutet.

Nach dieser Pleite wird vorsichtiger zu Werk gegangen. Das Volksfest zur Einweihung des „Jahrhundertbauwerkes" (Hamburgs Bürgermeister Klose 1976) fällt diesmal aus. Stattdessen fahren die Lüneburger Ratsherren am Montag mit einem Stahlfrachter auf dem Kanal, „um den Lüneburgern deutlich zu machen, daß es diesmal ernst ist". Sehr mutig sind diese Ratsherren: Sie verlassen sich fest darauf, sich nicht gleich am dritten Tag mitsamt 500 Tonnen Stahl auf einer Wiese neben dem Kanal wiederzufinden!

Stahl paßt auch besser als Volksfeste zum Zweck des Kanals. Für den Salzgitterkonzern ist der Kanal eine unentbehrliche Waffe im Konkurrenzkampf auf dem Stahlmarkt. Um den Hamburger und ostniedersächsischen Kapitalisten zu einer billigen Wasserverbindung zu verhelfen, wurde der Kanal gebaut.

Er barst, weil sich von den Bourgeois und ihren Ingenieuren niemand hatte „vorstellen können, daß es unter einem Bauwerk Hohlräume solchen Ausmaßes geben kann", so präsentiert Oberstaatsanwalt Scharplys das Ergebnis seiner Ermittlungen. Der Kanal ist buchstäblich auf Sand gebaut, aber diese Tölpel können sich „nicht vorstellen", daß Sand von Wasser weggespült wird. Das Wasser war eingedrungen, weil die Baukapitalisten notwendige Dichtungen zwischen Genehmigung und Bau aus den Zeichnungen entfernt hatten. Der „Spiegel" (10/77) meint, daß ein „einzelner Beteiligter" die Konsequenzen dieser profitablen Vereinfachungen „wohl auch kaum abzusehen" vermochte.

Die Vorbereitungen für neue Deichbrüche – diesmal absichtliche – sind bereits getroffen. Gegen einen Panzerangriff der Sozialimperialisten soll der Kanal als Sperre dienen. Ursprünglich sollte er dazu so konstruiert werden, daß Panzer nur von West nach Ost durchfahren können. Dies wurde zur Kostenersparnis fallengelassen. Die Alternative: „Bei einem potentiellen Panzerangriff aus dem Osten könnte ... der Kanal ... zerstört werden und auslaufen, was zu einer Überschwemmung führen würde, die den Vormarsch des angreifenden Feindes stoppen müßte." (Die Welt, 21.7.76)

Ob die Unfähigkeit der Bourgeoisie, die von der Arbeiterklasse produzierten Produktivkräfte zu beherrschen, zum zweiten Bruchversuch führt oder die imperialistische Konkurrenz mit militärischen Mitteln, ein Argument mehr für die proletarische Revolution ist dieser Kanal allemal.

Vorschuß aufs Urlaubsgeld – 123 DM fehlen im nächsten Monat

Vorschuß aufs Urlaubsgeld – 123 DM fehlen im nächsten Monat

Bremen. Die Arbeiter bei Hanomag waren froh, als am 16. Juni der letzte Arbeitstag war. „Endlich raus aus der Knochenmühle", das war die Stimmung. Erholung, Reproduktion der Arbeitskraft ist notwendig. Es wird gerechnet, ob das Geld für einen Urlaub reicht.

50 % vom Bruttolohn gibt es an Urlaubsgeld bei Hanomag. Weil man das Urlaubsgeld erst nach dem Urlaub bekommt, haben sich Arbeiter einen Vorschuß auf das Urlaubsgeld geholt. So gab es zum 15. Juni 600 DM mehr.

Ein Vater von vier Kindern, der sich schon darauf eingestellt hatte, seinen Urlaub in Bremen zu verbringen, weil das Geld für eine Reise nicht reicht, entschloß sich dann doch zu verreisen.

Aber das dicke Ende kommt, denn der Vorschuß ist nicht versteuert. Bei der Abrechnung im nächsten Monat wird die Steuerprogression so ihre volle Wirkung entfalten.

Ein Beispiel: Beim Bruttoverdienst eines Arbeiters von 1 836 DM hat er Anspruch auf 918 DM Urlaubsgeld. Versteuern muß er dann insgesamt 2 754 DM. Davon gehen an Lohnsteuer und Sozialversicherungen 1 049 DM ab. Es bleiben ihm noch 1 705 DM. Normalerweise hat er einen Nettolohn von 1 228 DM. Von seinen 918 DM Urlaubsgeld bleiben netto ganze 477 DM. Der Arbeiter hat aber 600 DM Vorschuß gekriegt. 123 DM werden ihm also bei der nächsten Lohnabrechnung fehlen.

Warnstreik im Buchhandel

Hamburg. Ca. 100 Angestellte und Auszubildende aus Hamburger Buchhandlungen und Verlagen beteiligten sich am Mittwoch an einem zweistündigen Warnstreik mit einer Kundgebung auf dem Gerhart-Hauptmann-Platz. Die Tarifkommission der HBV-Fachgruppe Buchhandel und Verlage hatte das Scheitern der Verhandlungen erklärt; die Gewerkschaftsführung wurde dazu gezwungen, diesen Streik zu unterstützen. Zum Teil in Gruppen, mit Schuldern und Sprechchören zogen die Streikenden zum Kundgebungsort, holten unterwegs Kollegen aus anderen Buchhandlungen.

„Ich schwöre ..."

Mit dem Beamteneid sollen die Lehramtsanwärter ihre Interessen aufgeben

In Artikel 80 der Verfassung des Landes Nordrhein-Westfalen und in § 61 des Landesbeamtengesetzes ist der Beamteneid enthalten. Er lautet:

„Ich schwöre, daß ich das mir übertragene Amt nach bestem Wissen uns Können verwalten, Verfassung und Gesetze befolgen und verteidigen, meine Pflicht gewissenhaft erfüllen und Gerechtigkeit gegen jedermann üben werde."

Diesen Eid müssen die Lehramtsanwärter ablegen, bevor sie ihren Dienst antreten. Schriftlich eingeladen, versammeln sich die zukünftigen Lehramtsanwärter zum ersten Mal im Bezirksseminar. Der Raum ist eng gefüllt, beim letzten Mal im März 76 waren es 70 bis 80. Vorne sitzt die dreiköpfige Seminarleitung, alle drei sozialdemokratische GEW-Aktivisten. Zwei davon im Vorstand des Hammer Stadtverbandes. Die angehenden Lehramtsanwärter kennen sich in seltenen Fällen von der Pädagogischen Hochschule. Gleich mit den ersten Worten bemüht sich der Seminarleiter Nülle, jene verkrampfte Spontaneität zu erzeugen, die die moderne Pädagogik kennzeichnet und die den Zweck hat, die Schüler für die Sache ihrer eigenen Indoktrination und Unterdrückung zu aktivieren, hier für den gleichen Zweck und ähnliche Ergebnisse. Auf solche Impulse wie „Vielleicht sagen Sie erst mal, was Sie von der Ausbildung im Bezirksseminar erwarten," sagt meist keiner was. Klappts so nicht, folgt ein anderes pädagogisches Register. Verständnis heucheln und sich anbiedern. Etwa so, man wisse ja, wie schwierig das heute ist – hier folgt der dezente Hinweis, daß man schließlich ja auch schon mal mit der Unterschriftenliste in Hamm auf der Straße gestanden habe, und man wisse auch, daß die Ausbildung an der PH schlecht sei.

Hier wird wieder eine Pause gemacht, damit die Lehramtsanwärter doch endlich klopfen und sich doch endlich mit ihrem Dienstherrrn traut vereinigen. Der Müller erklärt schließlich, daß man auch keine Angst haben müsse. Sicherlich müsse man viel arbeiten, der Druck sei auch groß, aber die Seminarleitung sei ja da, um zu helfen. Dann wird nach Strichliste aufgerufen, ob auch alle da sind, und wird gesagt, wer an welcher Schule ist.

In der folgenden Pause drängen sich 70 angehende Lehramtsanwärter um eine Landkarte, um herauszubekommen, wo ihre Schule liegt.

Dann kommt die Vereidigung selbst. Noch einmal bricht sich das fortschrittliche Pädagogenherz in der sozialdemokratischen Brust Bahn. Eigentlich müsse er ja jeden einzelnen vereidigen, indem jeder einzelne die Eidesformel laut nachspricht. Doch er wolle immer gleich vier auf einmal nehmen. „Ich habe Vertrauen zu Ihnen." Es werden immer vier hereingerufen. Es wird ihnen die oben zitierte Eidesformel vorgetragen und ihnen gesagt, das mit Gott müsse man nicht sagen, und unter weiteren peinlichen Entschuldigungen, daß das nun mal Vorschrift sei, lesen dann ein Seminarleiter und vier Lehramtsanwärter laut vom Blatt. Das heißt, genau gesagt liest nur der Seminarleiter laut. Die Lehramtsanwärter bewegen die Lippen wortlos. Dann schüttelt er jedem die Hand und überreicht die Ernennungsurkunde.

Als im vorigen Jahr einige Monate später die Lehramtsanwärter eine Versammlung in den Räumen des Bezirksseminars durchführen wollten, hat das die Seminarleitung verboten: Das verstoße gegen das Beamtengesetz, und auch im Eid hätte man sich ja für die gewissenhafte Pflichterfüllung ausgesprochen. – (s. Bezirk Westliches Westfalen)

Zeittakt – Telefonseelsorge ausgenommen

1,2 Milliarden DM Gewinn hat die Bundespost im letzten Jahr gemacht. Das meiste davon mit dem Telefon. Das soll so bleiben nach Ansicht der Kapitalisten und ihrer Regierung, denn es setzt im Staatshaushalt Kapital frei für „Wichtigeres" – zum Beispiel Direktsubventionen an die Kapitalisten oder Fregattenprogramme. Weiter soll nicht nur bleiben, sondern ausgebaut werden, daß die Volksmassen diese Summe in erster Linie aufbringen und den Kapitalisten das Telefonieren subventionieren.

Das entscheidende neue Mittel heißt *Zeittakt.* Größere Ortsnetze entstehen als bisher (die meistens sowieso wegen der Verwaltungsreform hätten eingerichtet werden müssen). Innerhalb dieser größeren Netze („Nahbereiche") kann nicht mehr wie bisher im Ortsgespräch unbegrenzt lange für 23 Pfennig telefoniert werden. Sondern nach den bisherigen Versuchen nur 8 Minuten. Jetzt wird er probeweise in den Versuchsgebieten auf 12 bzw. 16 Minuten in den Abendstunden geschaltet (was zeigt, wie schnell die Taktzeiten zu verändern sind).

Folgende Probleme sollen mit der Einführung des Zeittaktes für die Kapitalisten bzw. für die von ihrem Staatsapparat betriebene Post gelöst werden:

1. Höhere Gebühreneinnahmen.

2. Weitere Subventionierung der Kapitalisten durch Senkung der Ferntarife. Angestrebt wird, die Zeittakte für Nahbereichs- und Fernleitungen gleich oder fast gleich teuer zu machen. Das heißt, Ferngespräche werden *billiger,* Ortsgespräche *teurer;* ein Gespräch von Hamburg nach Köln beispielsweise soll fast dasselbe kosten wie ein Gespräch von Altona nach Harburg. Während die Kapitalisten dauernd diese Ferngespräche führen bzw. führen lassen, telefoniert der Arbeiter, Angestellte, Rentner, Bauer – sofern er Telefon hat – seltener z.B. nach Köln als innerhalb des Ortes.

3. Gelöst wird noch ein entscheidendes Problem der Post: Das Telefonnetz soll nicht weiter ausgebaut werden, das würde zu viel von dem Profit kosten. Da das Telefonnetz schon heute überlastet ist, aber weitere Apparate angeschlossen werden sollen, bleibt nur der Weg der Senkung der *Gesprächshäufigkeit und -dauer.* Der Weg dazu geht über die Erhöhung der Gebühren durch den Zeittakt für die Massen.

Und die „sozialen Belange"? Kann eine SPD/FDP-Regierung eine solche Reform machen, ohne die „sozialen Belange" z.B. der Rentner zu berücksichtigen? Keineswegs. Die bleiben gewahrt. Vor allem dadurch, daß die *Telefonseelsorge* vom Zeittakt ausgenommen wird. Staatliche Einschränkung der Möglichkeit der Massen, sich untereinander zu besprechen, dafür freie Bahn der Schwätzerei durch die Pfaffen. Die Telefonseelsorge soll eine „im ganzen Bundesgebiet einheitliche Rufnummer" bekommen – „ähnlich wie die Polizei". – (Z-Red.)

Personalversammlung Uni Bremen: Verbot der Akkordarbeit!

Bremen. Bürgermeister Koschnick hatte im Mai „Empfehlungen“ an die Senatoren geschickt für die Rationalisierung in der bremischen Verwaltung, den Schulen, Sozialämtern und der Polizei. Das wurde auf der letzten Personalversammlung der Universität enthüllt.

Doppelt so schnell sollen die Schreibkräfte danach arbeiten. Wie das erreicht werden soll? „Entlastung“ von Verwaltungsarbeiten und Konzentration auf das Schreiben – sechs Stunden täglich ohne Pause tippen sei möglich, Beseitigung der „Vorzimmer“, Diktat nur noch auf Diktiergeräte und Anschaffung von Schreibautomaten für Formulartexte und vor allem Neuorganisation, sprich Einführung eines zentralen Schreibdienstes und Einführung von Prämien. Begründet hat Koschnick seine Pläne als „personalfürsorgerische Maßnahme“, denn beim Senator für Jugend und Soziales gibt es diese Schreibbüros seit 1974, und es sollen doch alle gleich ausgelastet sein.

Die Beschäftigten der Universität wissen, daß kaum einer von den damals Beschäftigten heute noch im Amt ist, entweder weil sie rausrationalisiert wurden oder die Arbeit aufgegeben haben, weil sie sie nicht mehr geschafft haben.

Vorläufig wurden die Pläne des Senats durchkreuzt, die Personalversammlung hat beschlossen: Sofortige Rücknahme der Senatsempfehlungen für den Schreibdienst!

Verbot der Akkordarbeit und aller akkordähnlichen Systeme!

Senator Franke, der diese Angriffe durchsetzen sollte, wich zurück und forderte den Senat auf, die „Empfehlungen“ zurückzunehmen, er wolle sie auf die Universität nicht anwenden. Die Pläne sind keineswegs vom Tisch und das Bewußtsein über die Notwendigkeit weiterer Kampfmaßnahmen wächst: „Das Faß ist am Überlaufen, auf die Personalräte oder den Senat vertrauen, nützt nichts!“ „Jetzt haben wir endlich die Tariferhöhung. Keiner hier an der Uni, außer den Regierungsräten, hat mehr als 60 DM netto bekommen. Und mit dem Urlaubsgeld komme ich gerade bis Bad Segeberg. Und jetzt noch Akkordarbeit. Da bleibt nur Kampf“, wurde die Stimmung zusammengefaßt. Die Beschäftigten der Universität müssen den Streik vorbereiten, wollen sie die Angriffe des Senats zurückschlagen.

30 % auf die Sonderschule

In dem „Zwischenbericht einer Studie

30 % auf die Sonderschule

In dem „Zwischenbericht einer Studie
zur Situation der Jugend“ hat das Stuttgarter „Institut für Gesundheitserziehung“ errechnet, daß 1978 125 000 Hauptschüler ohne Abschluß die Schule verlassen werden. Das ist ein Viertel mehr als 1975. Den Gesundheitserziehern ist das ein Argument für die weitere Füllung der Sonderschulen. Bisher werde zu wenig Rücksicht „auf die natürliche Begabung des Kindes“ genommen. Statt die „weniger Begabten“ als „Versager abzustempeln“, schlagen sie die zwangsweise Einweisung auf die Sonderschulen vor: „Pädagogen verschiedener Bundesländer hätten jetzt festgestellt, daß bis zu 30 % der Schüler aller Jahrgänge spezieller pädagogischer Fördermaßnahmen bedürften.“ 14 % der Gymnasiasten in Niedersachsen sind in diesem Jahr nicht in die Oberstufe versetzt worden, das sind drei bis vier Prozent mehr als in den letzten Jahren.

Die imperialistische Bildungsreform entfaltet ihre für die Kapitalisten wohltätigen Wirkungen.

ABM-Beschäftigte kämpfen gegen Lohnsenkung und für mehr Rechte

Westberlin. Lohnsenkung um 170 DM plant der Westberliner Senat unter Stobbe bei den Angestellten, die über das Arbeitsbeschaffungsprogramm (ABM) in eine völlig rechtlose Lage gepreßt sind. Behilflich bei der Durchsetzung dieser „strukturellen Veränderung“ sind ihm dabei die Gewerkschaftsfunktionäre Wahl (ÖTV) und Selle (DAG).

Gegen diesen Plan haben sich die ABM-Beschäftigten zusammengeschlossen. Sie haben eine Erklärung abgegeben, in der sie das „Angebot“ des Senats grundsätzlich ablehnen und ihre Forderungen nach Streichung der Lohngruppen A (1 256 DM), B (1 317 DM) und C (1 479 DM), Einheitsvergütung, mehr Urlaub und mehr Rechte bekräftigt haben.

Seit Monaten war der ÖTV-Sekretär Wahl jeder Diskussion mit der ABM-Vertrauensleuteversammlung aus dem Weg gegangen und hatte sich hartnäckig geweigert, ihre Forderungen zu vertreten. Die ABM-Vertrauensräte haben daraufhin die Abberufung von Wahl gefordert. Unter diesem Druck mußte Wahl erstmals eine gewählte Tarifkommission aus Angestellten der ABM zu den Verhandlungen mit dem Senat mitnehmen. Damit wurde das schnelle Durchziehen dieser „Reform“ verhindert, und die Verhandlungen mußten vertagt werden. Die klare und kompromißlose Haltung der Kommission bezeichnete Wahl hernach als „peinlich“, denn ihm liegt die vollständige Unterdrückung und Entrechtung der ABM-Beschäftigten sehr am Herzen. Zwei Tage nach den Verhandlungen hat er den Mitgliedern der Tarifkommission schriftlich mitgeteilt, daß die Kommission wieder aufgelöst sei.

Ein Bau für Rationalisierer und Unterdrücker

„Neues Klinikum“ Göttingen

Göttingen. „Die Kostenexplosion im Gesundheitswesen dämpfen“, das ist der Schlachtruf der Monopolbourgeoisie. Die Kranken- und Rentenversicherungen sollen keine Gelder verschleudern für die Wiederherstellung der zugrundegerichteten Arbeitskraft, sie sollen ausschließlich als Kapitalquelle sprudeln für die Bourgeoisie. Deshalb hat die niedersächsische Landesregierung errechnen lassen, daß allein im Raum Göttingen 628 Betten „nicht bedarfsgerecht“ seien. Gleichzeitig ist das Milliardenprojekt „Neues Klinikum“ mit einer Kapazität von 1 000 Betten eingeweiht worden. Ist das ein Widerspruch? Es ist keiner. Worauf die Bourgeoisie scharf ist, ist folgendes: Jeder Arbeiter, dessen Arbeitskraft durch den kapitalistischen Prokuktionsprozeß zugrunde gerichtet ist, soll sich in die Forschungsanstalt „Neues Klinikum“ begeben, denn „die Durchführung von Forschung und Lehre ist in medizinischen Hochschuleinrichtungen nicht ohne die Krankenversorgung denkbar.“ (Vorschlag zur Organisation und Verwaltung der medizinischen Einrichtungen der Universität Göttingen, Manuskript)

Schon nach dem Umzug der ersten beiden Kliniken, der neurologischen und der zahnmedizinischen, besteht kein Zweifel, daß dieser Bau ausschließlich der „Kostendämpfung“ auf Kosten der Patienten und des Personals dient. Auf einer neurologischen Männerstation haben drei Patienten darauf gedrungen, sofort entlassen zu werden, weil sie nicht bereit waren, die Zustände in diesem Zuchthaus zu ertragen.

Der Empfang dort ist schon großartig. Wird man nach 13 Uhr eingeliefert, muß man bis zum nächsten Morgen hungern. Stationsküchen, wo in den Alt-Kliniken wenigstens noch ein kleiner Lebensmittelvorrat vorhanden war, sind genauso abgeschafft wie die hauswirtschaftlichen Angestellten, die daraus Speisen gemacht haben. Sie
hauswirtschaftlichen Angestellten, die daraus Speisen gemacht haben. Sie
sind jetzt Putzfrauen, die als „Reinigungsassistentinnen“ bezeichnet werden und sollen aufgrund der veränderten Tätigkeitsmerkmale in die unteren Lohngruppen eingestuft werden. Allein auf der letzten Personalratssitzung der medizinischen Klinik lagen Anträge über fünf Neueinstellungen von Arbeiterinnen vor, die bei 29 Stunden pro Woche in Lohngruppe II eingestuft werden sollten. Der Personalrat hat nicht zugestimmt, und beraten wird gegenwärtig die Forderung nach Streichung der unteren Lohngruppen.

Das Prunkstück des „Neuen Klinikums“ ist die Zentrale Datenverarbeitung. „Warum sollen Menschen Arbeiten verrichten, die auch eine Maschine kann?“, so wird die ZDV in einer „Ersten Information für die Mitarbeiter“ angepriesen. Tatsächlich ist aber der Arbeitsaufwand für das Pflegepersonal durch die Einführung der ZDV wesentlich größer geworden. Während es früher genügte, das anzufordernde Medikament ins Apothekenbuch einzutragen, muß man heute zusätzlich 6-stellige Code-Nummern aus ellenlangen Listen heraussuchen und übertragen. Erleichterung der Arbeit ist im Kapitalismus auch niemals der Zweck der Einführung von Maschinerie. Was die ZDV erfassen soll, wird in einem Untersuchungsbericht veröffentlicht: „So haben wir einmal auf einer Wachstation einen höheren Verbrauch an Babyöl und Babytüchern festgestellt, als die ganze Kinderklinik hatte.“ Die Pflegemittel sollen auf ein Minimum beschränkt werden.

Schon im Alt-Klinikum hatte der Facharzt für Labormedizin Eickhoff gedroht: „Erinnern Sie sich bitte daran, daß die Patienten hier wegen nervenärztlicher Diagnostik und Therapie eingewiesen sind. Wenn Sie in Ihrer Praxis eine derart weitgehende internistische Labordiagnostik betreiben, werden Sie mit Sicherheit regreßpflichtig.“

stische Labordiagnostik betreiben, werden Sie mit Sicherheit regreßpflichtig.“

Die ZDV soll solche Verschwendung in Zukunft unterbinden. Sie gibt nur einen ganz bestimmten Datenkreis frei, „der jeweils an den Identifikationscode gebunden ist.“ Zu deutsch: Der Internist bekommt nur die internistischen Daten, der Neurologe nur die neurologischen usw. Das wird als Datenschutz ausgegeben. Geschützt wird nur die Absicht des Staates, daß sich die Tätigkeiten im „Neuen Klinikum“ zu beschränken haben auf die festgelegten Forschungsprojekte. Deshalb ist es auch kein Wunder, daß, solange die Innere Medizin noch nicht umgezogen ist, keine Planstelle für das Schreiben von EKG's eingerichtet ist. Der Neurologe soll sich gefälligst auf seine neurologische Forschung beschränken, das Herz hat ihn nicht zu interessieren.

Um Versuchskaninchen zu füttern und zu überwachen, dazu reiche in der Nacht eine Pflegeperson pro Station aus, hat sich der Dienstherr gedacht. Stirbt einer weg, egal. Die Verschärfung der Ausbeutung in den Fabriken wird schon für Nachschub an Forschungsobjekten sorgen. Die Arbeitsbedingungen wurden so ins Unerträgliche gesteigert. Eine Krankenschwester, die gerade 14 Tage krankgeschrieben war, war nach drei Tagen Arbeit schon wieder mit den Nerven fertig.

Der Krankenstand ist rapide gestiegen. Deshalb hat die Ebenenversammlung der Neurologie einstimmig die Forderung „Zwei Nachtschwestern pro Station“ beschlossen. Der Personalrat unterstützt diese Forderung.

Während durch die Intensivierung der Arbeit die Reproduktionskosten der Arbeitskraft steigen, wird der Lohn gesenkt. Pflegehelfer werden nur noch im Transportdienst eingesetzt. Pläne existieren, die Sekretärinnen auf Stücklohn zu setzen. Gegen alle diese Maßnahmen wird ein zäher und hartnäckiger Kleinkrieg geführt. Die Se-

Stücklohn zu setzen. Gegen alle diese Maßnahmen wird ein zäher und hartnäckiger Kleinkrieg geführt. Die Se-

kretärinnen erhalten sich Tätigkeiten wie den Gang auf Stationen, um Akten zu holen, damit die Einführung des Akkordlohns verhindert wird.

Als der Stationsarzt der neurologischen Wachstation anordnete, daß eine Pflegekraft allein einen Patienten in die Röntgenabteilung fährt, wurde das verweigert, und der Arzt mußte selber den Transportdienst machen.

Doch die Dienstaufsicht greift immer neu an. Am Freitag hat sie die neue Arbeitszeitordnung veröffentlicht. Danach soll am Wochenende eine Pflegekraft um 6 Uhr anfangen, eine um 8 Uhr und die dritte um 10 Uhr. Das heißt, die Stationen sollen von 6 bis 8 Uhr mit einer, von 8 bis 10 Uhr mit zwei und von 10 bis 13 Uhr mit drei Pflegekräften besetzt sein. Sofort nach Erscheinen des Rundschreibens liefen die Telefone zwischen den Stationen heiß und am Mittag war klar: Das läuft nicht.

Aber immer deutlicher ist auch geworden, daß mit dem ständigen Kleinkrieg nicht der notwendige Fortschritt gemacht werden konnte. Er kann nur gemacht werden, wenn sich die Belegschaft für klare Forderungen erhebt. Gegen die Lohnrückstufungen muß die Forderung nach Streichung der unteren Lohngruppen erhoben werden. Der niedrige Lohn spaltet immer wieder aufs neue die Front gegen die Überstundenabpresserei. Deshalb muß ein ausreichender Lohn auf den Normalarbeitstag erkämpft werden. Der Kampf gegen die ständig steigende Arbeitshetze muß zusammengeschlossen werden unter den Forderungen für den Siebenstundentag, für die 35-Stundenwoche. Diese Forderungen hat die Personalratsliste „Gegen Lohnabbau, Rationalisierung und politische Entrechtung“ bereits im Herbst erhoben. Mit der Organisierung des Kampfes dafür kann keine Minute länger gezögert werden. – (Zelle Uni-Kliniken Göttingen)

rung des Kampfes dafür kann keine Minute länger gezögert werden. – (Zelle Uni-Kliniken Göttingen)

Gegen die Gehaltskürzungen und Besoldungsrückstufungen!

Hamburg. Die Gewerkschaftsführung taktiert und will den beschlossenen Streik möglichst nicht durchführen. Frister hat einen Brief an die Funktionäre geschrieben (16. Juni), in dem er sagt: „In der ersten Runde der parlamentarischen Beratungen haben wir unser bildungspolitisches Ziel erreicht.“ In einem Aufruf zur Demonstration der GEW am 30. Juni fordert der Landesvorstand einen Nachtragshaushalt für den Ausbau der Bildungsreform. Der Aufruf enthält kein Wort mehr zur Besoldungssituation und zum Streik. Die Lehrer sind anderer Auffassung. In vielen Schulen finden öffentliche Versammlungen mit Schülern und Eltern zum Warnstreik der Lehrer statt. Für den 24. Juni hatten Vertrauenskörperschaften der Lehrerreferendare, der Justizanwärter und der Sozialpädagogen-Praktikanten zu einer Demonstration aufgerufen. 500 beteiligten sich. Der Landesvorsitzende der GEW Lemke sieht sich inzwischen ertappt bei seiner Hinhaltepolitik und schreibt einen Brief an die Vertrauensleute zur Streikvorbereitung, wo er den aktiven Streik ankündigt. Die *Sonderschulen* werden ausgenommen wegen der „besonderen Fürsorgepflicht“. Der Streik soll also in der Form von Schwerpunktstreiks durchgeführt werden.



Demonstration in Hamburg am 24. Juni

Braunschweig. Der Vertrauensleutekörper der Restdienststelle Stadtverwaltung hat am 16. Juni eine Resolution verabschiedet, in der er sich gegen die Kürzung der Anwärterbezüge, die geringe Erhöhung der Mehrarbeitsvergütung sowie gegen die Auszahlung des Urlaubsgeldes erst nach Verabschiedung des 6. Besoldungserhöhungsgesetzes ausspricht. Weiter heißt es: „Die Vertrauensleute der ÖTV Restdienststelle sprechen sich entschieden gegen diese Maßnahmen aus, denn sie zielen darauf ab, immer bei einzelnen Gruppen von Beschäftigten des öffentlichen Dienstes Lohn- und Gehaltskürzungen durchzusetzen, um so die Lage aller Kollegen im öffentlichen Dienst zu verschlechtern. Deshalb fordert die Vertrauensleuteversammlung: Keine Kürzung der Ausbildungsvergütungen im öffentlichen Dienst! Urlaubsgeld muß für alle gezahlt werden! Urlaubsgeld noch für Juli! Diese Resolution wird an den Innenminister Maihofer, Bundesrat und Bundestag sowie ‚ötv-magazin‘ und an den ÖTV-Hauptvorstand geschickt.“ Beantragt wurde diese Resolution von 33 Kollegen der Stadtverwaltung.

Nordrhein-Westfalen. Am 5. Juli findet in Düsseldorf eine Demonstration gegen das 6. Besoldungserhöhungsgesetz statt, zu der aufrufen: die Personalräte der Referendare bei den Oberlandesgerichten Köln und Hamm, der Personalrat der Referendare bei den Landgerichten Düsseldorf, Wuppertal, Essen, Bochum, die Vereinigung der Realschulreferendare des Landes Nordrhein-Westfalen, die ASten der Universitäten Bonn, Bielefeld, Münster, der AStA der Pädagogischen Hochschule Bielefeld, Fachschaften Jura der Universitäten Köln, Bonn, Bielefeld, Münster, Bochum.

Bochum. 20 Lehramtsanwärter in einer Solidaritätsresolution an die Krankenpflegeschüler des Krankenhauses Bergmannsheil: „Wir Lehramtsanwärter im Bezirksseminar Bochum für das Lehramt an der Realschule erklären uns mit eurem Kampf gegen die Gehaltskürzungen und für Kündigung des Tarifvertrags solidarisch. Auch bei uns will der Dienstherr die Bezüge massiv kürzen. (. . .) Der Dienstherr verfolgt offenbar einen einheitlichen Plan zur Verschlechterung der Lage der Auszubildenden im öffentlichen Dienst. Dem kann nur begegnet werden, wenn auch wir Auszubildenden die Einheit herstellen.“

Herne. Die Mitgliederversammlung der GEW hat am 23. Juni bei 15 Anwesenden die Demonstration am 5. Juli in Düsseldorf begrüßt und die Herner Lehrer und Erzieher dazu aufgerufen. Der Landesvorstand wurde zur Unterstützung aufgefordert. Im Beschluß heißt es weiter: „3. Die Mitgliederversammlung fordert die GEW auf, gemeinsam mit der ÖTV einen Streik gegen das 6. Beamtenbesoldungserhöhungsgesetz im September zu organisieren.“

Hessen. Für den 5. Juli rufen die Gewerkschaften DPG, GdED, GEW, Gewerkschaft Gartenbau, Landwirtschaft und Forsten, ÖTV und IG Bergbau und Energie zu einer Kundgebung nach Wiesbaden auf dem Platz vor dem Innenministerium auf, gegen die Kürzung der Anwärterbezüge und Besoldungsrückstufungen.

Hessen. Der AjLE-Landesvorstand beschloß: „Der Hauptausschuß möge am 8. Juli beschließen die Durchführung einer Urabstimmung für einen Streik am Anfang des neuen Schuljahres zur Durchsetzung der Forderungen: Rücknahme der Kürzungen der Anwärterbezüge! Keine Besoldungsrückstufungen bei Lehrern! Die Kundgebung und Demonstration in Wiesbaden am 5. Juli soll dieser Zielsetzung dienen.“

Gießen. 10 Krankenpflegeschüler unterstützen in einem Brief an die Mitgliederversammlung der GEW deren Forderungen und setzen sich für die Zusammenarbeit der ÖTV mit der GEW ein.

Frankfurt. In dem Beschluß der Schulgruppe der Integrierten Gesamtschule Ober Roden heißt es: „Es ist doch klar, daß ohne Streik der Lehrer diese Maßnahmen nicht abgewehrt werden können.“ Der Vorstand wird aufgefordert, Urabstimmung und Streik für nach den Ferien zu beschließen und den Streik auf die Forderungen zuzuspitzen: Weg mit den Gehaltskürzungen! Weg mit den Besoldungsrückstufungen! Das Urabstimmungsergebnis in Hamburg wird begrüßt.

Frankfurt. Die GEW-Schulgruppe der Gesamtschule Bockenheim-Süd hat eine Resolution gegen das Gesetz verabschiedet und an den GEW-Landesvorstand und den Hamburger GEW-Landesvorstand geschickt.

Wiesbaden. Die Personalversammlung der Referendare beschloß eine Resolution gegen die Lohnraubabsichten. 30 Referendare waren anwesend.

Heilbronn. Am 20. Juni haben 29 Teilnehmer der Referendarversammlung des Kurses 76/II am Studienseminar eine Protesterklärung verabschiedet. In dieser Erklärung wenden sich die Referendare gegen die Einstellungspolitik in Land und Bund und fordern die sofortige Aufhebung der Einstellungsquoten in Baden-Württemberg, wonach 65% des Kurses Dreiviertel-Angestelltendeputate auf drei Jahre erhalten und 35% sofort arbeitslos werden sollen. Dieser „planmäßige Ausbau der Lehrerarbeitslosigkeit“ wird angesichts der Lage der Schulen zurückgewiesen und die Einstellung aller ausgebildeten Referendare gefordert. Außerdem wenden sich die Teilnehmer der Versammlung gegen die Kürzungen der Anwärterbezüge, wie sie im 6. Besoldungserhöhungsgesetz beschlossen wurden. Diese Sparmaßnahmen werden in den Zusammenhang gestellt mit dem Versuch der Landesregierung, die Referendare des Kurses 76/II bereits im Dezember 1977 vorzeitig zu entlassen und damit weitere drei Monate Gehälter einzusparen. Ebenso wird der Angriff auf die Anwärterbezüge gewertet als erster Schritt in Richtung auf Statusänderungen wie Praktikantenstatus, Studentenstatus, mit Eingliederung ins BAFöG. Am Ende der Erklärung heißt es:

„Diese gesamten Angriffe müssen bekämpft werden.“ Die Versammlung beschloß deshalb auch, im letzten Halbjahr der Ausbildung, wo alle versetzt werden, über Schulsprecher den Zusammenhalt und den Kontakt des Kurses zu organisieren.

„Landwirtschaftliche Altershilfe“: Großangelegter Landraub

Was ein Bauer an Rente erhält, ist zum Sterben zuviel und zum Leben zuwenig. Das „Gesetz über Altershilfe für Landwirte“, das seit 1957 in Kraft ist, ist für den imperialistischen Staat ein Instrument, die kleinen Bauern vom Land zu verjagen, um die kapitalistischen Großbetriebe zu vergrößern.

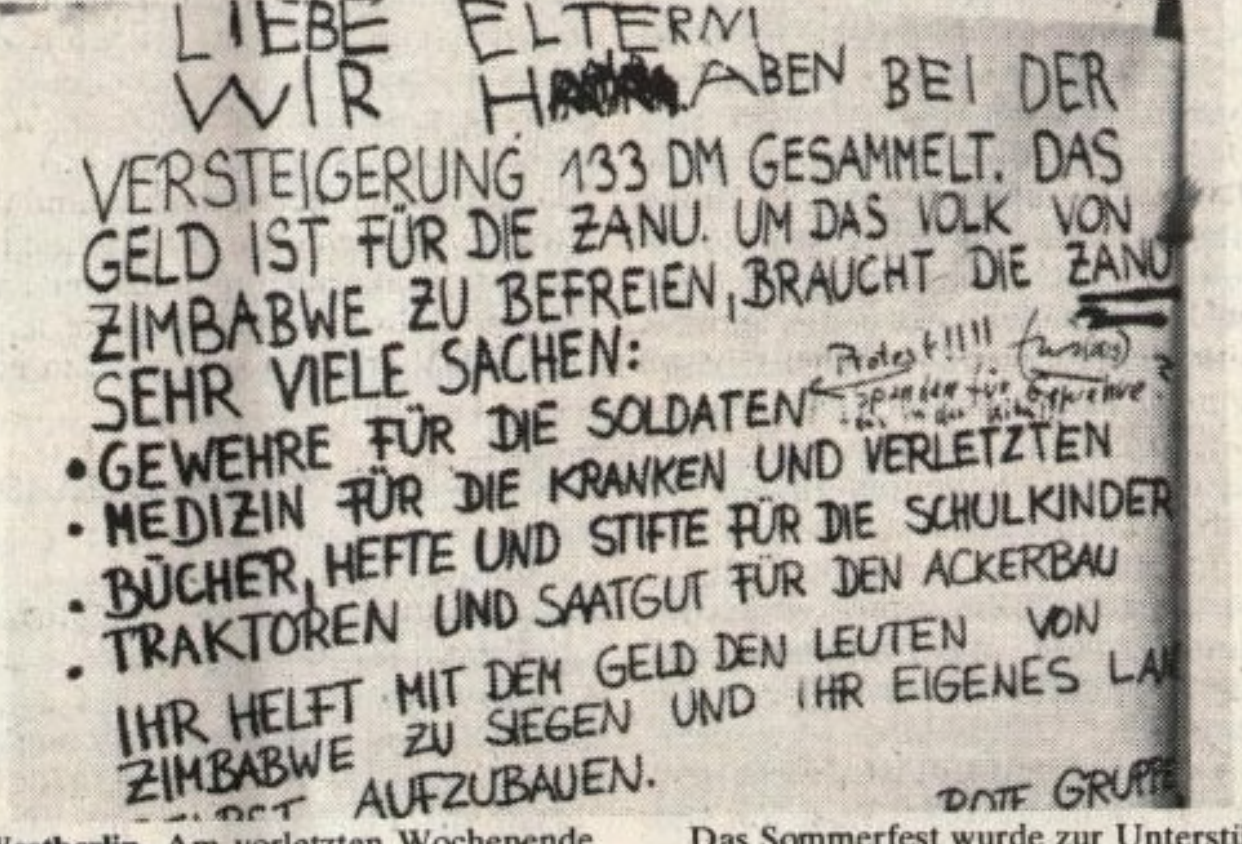
Daß der Bauer die durchschnittlichen 247,60 DM monatliche Rente erhält, ist zudem keineswegs gesichert. Nach dem Gesetz hat jeder Bauer Anspruch auf Rentenzahlung, eigentlich, denn erhalten tut sie nur, wer eine „auf Bodenbewirtschaftung beruhende Existenzgrundlage“ nachweisen kann. Die Existenzgrundlage wird in Einheitswerten von der Bundesregierung festgelegt. Wirtschaftet der Bauer unter der „Existenzgrundlage“, muß er sich sofort überlegen, ob er nicht gleich seinen Hof aufgibt. Erreicht er die Existenzgrundlage und ist sein Rentenanspruch von daher gesichert, ist ihm das der Verbleib des Hofes keineswegs. Er erhält dann nur 362,10 DM Rente, wenn er 65 Jahre alt ist und den Hof abgegeben hat. Hat er keine Kinder, die den Hof übernehmen können, bleibt ihm nur der Verkauf. Damit ist ihm auch die letzte Lebensmöglichkeit, nämlich auf dem Altenteil des Hofes den Rest seines Lebens zu verbringen, genommen, was aber Voraussetzung für seine weitere Existenz bei der Höhe der „Altershilfe“ ist.

Hat der Bauer keine Kinder, die seine Versorgung mit sichern können, wählt er allemal lieber den Verkauf des Landes als den Hungertod. Unter Ausnutzung dieser Tatsache haben die Bourgeois 1969 das Gesetz zur „Landabgaberente“ gemacht. Danach kann der Bauer bereits nach dem 60. Lebensjahr Rente erhalten, die sich zusammensetzt aus dem Grundbetrag der Altershilfe entsprechend den Jahren, die er Beiträge gezahlt hat (1977 bei 15 Jahren Beitragszahlung: 362,10 DM verheiratet und 241,60 DM unverheiratet; mit jedem weiteren Beitragsjahr erhöht sich der Betrag um 3 Prozent), und der Landabgaberente von 175 DM für Verheiratete bzw. 115 DM für Unverheiratete monatlich. Erreicht der Bauer das Rentenalter von 65 Jahren, erhält er nicht die ihm zuständige Altersrente zusätzlich, sondern er bekommt dann Altershilfe plus 175 DM. Er kann nach dieser Bestimmung auf keinen Fall über einen Rentenbetrag von 573,10 DM hinauskommen. Daß der Bauer bereits seit dem 60. Lebensjahr Rente beziehen kann und daß sie um 175 DM höher liegt, ist aber keine Freundlichkeit oder Einsicht der Regierung. Die Sache hat ihren Zweck. Der Bauer muß in der Wahl, ob Verhungern oder mehr Rente, sich für die etwas höhere Landabgaberente verpflichten, mindestens 85 Prozent seines Landes zu verkaufen. Er darf sie nur an Bauern und Großgrundbesitzer weiterverkaufen, die seit mindestens einem Jahr bewiesen haben, daß sie die von der Regierung festgelegte „Existenzgrundlage“ auf ihrem Hof erwirtschaften lassen können. Der naheliegendste Gedanke für den Bauern ist unter diesen Umständen, sich eine Arbeit zu suchen, in die gesetzliche Arbeiter- oder Angestellten-Rentenversicherung überzuwechseln, seinen Hof aber weiter als Nebenerwerbsbetrieb zu bewirtschaften, um so seine Familie und sich durchzubringen. Damit den Bauern diese Möglichkeit genommen ist, die nicht den Interessen der kapitalistischen Landkonzentration entspricht, hat die Bundesregierung 1971 das Gesetz „Zuschußgewährung zur Nachentrichtung von Beiträgen zur Rentenversicherung der Arbeiter und Angestellten“ gemacht. Die Beiträge des Bauern entsprechen in der Höhe den Pflichtbeiträgen. Als Zuschuß erhält er 70 Prozent aus der landwirtschaftlichen Alterskasse. Es bleiben für ihn immerhin noch 30 Prozent, die er für Jahre zahlen müßte, um später eine halbwegs erträgliche Rente zu erhalten. Wäre er in der Lage, solche Summen auf den Tisch zu legen, dann wäre die Bewirtschaftung seines Hofes für ihn kein Problem.

Die Zahlung der Zuschüsse ist gekoppelt damit, daß er seinen Hof sofort verkauft und nicht erst wie nach der Landabgaberente mit der Erreichung des Rentenalters und seine Arbeitskraft ausschließlich dem Kapitalisten zur Verfügung stellt.

Mit den Rentengesetzen für die Bauern beschleunigt der imperialistische Staat die Konzentration des Grund und Bodens, indem sie die Bauern vor die Wahl stellen: entweder verhungern oder das Land verlassen. – (Z-Red.)

	Anzahl d. landw. Betriebe	Zahl der Versicherten	Rentenempfänger	ausgezahlte Renten	durchschnittl. „Altershilfe“	Empfänger von Landabgaberente	gezahlte Landabgaberente	abgegebenes Land seit
	Mio			Mio DM	DM		Mio DM	ha/kumuliert
1967	1,42 (1966)	853678	499045	670,5	111,96	.	.	.
1968	.	840769	515063	686,2	111,0	.	.	.
1969	.	825230	529026	789,3	124,35	216	0,098	.
1970	1,24	796698	540011	841,1	129,79	2351	5,4	12946
1971	1,16	781099	548381	858,2	130,40	9726	25,3	77426
1972	1,14	758289	553406	945,6	142,40	18830	58,0	158176
1973	1,11	733228	566020	1221,6	179,90	27277	95,1	238670
1974	1,07	715099	570118	1362,1	199,10	31557	114,5	283410
1975	1,04	694047	569857	1519,0	222,10	36972	139,9	354709
1976	.	677651	567000	1684,3	247,60	40,883	156,6	411709



Westberlin. Am vorletzten Wochenende veranstalteten 35 bis 40 Kinder, 50 bis 60 Eltern und die Erzieher der Kindertagesstätte Mittelhof in Zehlendorf ein Sommerfest.

Häufig war in der Kita über den bewaffneten Befreiungskampf des Volkes von Zimbabwe gesprochen worden. 12 oder 13 Eltern haben das Buch „Freiheit für Zimbabwe“ gekauft.

Das Sommerfest wurde zur Unterstützung der ZANU genutzt:

Auf einer großen Wandzeitung, die wir vorher gemeinsam gemalt und geschrieben hatten, erklärten wir noch mal die Ziele des Befreiungskampfes und die Notwendigkeit seiner Unterstützung. Die meisten Eltern fanden das richtig: Die Versteigerung erbrachte 133 DM.“

„Das Landesjugendheim ist ein Gefängnis“

Jugendliche schließen sich im Kampf gegen die Unterdrückung zusammen.

Göttingen. Mehreren Jugendlichen aus dem Landesjugendheim soll der Prozeß gemacht werden, weil sie einem Erzieher den Schlüssel abgenommen haben, um aus dem Heim rauszukommen. Teilweise reißen ganze Gruppen aus dem Heim aus, weil sie es drinnen nicht mehr aushalten.

5,5 Millionen DM hat sich das Land die Unterdrückung kürzlich erst kosten lassen und mit den Worten gefeiert: „Für unsere Klienten nur das Beste“. Martin Scherpner, Erzieher im Landesjugendheim: „Heute weiß jeder, wie wichtig die schulische und berufliche Motivation ist ...“

Über diese „Motivation“ schrieben Jugendliche aus dem Landesjugendheim in einem Aufruf zu einer Demonstration folgendes: „Das Landesjugendheim ist ein Gefängnis. Jugendliche, die rebellisch gegen Ausbeutung und Unterdrückung sind, sind dort eingesperrt. Das soll ihnen aberzogen werden. Gehst du in das Heim als Hilfsarbeiter rein, kommst du als Hilfsarbeiter auch wieder raus.

Die meisten von denen, die nicht zur Schule gehen, machen Hilfsarbeiten – zehn DM söchentlich werden vom Lohn für sieben Stunden Arbeit am Tag ausgezahlt. Vom restlichen Lohn wird das Gefängnis finanziert. Etwa 100 DM werden auf ein von der Heimleitung verwaltetes Sparkonto gelegt.

Verweigert man die Arbeit oder verläßt man in der Pause den Arbeitsplatz, wird der Lohn für den gazen Tag gestrichen. Bis du aufsässig, wird der Ausgang gesperrt. Verspätest du dich, kommst du auf das geschlossene Haus ....Uns soll die Rebellion aberzogen, das Kreuz gebrochen und der Zusammenschluß verhindert werden ...“

Die Stationen, die ein Jugendlicher normalerweise bis zum Heim durchmacht, sind: Schwänzen, Klauen, Jugendstrafe, Erziehungsheim, Ausreißen, Klauen, Jugendstrafe, Knast ... Systematisch ins Elend gedrückt werden die Jugendlichen, damit sie sich für den niedrigsten Lohn verkaufen müssen. Nichts als Unterdrükkung und Verkrüppelung ihrer produktiven Fähigkeiten ist „schulische und berufliche Motivation“ im Landesjugendheim.

Einem Jugendlichen, der vorzeitig aus dem Heim entlassen worden ist, weil er der Heimleitung unbequem war, weil er ständig abgehauen ist, werden jetzt schon seit zwei Monaten die Papiere verweigert, ohne die er weder Arbeit noch Sozialhilfe kriegt. Also ist er gezwungen, Gelegenheitsarbeiten zu machen und auf Pump zu leben.

Ein Mädchen aus dem Jugendheim hat jetzt draußen eine Arbeit für 1,50 DM Stundenlohn in einem Hotel gekriegt. Was anderes bekommt sie nicht.

Vor zwei Wochen sind 20 Jugendliche zum Heim demonstriert und haben verlangt:
- Drei Tage mindestens Ausgang für alle bis 22.00 Uhr!
- Volle Auszahlung des Lohns!
- Freie Verfügung über den Lohn!
- Rücknahme aller Strafverfahren!

Die Jugendlichen im Fuchsbau – geschlossenes Haus, wo die rebellischsten untergebracht sind – haben Ausgangssperre gekriegt, damit sie an dieser Demonstration nicht teilnehmen können.

Mehrere Jugendliche aus dem Heim werden auf dem Prozeß, der jetzt durchgeführt werden soll, mit einer eigenen Anklageschrift auftreten, die im ganzen Heim verbreitet werden soll. Dann wird der Prozeß umgedreht. – (KJB/Göttingen)

Steigender Finanzaufwand der Bourgeoisie für die „Jugendhilfe“

Die umfassende Beaufsichtigung, Schikanierung und Unterdrückung der Jugend der arbeitenden Klassen durch den bürgerlichen Staatsapparat beansprucht die Bundesregierung in ihrem Sozialbericht 1972 – 1976 unter dem Namen „Jugendhilfe“:

„Sie gehört mit ihren vielfältigen Aufgaben und Maßnahmen sowohl zum Bildungswesen als auch zur Daseinsvorsorge und umfaßt ein System von Hilfen, das von der frühkindlichen Erziehung über familienunterstützende und familienergänzende Hilfen bis zu außerschulischer Jugendbildung und Heimerziehung reicht.“

Die Mittel, die die Bourgeoisie für diese polizeimäßige Beaufsichtigung und Unterdrückung der Volksmassen und ihrer Kinder unter dem Namen „Jugendhilfe“ für die Behördeneinrichtungen, das Personal, die Fürsorgeeinrichtungen und die Erziehungsheime, Zuschüsse für die ausdrücklich auf das Grundgesetz festgelegten „Träger der freien Jugendhilfe“ usw. einsetzt, haben eine explosionsartige Ausdehnung erfahren:

Jahr:	1969	1973	1974	1975	(1979)*
Mio. DM:	1 218	2 614	3 253	4 100	(6 000)*

* Geplant. Zahlenangaben nach dem Sozialbericht der Regierung für 1972 – 1976.

„Time out“

In der Tagesstätte für Behinderte der Lebenshilfe in Hamburg-Horn ist die wesentliche theoretische Grundlage der „Erziehung“ die *Lerntheorie.* Sie stellt eine völlig mechanistische Auffassung des Lernens vor, die jede Unterdrückung rechtfertigt:

„Verhalten, das verstärkt wird, wird gelernt. Verhalten, das nicht verstärkt wird, wird gelöscht, also nicht gelernt. Die Erzieher sollen unangemessenes Verhalten nicht verstärken, also nicht darauf achten, und wenn das nicht genug ist, die Kinder ins ‚Time out‘ bringen.“

Das ist – auf eine kurze Anweisung gebracht – der Inhalt dieser Theorie. Das „Time out“ ist ein leerer Raum, etwa 3,5 x 2 Meter, mit Holzgittern bis in zwei Meter Höhe, damit die Fenster nicht zerschlagen werden können. Nichts anderes als die alte Gummizelle.

Zum Beispiel stört ein Mädchen beim Essen, es schlägt auf den Tisch, schimpft und lacht laut dabei. Es wird zweimal aufgefordert, ruhig zu sein, das dritte Mal – ab ins „Time out“. Ein Mädchen schlug sich seit Jahren mit den Fäusten stark auf den Kopf. Die Therapie: Lederhelm auf den Kopf, damit sie sich nicht schwer verletzen kann, und ab ins „Time out“, sobald sie sich schlägt.

Die Methode schien zunächst „Erfolg“ zu haben. Jetzt liegt sie aber seit Monaten im Krankenhaus unter Beruhigungstabletten, weil das Schlagen immer schlimmer wurde.

Ein Mädchen kam Aufforderungen nicht nach: Wenn sie bei Kreisspielen aufgefordert wurde, jemanden zu begrüßen oder zu tanzen, lachte sie den Erzieher an, tat es aber schließlich, wenn er aufstand oder sie an der Hand faßte. Weil ihr Verhalten „unangemessen“ war, wurde „Time out“ vorgeschlagen: zweimal auffordern – wenn sie dann nicht gehorcht, sondern lacht – ab ins „Time out“.

Diese Einrichtung ist ein Zuchthaus für die Behinderten, sie rebellieren dagegen. Die imperialistische Wissenschaft will die Erzieher darauf trimmen, wie Maschinen die brutalste Unterdrückung durchzusetzen.

Die Ideologen der imperialistischen Bildungsreform verkaufen diese Theorie und Praxis als Fortschritt und im Gegensatz zum Prügeln als „human“. Die „Bestrafung“ sei weggefallen. Als „Lernen durch Selbsttätigkeit“ und Einwirkung des Erziehers auf „indirekte“ Weise versuchen sie den durch und durch unterdrückerischen Charakter dieser Sorte Pädagogik zu verschleiern, der in seiner Ausgekochtheit die „Prügelpädagogik“ leicht in den Schatten stellt. Die höheren Ideen dieser Sorte „Reformpädagogik“ haben schlichte Vorbilder: die Ratte, die im Versuch der Psychologen und Pädagogen in das Labyrinth gesperrt wird und wenn sie herauskommt, das Futter findet, wenn nicht, dann nicht ...

Landjugend gegen Kernkraftwerke

Hannover. Im Zusammenhang mit dem Bauerntag in Hannover fand der diesjährige Landjugendtag zum Thema „Kernenergie“ statt. Das wurde gegen den Willen der großbäuerlichen Bauernverbandsführung durchgesetzt, weil es den Interessen der Landjugendlichen entspricht, die überwiegend Lohnabhängige und kleine und mittlere Bauernjugendliche sind . Daß dieses Thema durchgesetzt werden konnte, ist Ausdruck der starken Bewegung, den Bau von Kernkraftwerken zu verhindern.

Der geladene Bundesforschungsminister Matthöfer mußte mit ansehen, wie den meisten Beifall Lieder und selbstgemachte Sketche der Landjugend bekamen, die für Platzbesetzung eintraten. Das paßte offensichtlich weder dem Bundesminister noch den anwesenden bürgerlichen Politikern und Bauernführern wie Hasselmann und Heeremann. Es ist ihnen und einigen Führern der Landjugend noch gelungen, den Widerstand teilweise auf die Forderung nach „Alternativenergien“ und deren Förderung abzulenken. Matthöfer nutzte dies gleich, um hier „Gemeinsamkeiten“ mit der Regierung zu konstruieren, die systematisch den Ruin der kleinen und mittleren Bauern betreibt. Beifall von den mehreren hundert Versammelten, die selber nicht zu Wort kamen, bekamen aber nur jene Teile in der verabschiedeten Erklärung, die für einen Baustopp eintreten.

Gewehre für die Jugend Zimbabwes

Lübeck. Am 22.6. trafen sich Jugendliche und Kinder zwischen 10 und 17 Jahren aus der Denenau und aus dem Jugendheim des Diakonischen Werkes Lübeck und malten Bilder zur Unterstützung des bewaffneten Befreiungskampfes in Zimbabwe. Die Bilder handelten von den Ausbildungslagern der ZANU und den Angriffen der Smith-Söldner auf diese. Davon, wie die Schwarzen die weißen Söldner aus den Dörfern jagen und wie die Dorfbewohner den Kampf unterützen. Diese Bilder werden zu einer Stelltafel zusammengestellt, und es wird eine Spendensammlung dazu gemacht. Später werden die Bilder mit einem Brief der Jugendlichen nach Zimbabwe geschickt.

Kiel. Während der Kieler Woche sammelte der KJB auf dem Rathausplatz Spenden für Gewehre Für die Jugend Zimbabwes. Es kamen ca. 5 DM zusammen. Dazu wurde die Live-Übertragung des NDR und ein Popfest der Stadt Kiel genutzt. Mit Stelltafeln und Transparenten stand der KJB in der Mitte des Platzes. Die Polizei, die mehrmals herumschnüffelte, wagte es nicht, dagegen einzuschreiten, weil die Jugendlichen die Sammlung unterstützten.

Zuchthäuser für die Arbeiterjugend

Oberst a.D. Hinrcich, das ist der Mann, den die niedersächsische Landesregierung zum Ostfriesland-Sonderbeauftragten für Berufsbildung berufen und der von Kultusminister Remmers jetzt in sein Amt eingeführt wurde. Die Aufgabe des Herrn Oberst: „Der Sonderbeauftragte solle ähnlich einem „Ombudsmann“ allen an der Berufsausbildung Beteiligten als Koordinator, Vermittler, Gesprächspartner, Kontakter, Initiator, kurz als Zentralstelle in allen übergreifenden Angelegenheiten beruflicher Bildung zur Verfügung stehen.“

Seine Fähigkeiten: „Dr. Remmers bezeichnete Hinrichs als einen allseitig als neutral und engagiert geschätzten Fachmann in Fragen der Berufsausbildung“. Seine Lebensgeschichte: „Der 1916 im Ammerland geborene Berusoffizier ist kein Unbekannter, denn nach dem Kriege wirkte er bis 1957 bei der Handwerkskammer in Aurich zunächst als Leiter der Berufsbildungsabteilung und hatte später maßgeblichen Anteil am Aufbau der Gewerbeförderung des Handwerks. Hinrichs, der im 2. Weltkrieg Berusoffizier wurde, war in der Bundeswehr an 1957 Lehroffizier und Ausbildungsleiter in verschiedenen Schulen. Später war er Oberst und Kommandeur der Technischen Schule der Lufwaffe in Faßberg.“

Leiten soll der mit Erfahrungen über Unterdrückung so gut ausgebildete Oberst eine Zentralstelle, die „speziell auf die besondere Situation Ostfrieslands“ aus- und eigerichtet ist. Ihm zur Seite sollen Sozialarbeiter stehen, die als „Verbindugsmann zwischen Elternhaus, Schule, Betrieb und Arbeitsamt“ dienen. Das Unterdrückungsprogramm soll reibungslos funktionieren. Mit einem 25-Millionen-Programm gegen Jugendarbeitslosigkeit wird das ganze finanziert. Eingerichtet werden soll die generelle Einführung des Berufsgrundbildungsjahres, die bis 1982 „flächendeckend“ für Ostfriesland erreicht werden soll. „Es müsse weiter erwogen werden, Jugendliche ohne Ausbildungsvertrag nach dem Berufsgrundbildungsjahr weiter schulisch zu betreuen und zum Abnschluß bei der IHK zu bringen.“ Dazu sollen an den berufsbildenden Schulen die fehlenden Turnhallen gebaut und zunächst als Werkstätten verwendet werden. Die Arbeiterklasse läßt sich nicht in Zuchthäuser sperren, sondern wird die Revolution machen und das gesamte Ausbeuterpack beseitigen. (Alle Zitate aus Ostfriesenzeitung

Sofortige Auszahlung durchgesetzt

Hamburg. Am Mittwoch der vergangenen Woche wurde der verantwortliche Leiter des BAFöG-Amtes von einer Reihe von Studenten aufgesucht, um die Auszahlung von Geldern zu erzwingen, die seit dem Inkrafttreten des BAFöG-Änderungsgesetzes mit der Heraufsetzung des Bedarfssatzes auf 580 DM einschließlich Härtezuschlag am 1.4.77 vom Staat zurückgehalten werden. Das sind bei unverändertem zugrundegelegtem Einkommen der Eltern bei vielen Studenten zwischen 30 DM mindestens bis zu 80 DM, das Ganze mal drei Monate. Die Sozialistische Studentengruppe (SSG) hatte zu dieser Aktion aufgerufen. Als die Studenten erschienen, schloß sich BAFöG-Amtsleiter Kreutz in seinem Zimmer ein. Der Studentenwerkschef Koch entkam jedoch nicht. Mit seinen Versprechungen („Das Geld kommt demnächst", dann „Das Geld kommt bald" und schließlich „schon mit der Junizahlung") kam er nicht durch. Er mußte schließlich einen Stapel Antragsformulare auf sofortige Auszahlung holen lassen. Am nächsten Vormittag zahlte die Bank. 20 Studenten haben sich der Aktion sofort angeschlossen.

Studentenparlamentswahlen

Westberlin. Bei den Wahlen zum Studentenparlament an der PH Westberlin erhielten bei einer von 40,7 % auf 27,5 % zurückgegangenen Wahlbeteiligung die Opportunisten der „Laus" („Liste Unorganisierter Studenten") 990 Stimmen (Vorjahr: 1 189). Die Jusos, die im Vorjahr gemeinsam mit den Revisionisten kandidierten, erhielten 212 Stimmen, die ADS (Revisionisten) 281 (831), KSB/ML 21 (–). Die von der KHG unterstützte Rote Liste erhielt 48 Stimmen (99).

Hannover. Bei den Wahlen an der Medizinischen Hochschule Hannover, bei denen die Hälfte des Studentenparlaments neu gewählt wurde, erhielten die Revisionisten im Durchschnitt 141 Stimmen (Vorjahr 87), eine Liste von rechten Zahnmedizinern 183 (189) Stimmen. Sieben Unabhängige, überwiegend reaktionäre Studenten wurden mit durchschnittlich 200 Stimmen gewählt. Die Liste Aktionseinheit, die von der KHG unterstützt wurde, erhielt durchschnittlich 66 Stimmen (41).

Göttingen. Bei den Wahlen zum Zentralrat an der PH Göttingen erhielten die Jusos 387 Stimmen gegenüber 494 im Vorjahr. Die „Sozialistische Bündnisliste" (KB Nord, SB, Basisgruppe) erhielt 270 (KB Nord im Vorjahr: 211), die erstmals kandidierende USG (Reaktionäre) erhielten 155 Stimmen. MSB und SHB erhielten 68 (95) bzw. 81 (61) Stimmen. Der KSB erhielt 23 Stimmen gegenüber 86 im Vorjahr. Die Wahlbeteiligung lag bei 43 % (33 %).

Streik der Lehrerstudenten in Schleswig-Holstein

Kiel. Der Streik der Lehrerstudenten gegen die Lehrerlaufbahnverordnung, die die Fächerkombination einschränkt und damit rund 3 000 Studenten zum Abbruch des Studiums zwingt, wird fortgesetzt. Diesen Beschluß faßten am Mittwoch die Vollversammlungen der Kieler PH-Studenten und die Fachbereiche Philosophie und Mathematik/Naturwissenschaften der Universität. Gleiches hatte die Vollversammlung der Flensburger PH-Studenten beschlossen. Der Kultusminister hat darauf mit einem erneuten Angebot zur Änderung der Lehrerlaufbahnverordnung reagiert. Das soll die Streikfront zersetzen. Die Präsidien und zahlreiche Professoren drohen jetzt mit Scheinentzug und gewährleisten ständige polizeiliche Präsenz auf dem Campus. Eine Studentin wurde auf dem Campus festgenommen, Wandzeitungen und ein Streikzelt unter Polizeischutz abgeräumt.

2 000 Studenten beteiligten sich an einer Demonstration.

Rücknahme der Relegation durch Gericht

Westberlin. Am Fachbereich Geschichte FU wurden aufgrund des Streiks im Winter insgesamt fünf Relegationen zwischen ein und vier Semestern ausgesprochen. Jetzt hat das Verwaltungsgericht eine Relegation einstweilig aufgehoben. Begründung, eine normale Störung einer Lehrveranstaltung sei nicht schwerwiegend. In anderen Fällen ginge es um Freiheitsberaubung u.ä.. Tatsache ist, daß die massiven Relegationen den Widerstand der Studenten nicht haben aufhalten können. Der Fachbereichsvorsitzende Nolte mußte in diesem Semester mehrfach sein Seminar, der spanische Bürgerkrieg, abbrechen, weil er der Kritik der Studenten nicht mher standhielt. Sein Verbot, zu plakatieren und Wandzeitungen aufzuhängen, konnte er nicht durchsetzen. Ebenso das Redeverbot. Die Relegierten nehmen an den Seminaren der Professoren, die sie verpfiffen haben, teil. So haben die Studenten beschlossen. Mit dem Urteil soll jetzt eine Spaltung zwischen den schweren und nicht so schweren Vergehen gezogen werden. Doch das wird nicht gehen, alle Relegationen müssen fallen. Die Reaktionäre sind in Aufruhr. Sie überlegen jetzt, wie sie die Rücknahme der Relegation beantworten sollen. Da wird überlegt, den Schein nicht auszustellen. Was sie tatsächlich beunruhigt, und was das Gericht auch feststellen mußte: Das Ordnungsrecht reicht nicht, die Studentenbewegung zu unterwerfen.

Bei den Studentenparlamentswahlen fallen Vorentscheidungen

An verschiedenen Hochschulen haben die Studentenparlamentswahlen stattgefunden, an anderen Orten werden sie noch stattfinden.

An der Universität Hamburg sind die Listen aufgestellt. Die reaktionären und bürgerlichen Kräfte bemühen sich, die Gunst der Studenten zu erschleichen. Wer für die Interessen der Studenten eintritt, das überprüfen die Studenten, und das wird sich ausdrükken bei der Abstimmung. Die Genossen berichten aus Hamburg, daß die Wahlbeteiligung zur Zeit noch gering ist, daß politische Auseinandersetzungen bei der Stimmabgabe und bei den Diskussionen kaum stattfinden.

Kann man davon sprechen, daß die Studenten kein Interesse am Kampf um ihre Rechte haben? Davon kann man nicht sprechen. Die Sache ist eher umgekehrt. Verschiedene Kämpfe haben stattgefunden, die aber keine Wende gebracht haben, um den Kampf der Studenten an den Hochschulen auf Sieg zu führen. Dies wurde deutlich bei den Streiks der Studenten in Hamburg gegen die Angriffe auf den AStA und wurde auch deutlich bei den Kämpfen um die Prüfungsfestlegungen. Denn behindert waren diese Kämpfe durch eine falsche Beschlußfassung über die Ziele des Streiks. So wurden an der Uni Hamburg die BAFöG-Forderungen nicht zum wesentlichen Bestandteil gemacht, um die materielle Abhängigkeit der Studenten radikal zu brechen. Dies wurde in Göttingen von den Opportunisten verbunden mit einer politischen Diskussion, daß sich die Lehrenden mit den Lernenden zusammenschließen sollen und daß die materiellen Unterschiede zwischen Professor und Student dies nicht verhindern. Spuren verwischen war die Devise, nicht die eigenen, sondern die Interessen der Studenten. Denn warum ist ein Student radikal, bestimmt nicht, weil es schön ist. Warum kämpft ein Student für seine Interessen, obwohl er für die Prüfung üben müßte usw.? Dies machen die Studenten, weil sie das Interesse haben, daß ihre Forderungen gegenüber der Bourgeoisie durchgesetzt werden.

Die Opportunisten wollen die Unzufriedenheit anders ableiten; sie schreiben in ihrem Wahlaufruf: „Diesen brutalen und gewaltsamen Druck nehmen wir schon oft nicht mehr wahr, sondern empfinden nur noch unterschwelliges Unwohlsein, Angst vor Prüfungen und das Gefühl, allein dazustehen." Sie rufen auf: „Solidarität mit allen von staatlicher Repression Betroffenen." „Jede repressive Maßnahme" soll bekämpft werden, neue Aktionsformen sollen dazu dienen, schreiben sie.

Daß gegen die materielle Abhängigkeit und Rechtlosigkeit der Studenten eine richtige Forderung aufgestellt werden muß, streiten die bürgerlichen Kräfte in der Studentenbewegung ab. Darin sind sie sich einig. Die Revisionisten vom MSB schreiben zur BAFöG-Forderung: „Durch die penetrante Propagierung völlig abseitiger, vom Tageskampf der Studenten weit entfernter Forderungen wie ‚Volle Tarifautonomie der Studentenschaft'. Forderungen, die – so die großmäulige und obendrein elitäre Kraftmeierei der SSG – von der Studentenbewegung alleine ohne Bündnispartner in einem Riesenkraftakt durchgesetzt werden sollen."

Die Meinung der Revisionisten ist, daß der Kampf um das BAFöG „gegen die Verursacher der Misere, gegen Rüstungsinteressenten und Großkonzerne" geführt werden muß. Dabei sollen sich die Studenten auf die altbekannten Forderungen, die jetzt bei 690 DM liegen, stützen.

Daß die Opportunisten die Herrschaft der Revisionisten und Reformisten im AStA Hamburg nicht brechen können, wissen sie. Sie können sich gut in ihrer falschen Politik gegenseitig unterstützen. Dies scheint aber nicht besonders gut zu laufen, ist die Meinung der Revisionisten. Sie schreiben: „Wahrscheinlich wäre es schon zu viel verlangt, von einem ohne jedes Programm vor sich hinwurschtelnden Haufen wie dem SSB (Studentenorganisation des KB-Nord in Hamburg) eine Analyse der Hochschulpolitik zu erwarten (wie z.B. der MSB im FACIT vorgelegt hat), doch von unseren Supermilitanten sollte man doch zumindest, was die Ziele unseres Kampfes angeht, ein bißchen Schwung erwarten!"

Wenn die Revisionisten noch Erwartungen in den SSB hegen, dann fragt sich, für was? Mit dieser politischen Linie bestimmt nicht im Interesse der Studenten. Dann gegen sie! Die Opportunisten arbeiten nicht nur den revisionistischen Kräften und den Reformisten in die Hände, sondern auch den reaktionären Kräften. Dies wird deutlich an dem Abstimmungsergebnis bei den Medizinern. In Hannover konnten die Reaktionäre ihren Einfluß vergrößern, aber auch die Studenten, die den PJ-Streik aktiv von Anfang bis Ende geführt haben, konnten Stimmen dazugewinnen.

Daran wird deutlich: Wird eine richtige Politik gemacht, kann man mit der Unterstützung der Studenten rechnen. Werden die Fragen, die die Studenten haben, nicht in den Seminaren und in den Seminargruppen besprochen, werden also die Interessen nicht öffentlich behandelt, so können sich die Studentenmassen nicht zusammenschließen und den Feind bekämpfen.

Dieser Zusammenschluß ist für das Wintersemester von großer Bedeutung. Die Manöver der bürgerlichen Kräfte in der Studentenbewegung werden noch größer werden. Bereiten wir den Zusammenschluß vor, wird die Lage sich zugunsten der Studenten verändern und werden sich die richtigen Forderungen durchsetzen lassen. – (N-Red.)

„Konflikte politischen Ursprungs"

Die Göttinger Professoren drängeln sich auf dem Bekenntnis der Opportunisten des KB Nord zu den freidemokratischen Grundsätzen. Die Worte des Kanzlers Schmidt vom 20. April in der Sicherheitsdebatte könnten sie jetzt in die Tat umsetzen: „Ich wende mich in erster Linie an die Intellektuellen, zumal an jene Hochschullehrer, Wissenschaftler, Philosophen und Schriftsteller, auf deren Stimme die junge Generation in den 60er Jahren gehört hat. Sie sollen ihre besondere Verpflichtung erkennen."

Professor Martin Baethge und 60 andere Hochschullehrer haben ihre Pflicht erkannt, die Studenten unter die schwarz-rot-goldene Flagge zu bringen. Sie fordern die sachliche Diskussion über den Buback-Artikel. „In dieser sich zuspitzenden Situation appellieren wir erneut an alle Mitglieder der Göttinger Universität, sich ihrer gemeinsamen Verantwortung für die Freiheit politischer Auseinandersetzung bewußt zu werden und allen Tendenzen zu offener oder versteckter Gewalttätigkeit und Diffamierung geschlossen entgegenzutreten." (Göttinger Tageblatt) Der Professor Martin Baethge führt die Sache an. Er ist bundesweit bekannt unter den Linken als Soziologe und Marxologe. In einer Stellungnahme gegen die Publikationen des Assistenten Ingo Puder und „der ihm nahestehenden Gruppe" über die Unterdrückung am Fachbereich Sozialwissenschaften ruft er dazu auf, Studenten und Hochschullehrer sollten „(in wichtigen Lebensbereichen) den Kampf gegen den Abbau demokratischer Rechte, das heißt uneingeschränkte Durchsetzung der grundgesetzlich garantierten Freiheiten und für die Demokratisierung der Gesellschaft" aufnehmen. Ingo Puder und die „ihm nahestehende Gruppe" machen dagegen „feindliche Politik", „dividieren die Studenten und demokratischen Hochschullehrer auseinander", „an Konflikten, die dann schon fast beliebig sein können (BAFöG-Kampagne, Auseinandersetzung um die Scheinbenotung)". Das päßt ihm nicht.

Als Soziologieprofessor und Marxologe muß er begründen, daß es keinen Klassenkampf an der Hochschule gibt, sonst geht Ruf und Stellung flöten. Baethge dekretiert also: „Viele Konflikte zwischen Lehrenden und Lernenden sind jedoch politischen Ursprungs. Sie ergeben sich nicht aus unterschiedlichen sozialen und ökonomischen Stellungen." „Tatsächlich lassen sich weder die Professoren und Assistenten noch die Studenten umstandslos den kapitalistischen Klassen Kapitalisten und Arbeiterklasse zurechnen. Die Mehrheit der Professoren ... sind Lohnabhängige ...", analysiert der Herr Professor. Daß sein Professoreneinkommen die Form des Lohnes annimmt, unterscheidet es jedoch noch nicht von dem etwa eines Richters, Generalbundesanwalts oder anderen Bourgeois und über die Höhe dieses Einkommens spricht ein Ordinarius nicht gern, der Unterschied zu dem, was den Wert der Arbeitskraft ausmacht, würde auch ins Auge fallen.

Die Studenten in „ihrer sozial diffuse(n) Übergangssituation" richten „ihre berufliche Perspaktive ... auf ähnliche, oft höher privilegierte soziale Positionen". Das ist wirklich eine Professorenidee, daß die Studentenmassen sich ausgerechnet zum Beispiel eine Professorenlaufbahn erwünschen. Entscheidend ist die Realität: Und da erwartet die Studenten eine Existenz als Lohnabhängige, als Hilfskräfte der Kapitalistenklasse aus den besitzlosen Klassen bei den Funktionen Beaufsichtigung, Antreiberei und Unterdrückung. Das erklärt, daß diejenigen, die nicht Bourgeois sind und auch nie werden, an den Hochschulen den Standpunkt der Kapitalisten aufgezwungen kriegen müssen.

Baethge setzt auf die vergebliche Hoffnung unter den Studenten, dem Schicksal des Lohnarbeiters zu entrinnen. Sie ist der Grund, warum die Bourgeoisie Hunderttausende in das Zuchthaus Hochschule locken konnte. Solche Giftkröten wie Baethge haben daran entscheidenden Anteil, indem sie verkündeten, „daß die vom Lehrpersonal vermittelte Wissenschaft nicht nur Mittel der Selektion der Studenten und nicht nur in der kapitalistischen Produktion verwertbares Wissen ist, sondern auch Einsicht in die natürliche und gesellschaftliche Umwelt vermittelt und somit die Kenntnisse und Fähigkeiten der Lernenden erweitert." Ein tolles Kunststück: Unterdrückung der Studenten und Aufzwingen des Standpunktes der Kapitalisten und zugleich Befreiung durch dieselbe Wissenschaft.

In dem Maße, wie die Studentenmassen in den letzten Jahren das erste bekämpft haben, zerplatzen auch die Vorstellungen über „Befreiung durch Wissemschaft" an den Sochschulen der Bourgeoisie, und geht es solchen wie Baethge an den Kragen, die von der Bourgeoisie mit Professorengehältern dafür gekauft wurden, daß sie sich in der Studentenbewegung eingenistet hatten, sie in die Irre zu führen. – (KSB Göttingen/N-Red)

„Faulheit austreiben"

Kiel. Seit dem Beginn des Praktischen Jahres in den Kieler Universitätskliniken herrscht großer Ärger unter den PJ-Studenten, weil fast durchweg von Ausbildung im Praktischen Jahr nicht die Rede ist. Die Kehrseite der kostenlosen Überlassung der Arbeitskraft ist die Verschwendung dieser Arbeitskraft.

Die PJ-Studenten werden des ständigen Herumstehens und Lauerns darauf, daß ein Assistenzarzt mal Zeit hat, ihnen etwas beizubringen, langsam müde. Sie versuchen, unter der Hand ihre Arbeitskraft sinnvoller für sich zu nutzen. In der Frauenklinik hat sich ein PJ-Student einen Schreibtisch im Studentenraum eingerichtet und widmet sich dort seiner Doktorarbeit. Meistens kümmert sich niemand um die PJ-Studenten.

In der Medizinischen Klinik, wo es immerhin für die 20 PJ-Studenten zwei Lehrassistenten gibt, die deren Ausbildung organisieren sollen, ist es ähnlich. Da diese wenig Zeit haben, besteht die Tätigkeit der PJ-Studenten im wesentlichen aus Stationsroutine wie Blutabnehmen und Krankengeschichtenschreiben – aber nur „übungshalber", wie versichert wird – alles andere ist Gelegenheitssache.

Statt ihre Zeit mit Warten auf diese Lerngelegenheit zu vertun, sind einige PJ-Studenten ab und zu lieber zu Hause geblieben und haben ihren Unmut dadurch kundgetan, daß sie die Routinearbeit links liegen ließen und z.B. Literatur gelesen haben, die sie interessierte.

Unter der Hand versuchen einige, sich mit dem Zustand zu arrangieren, daß keine Ausbildung stattfindet. Die Routinearbeit wird nur so lange übernommen, bis man sie beherrscht. Damit wehren sie sich gegen die vollständige Überlassung der Arbeitskraft. In der Frauenklinik verlassen viele die Klinik schon zur Mittagszeit.

Daß es dem Dienstherrn aber genau darum geht, die PJ-Studenten zu disziplinierter und williger Übernahme der Routinearbeit heranzuziehen, beweisen die jüngsten Vorkommnisse in der Inneren Medizin. Professor Schäfer hat dort ein großes Gezeter darüber angestimmt, daß die PJ-Studenten dieses Semesters medizinisch völlig desinteressiert seien, zudem faul und die Möglichkeiten zur Ausbildung gar nicht nutzen. Die PJ-Studenten des achten Semesters seien immer bis in den Abend geblieben, um etwas zu lernen. Als Ausbildung bezeichnen die Professoren dort auch die Teilnahme an Lehrveranstaltungen, die im Rahmen des normalen Studiums angeboten werden.

Um den PJ-Studenten die „Faulheit auszutreiben", werden seit neuestem die Krankengeschichten, die die PJ-Studenten anfertigen, dokumentiert, damit Klinikchef Bernsmeier sie einsehen kann. Mindestens fünf sollen pro Woche angefertigt werden.

Für die nächste Woche wollen die Professoren zusammen mit dem Dekan einen Angriff starten darauf, daß die Studenten ihre Arbeitskraft nicht „ausreichend" einsetzen. Sie haben eigens eine Versammlung einberufen und wollen dort wohl eine Standpauke halten und mit Leistungskontrollen bei weiterem „Fehlverhalten" drohen.

Die Antwort der PJ-Studenten darauf kann nur der Zusammenschluß gegen die Professoren und den Dienstherren sein und die Vorbereitung des Streiks im Wintersemester. Die Veranstaltung der Professoren soll dafür genutzt werden. – (Bezirk Holstein)

Ferienjobs: Studenten als Lohndrücker und Spalter eingesetzt

Kiel. Ich bin Student an der Fachhochschule Kiel. Weil mein BAFöG vor einem Jahr vollständig gestrichen wurde und die Unterstützung meiner Eltern nicht reicht, muß ich selbst für meinen Lebensunterhalt sorgen. Während des Studiums arbeiten zu gehen, ist bei einer durchschnittlichen Zahl von allein 20 Anwesenheitsstunden am Fachbereich Sozialwesen kaum möglich. Also muß man in den Ferien auf Arbeit. Nach einem sechswöchigen Praktikum noch für zwei Wochen Arbeit zu finden, ist praktisch unmöglich. In der restlichen Zeit kann man es sich nicht leisten, eine Woche durch Arbeitssuche zu verschenken. Stundenlanges Warten vor der Studentenarbeitsvermittlung ist nicht drin.

Für jemanden, der kräftig ist, ist in so einer Lage der Getreidesilo im Nordhafen von Kiel-Wik eine von wenigen Möglichkeiten, Stundenlohn 7,80 DM. Gearbeitet wird in Zwölfstundenschichten, die in der Regel wöchentlich abgewechselt werden. Es wird dafür gesorgt, daß sich die Zusammensetzung der Schichten ständig ändert. Die Stammbelegschaft des zwölfstöckigen Silos besteht aus zehn Arbeitern. Je nach Bedarf, der durch die Arbeit beim Be- und Entladen der täglich eintreffenden Schiffe entsteht, werden schichtweise Aushilfskräfte eingestellt. Vor jeder Schicht versammeln sich an die 20 Arbeiter, Schüler und Studenten, der Vorarbeiter pickt sich dann die zehn kräftigsten heraus, die anderen werden wieder nach Hause geschickt. Ohne Arbeitsvertrsg kann man nur hoffen, in der übernächsten Schicht wieder eingestellt zu werden. Gewißheit gibt es nicht. Die Konkurrenz unter den Arbeitern ist unerträglich; wer sein Pensum nicht erreicht, kann sicher sein, daß er das nächste Mal nicht genommen wird. In den Ladezellen der Getreideschiffe herrscht eine Staubentwicklung, bei der man an manchen Stellen seine ausgestreckte Hand nicht mehr sehen kann. In wenigen Minuten ist die Nase verstopft, die Augen brennen, und Husten breitet sich aus.

Die Forderung nach Staubfiltern haben die Kapitalisten mit der zynischen Begründung zurückgewiesen, die würden sowieso sofort wieder geklaut. Selbst nach einer Staubexplosion, bei der vor zwei Jahren zwei ausländische Studenten und mehrere Arbeiter ums Leben kamen, wurden die Sicherheitsvorkehrungen nicht verbessert. Eine Untersuchung ergab, das Unglück kann sich jederzeit wiederholen.

Die Stammbelegschaft wird durch die Beschäftigung von so zahlreichen Gelegenheitsarbeitern, die auf das Geld angewiesen sind, zu „freiwilligen" Überstunden gezwungen, die sogar im Arbeitsvertrag festgelegt sind. Für die Arbeiterklasse ist das ein Grund mehr, den Kampf der Studenten für ein Ausbildungsentgelt, von dem man leben kann, zu unterstützen. – (Bezirk Holstein)

Westalliierte Terrorgesetze zum Schutz der Ausbeuterordnung

Bei Besitz von Waffen kann Todesstrafe verhängt werden

Westberlin. Mehrfach haben wir in der KVZ darüber berichtet, daß Westberlin für die Imperialisten in der NATO einen wichtigen Brückenkopf im militärtaktischen Kalkül gegen den russischen Sozialimperialismus darstellt.

Über 12 000 Soldaten haben die drei Besatzermächte in Westberlin stationiert. Der US-Imperialismus verfügt mit 6 000 Soldaten über den größten Anteil. Die anderen beiden Besatzermächte haben je 3 000 unter ihrem Kommando. Dabei ist zu bedenken, daß es sich um ausgebildete Armeen handelt. Die Grundausbildung haben die Soldaten längst in ihren Heimatländern absolviert. Die drei Stadtkommandanten der Besatzertruppen lassen sich gerne als Beschützer der Stadt feiern. Im Westberliner Senat wird im Zusammenhang mit den Besatzertruppen nur von „Schutztruppen" geredet. Was und wen schützen die Truppen? Henry Kissinger hat am 21.5.75, als er noch Außenminister des US-Imperialismus war, vor dem Westberliner Abgeordnetenhaus gesagt: „Die Stärke unserer Verpflichtung gegenüber dieser Stadt leitet sich deshalb nicht lediglich aus formellen Dokumenten her, sondern erwächst in erster Linie aus unserem Verständnis unserer eigenen Interessen." Das Verständnis der eigenen Interessen, das ist das Streben nach Welthegemonie, das ist das Wissen um die Unvermeidlichkeit des Zusammenpralls mit dem Sozialimperialismus, und das ist der Schutz der amerikanischen Kapitalanlagen in Westberlin wie der Werke SEL, IBM usw. Die Arbeiter und Volksmassen interessieren dabei nur insoweit, als aus deren Arbeitskraft Profit zu machen ist und wie sie sich in die militärischen Planungen einsetzen lassen.

Eine Stadt mit 2 Millionen Einwohnern ist für imperialistische Militärtaktik ein harter Brocken, insbesondere für den, der nicht in der Stadt herrscht. Wenn die Sozialimperialisten aus Westberlin angegriffen werden, müssen sie Westberlin bombardieren. Wenn sie bombardieren, wird sich dies zersetzend auf ihre Truppen auswirken, weil die Völker der ganzen Welt ein solches Verbrechen verurteilen werden. Die westlichen imperialistischen Mächte setzen darauf. So haben sie den Flughafen Tempelhof als Militärflughafen mitten in dichtbesiedeltem Wohngebiet belassen, die Bevölkerung sozusagen als Schutzschild nutzend. Natürlich wissen sie, daß sich die Arbeiter in Westberlin nicht verheizen lassen werden. Deshalb üben die Besatzertruppen monatlich gemeinsam mit der Westberliner Polizei in ihren Kasernen und auf ihren Übungsplätzen die Niederschlagung von Arbeiteraufständen. Rechtlich halten sie den Besatzerstatus voll aufrecht. So verfügen sie über das Recht, die Westberliner Polizei jederzeit vollständig unter ihr Kommando zu stellen. Die Bestimmungen über den Besitz von Waffen werden von der Besatzerkommandantur erlassen. Bis heute kann bei Besitz von Waffen die Todesstrafe angewandt werden.

Ein Westberliner Staatsanwalt meinte bei der Befragung nach den Gesetzen, daß man mit der Möglichkeit der Todesstrafe nur noch die Ausländer erschrecken würde, praktisch aber diese Strafe keine Bedeutung mehr hätte. Die Auskunft soll das Willkürrecht der Besatzer verschleiern.

In so vorgeschobener Stellung wie Westberlin wagt sich die Bourgeoisie nicht einmal an die allgemeine Wehrpflicht heran. So gilt im wesentlichen für Westberlin noch die Proklamation Nr. 2 des Alliierten Kontrollrates vom 20.5.45, in der es heißt: „Alle Arten militärischer Ausbildung, militärischer Propaganda und militärischer Betätigung jeglicher Natur sind dem deutschen Volke verboten, ebenso die Bildung irgendwelcher Organisationen und Gruppen zum Zweck der Förderung von militärischer Ausbildung irgendwelcher Art und die Bildung von Organisationen, die militärische Eigenschaften entwickeln könnten . . ., gleichgültig, ob erzieherischer, religiöser, gesellschaftlicher, sportlicher oder irgendwelcher anderer Natur."

Waffenlos wollen sie die Arbeiter und Volksmassen in Westberlin halten, weil sie sich ausrechnen können, daß die Waffen zum gegebenen Zeitpunkt gegen sie selbst gerichtet werden. Nicht umsonst reagiert die Stadtkommandantur und der Westberliner Senat äußerst hektisch bei Angriffen gegen die Besatzertruppen. So kam der zuständige Beamte der Abteilung Staatsschutz Buse persönlich mit einem zweiten Beamten zu dem presserechtlich Verantwortlichen des SRK in Westberlin und warnte ihn vor Aktionen gegen die Besatzertruppen. Er wies darauf hin, daß die Abteilung Staatsschutz des Innensenats keinerlei Genehmigungen von Kundgebungen und Demonstrationen in der Nähe von Gelände der alliierten Truppen erlauben werde. Trotzdem stand zum Beispiel am „Tag der Offenen Tür" in den britischen Kasernen am Eingang die Parole „Besatzer raus aus Westberlin. Volksbewaffnung." – (SRK Westberlin)

Flugzeug mit scharfen Bomben abgestürzt

Dörverden/Barme. Am 14.6. stürzte ein Kampfflugzeug der Royal Airforce (RAF) in Dörverden in ein leerstehendes Einfamilienhaus. Der Schaden soll über 1 Million DM groß sein, der Pilot ist umgekommen, weil der Schleudersitz nicht funktionierte. Über die Bewaffnung des Flugzeugs schreibt die „Verdener Allerzeitung" vom 16. Juni: „An Bord des Düsenflugzeuges befanden sich, wie zuerst befürchtet, keine scharfen Bomben, sondern nur Übungsmunition, die bei der Explosion ebenfalls explodierte."

Dann ist aber nicht zu verstehen, warum Soldaten aus Barme mit Oberstleutnant Daniels an der Spitze und RAF-Soldaten die Absturzstelle weiträumig und rund um die Uhr bewachen mußten. Weil die Masse der Soldaten Teile des Volkes sind, zwangsrekrutiert wurden und täglich der kleinlichsten Despotie ausgesetzt sind, läßt sich entgegen den Lügen der Bourgeoispresse die Wahrheit doch nicht verheimlichen. Das Flugzeug war mit scharfen Bomben bestückt. Es sollen vier 1-kg-Bomben gewesen sein. Das paßt gut in den Rahmen der Kriegsvorbereitungen der Imperialisten.

Zur Zeit des Flugzeugabsturzes war auch Alarmübung für alle NATO-Armeen. Solche Übungen sollen „wirklichkeitsnah" sein. Daß dabei das Leben und das kümmerliche Hab und Gut der Volksmassen verachtet wird wie der letzte Dreck und daß die bürgerlichen Zeitungen die scharfen Bomben an Bord verschweigen, zeigt den imperialistischen Charakter dieser Armeen und dieser Staaten.

Bereitschaftspolizei zum Einsatz eskortiert

Braunschweig. Braunschweiger Bereitschaftspolizei, eine Hundertschaft, sollte in Göttingen am 10. und 11.6. gegen die Demonstrationen gegen die Fahrpreiser-

eskortiert

Braunschweig. Braunschweiger Bereitschaftspolizei, eine Hundertschaft, sollte in Göttingen am 10. und 11.6. gegen die Demonstrationen gegen die Fahrpreiser-

höhungen eingesetzt werden.

Das Soldaten- und Reservistenkomitee Östliches Niedersachsen ist mit den Bereitschaftspolizisten ausgerückt. Ihren Mannschaftswagen folgten wir im Pkw, und die erste Pause an der Autobahnabfahrt wurde vom SRK genutzt. In die Mannschaftswagen wurden Flugblätter gereicht. Die Türen wurden geöffnet, und ein Polizist nahm gleich viele Flugblätter und reichte sie nach hinten zu den anderen durch. Die Polizisten erfuhren erst jetzt, weswegen sie in Göttingen eingesetzt werden sollten und gegen wen.

Immer wieder betonten Polizisten, sie seien sowieso auch nicht für die Fahrpreiserhöhungen. „Wir sollen die hohen Tarife zahlen, während die Firmen, die das Geld haben, ganz wenig bezahlen", meinte einer. Warum sie dann nach Göttingen gehen, fragten wir. Gewalttätigkeiten zu verhindern, war die Antwort. „Um auf die Ordnung zu achten", sagte einer.

Widersprüche zum Einsatz in Göttingen waren also vorhanden. Und so gelang es einem Unterführer bis zur Abfahrt der Busse nicht, die inzwischen gebildeten Diskussionstrauben aufzulösen.

In Göttingen haben wir die Braunschweiger Bereitschaftspolizei am Anfang aus den Augen verloren, fanden sie jedoch später wieder und ließen sie bis zur Abfahrt nach Braunschweig nicht mehr in Ruhe. Die Diskussionen gingen weiter. Über das Kündigungsrecht. Die Polizisten meinten einhellig, sie hätten Kündigungsrecht. Es stellte sich heraus, daß sie darunter die über 50prozentige Auslese, die unter den Polizeischülern bis zum Ende der Bereitschaftskasernierung und dem Beginn der Verbeamtung betrieben wird, verstanden.

Man muß die Polizisten aufklären über ihre rechtlose Lage und den Schwindel entlarven, sie müßten für Ordnung sorgen, was ja die Aufrechterhaltung der Ausbeuterordnung ist, damit sie sehen, auf welcher Seite sie in den Klassenauseinandersetzungen eingesetzt werden.

Man muß die Polizei zersetzen, untauglich machen für den Einsatz. Im Polizeifunk konnte man während der Auseinandersetzungen zwischen den Demonstranten und der Polizei hören: „Nicht hier an der Jacobi-Kirche bleiben – zu viele Sympathisanten – Gefahr, daß wir untergehen – Schlage vor, daß wir uns zurückziehen in die Jüdenstraße." – (SRK Östliches Niedersachsen)

Wie es dem Oberst Volland bei einem Besuch in der Armee erging

eigenen Interessen." Das Verständnis mit der Westberliner Polizei in ihren dung irgendwelcher Organisationen bewaffnung." – (SRK Westberlin)

Wie es dem Oberst Volland bei einem Besuch in der Armee erging

Oberst Volland, Bundesvorsitzener des Deutschen Bundeswehrverbandes (DBwV), begab sich am 7. Juni an die „Basis", in die Sankt-Barbara-Kaserne zu Dülmen, zu den „einfachen Soldaten, um mit ihnen ihre Probleme in aller Ruhe zu erörtern". Der Auftrag: „Der Soldat muß wissen, warum er zu dienen hat." (Volland in: Die Bundeswehr 4/77)

Für die Ausübung der hohen Kunst, die Soldaten der Generalität hilflos auszuliefern, streichen Oberst Volland und seine Kumpane im Führungsstab des Bundeswehrverbandes glatte 5 778 DM Grundgehalt monatlich ein. Das Geld war er in der St.-Barbara-Kaserne nicht wert. Die Soldaten haben ihn abfahren lassen.

1 Mark mehr

Der Wehrbeauftragte des Bundestages, Berkhan, erklärte, daß ab Oktober eine Mark mehr Wehrsold pro Tag gezahlt würde.

In seiner Rede versuchte Oberst Volland dem Auftrag gerecht zu werden. Hauptsache war ihm die Propagierung der Forderung nach 1 DM mehr pro Tag, der vom Bundeswehrverband vertretenen Offiziersunverschämtheit; damit werde „dem Wunsch nach einer Erhöhung entgegengekommen und der Finanzsituation des Staates Rechnung getragen".

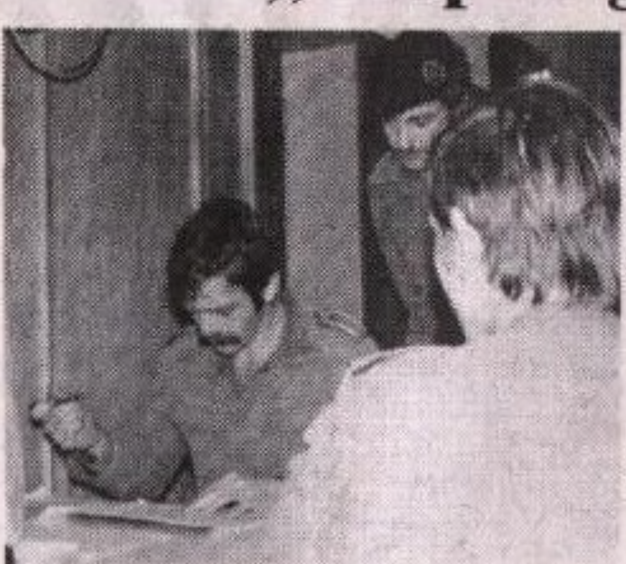
Zweites Stichwort: „Wehrungerechtigkeit." Bisher haben die Imperialisten fast 50% der männlichen Jugendlichen noch nicht in ihre Armee pressen können, ein Ärgernis. Deshalb forderte der Oberst eine neue Steuer: 50 DM monatlich für jeden Nichtgezogenen bis zum 32. Lebensjahr. Schließlich Dienstzeitbelastung: Volland war „entschieden gegen jeden extremen Ausgleich" – Arbeitszeitverkürzung auf die 40-Stunden-Woche zum Beispiel „gefährde den Auftrag der Streitkräfte".

Nach Ende der Rede stand ein Hauptfeldwebel auf und fragte den Oberst, ob es nicht zynisch sei, wenn der Bundeswehrverband für über 51 Wochenstunden einen „Zulagenausgleich" von nicht einmal 5 DM Stundenlohn fordere, was ja eine Einladung an den Dienststellenleiter darstellt, mit dem faulen Argument, die Soldaten bekämen ja Geld dafür, die Dienstzeit zu verlängern. Feste Arbeitszeiten hat der Hauptfeldwebel verlangt. Andere Soldaten prangerten die 6%-Forderung des Bundeswehrverbandes im letzten Tarifkampf an, die zum Lohnraubabschluß von 5,3% beigetragen hat. Ein Wehrpflichtiger griff die 1 DM-Forderung als lächerlich und unverschämt an: „Seit 1974 wurde der Wehrsold nicht erhöht. Seit 1974 wurden allein zweimal die Bundesbahntarife drastisch heraufgesetzt, haben sich die Kantinenpreise erst jetzt wieder erhöht, sind die Preise für alles Mögliche weggaloppiert. Mit dem Hungersold können wir nicht leben. Die Frage muß dadurch gelöst werden, daß wir das weitergezahlt bekommen, was wir vorher hatten."

Es gab Beifall. Unter den Zeitsoldaten wurde der Beifall größer, als der Soldat das neue Gesetz zum „Nachdienen" der dreifachen Dauer des Studiums (vgl. KVZ 23) angriff und jederzeitiges Kündigungsrecht für längerdienende Soldaten forderte.

Dem Oberst war warm geworden. „Ich war ja ganz überrascht über den großen Beifall, den Ihre Ausführungen bei Ihren Zuhörern gefunden haben!" „Wir müssen uns entscheiden. Dies ist eine Grundsatzfrage. Wollen wir Arbeitskampf um Arbeitsbedingungen, oder wollen wir den Auftrag der Streitkräfte unterstützen?" Die Entscheidung von Oberst Volland belegen die 5 778 DM Grundgehalt. Die Entscheidung der Wehrpflichtigen und Zeitsoldaten war am Ende der Veranstaltung ebenfalls klar. – (Mi-Red.)

„Empfangsparcours"



Erfassung im Zug



Voreinkleidung

Folgende „Stationen" muß der Rekrut am ersten Tag in der Bundeswehr durchlaufen (aus: Wehrausbildung, September 1976):

„1. Stationsstafel. Ablauf der Stationen. 2. Registrieren. Abgabe: Wehrpaß, Einberufungsbescheid, Versicherungsnummer. 3. Ausgabe der Sanitätspapiere. 4. Vervollständigung der Datenerfassungsbelege Soldaten (DEBS). Bemerkung: Alle Angaben einzeln durchsprechen. Keine Hektik! Mit Rotstift korrigieren. 5. Voreinkleidung. 6. Erfassen im Zug. Einteilung in Gruppe, Zuweisung von Stube, Bett und Spind. Ausgabe eines Fragebogens zur Erfassung weiterer persönlicher Daten, die für die PersKK notwendig sind (KDV-Anträge). 7. Empfang von Bettwäsche. 8. Gespräch mit dem ZgFhr. 9. Begrüßung durch den KpChef. 10. Erste Belehrung durch den KpFw."

Sofortige Freilassung von Hellmuth Kaiser! Kampf um Lohnfortzahlung findet Unterstützung

Der staatliche Gewaltapparat hat die U-Haft für den Reservisten Hellmuth Kaiser durch sechs Maßnahmen verschärft: 1. Einzelhaft, 2. Ausschluß von Gemeinschaftsveranstaltungen jeder Art, 3. Ausschluß vom wöchentlichen Umschluß, 4. Versagung von Benutzung eines Radiogeräts, 5. Die Besuche beim Beschuldigten sind in Form von Einzelüberwachung zu beaufsichtigen, 6. Der Beschuldigte ist vor und nach jedem Besuch, auch solchen seiner Verteidiger, körperlich zu durchsuchen.

Weit über 100 Solidaritätserklärungen sind inzwischen eingetroffen. In der letzten Woche haben die sofortige Freilassung von Hellmuth Kaiser gefordert: vier Soldaten aus der Carl-Schurz-Kaserne Hardheim, drei Soldaten der Saaleck-Kaserne in Hammelburg, fünf Maschinenschlosserlehrlinge der Gewerbeschule I in Hamburg, neun Beschäftigte des Krankenhauses Karlsruhe, die Schülerbasisgruppe des Friedrich-König-Gymnasiums in Würzburg, die MV des Jugendzentrums Aschaffenburg, das Bossle-Komitee an der Universität Würzburg bei 60 Anwesenden, das Plenum des Ausschusses arbeitsloser Lehrer und Erzieher und Wissenschaftler in der GEW Westberlin (mehrheitlich angenommen) die Initiative der Sportstudenten in Westberlin, eine Versammlung von 250 Germanistikstudenten, Studenten des Englischen Seminars Westberlin, 150 Teilnehmer einer KBW-Veranstaltung in Kiel, Anwesende bei einem Prozeß gegen den Reservisten Reimer in Soltau, die öffentliche Mitgliederversammlung des SRK in Braunschweig, 14 Teilnehmer des Weser-Projekts im Studiengang Ökonomie der Universität Bremen, Christliche Arbeitnehmer-Jugend (CAJ) Oldenburg.

19 Soldaten der Henning-von-Tresckow-Kaserne Oldenburg-Bümmerstede erklären: Seit dem 28. Mai 77 wird der Reservist Hellmuth Kaiser in München in Untersuchungshaft festgehalten. Er hat an den Soldaten- und Reservistentagen teilgenommen und sich für die Forderungen *Lohnfortzahlung für W 15 und Kündigungsrecht für Zeitsoldaten und Polizisten* eingesetzt. Die Polizei hat versucht, die Demonstration der Soldaten und Reservisten zu verhindern, und verbot einen Lautsprecherwagen für die Kundgebung. Aber diese Einschränkung der Demonstrations- und Redefreiheit wurde nicht hingenommen und die Veranstaltungen geschlossen durchgeführt. – Hellmuth Kaiser wurde daraufhin verhaftet, um die Bewegung für die Lohnfortzahlung in der Armee einzuschüchtern und zu unterdrücken. Wir fordern von der Polizei, H. Kaiser sofort freizulassen und das Ermittlungsverfahren einzustellen! Für uneingeschränktes Demonstrations- und Rederecht!

11 Arbeiter und Angestellte der Firma Graubremse in Heidelberg erklärten: Seit über drei Wochen halten Sie den Reservisten Hellmuth Kaiser aus Heidelberg in U-Haft. Er hat sich am Soldaten- und Reservistentag 1977 in München beteiligt.

Er war Fahrer des Lautsprecherwagens. Diese Demonstration hat sich gegen die Unterdrückung der Soldaten hinter den Kasernenmauern, gegen das System von Befehl und Gehorsam gerichtet. Auch eine Mannschaft der Graubremse hat in München mitdemonstriert. Sie werfen H. Kaiser „Schweren Landfriedensbruch, Körperverletzung, Widerstand gegen die Staatsgewalt, Diebstahl" usw. vor. Damit wollen Sie im Auftrag der Staatsgewalt Rache nehmen für die gelungenen Aktionen von über 5000 Menschen in München, Köln und Hannover. Wir erklären unmißverständlich, daß Sie damit nicht durchkommen werden. H. Kaiser ist für eine gerechte Sache eingetreten. Das ist auch unser Kampf. Ihre Maßnahmen sind für uns bloß ein Ansporn, die Unterstützung des Kampfes der Soldaten auch bei uns im Betrieb noch mehr zu verankern.

Diese Resolution wird in der Betriebszeitung des KBW „Kommentar für die Belegschaft der Graubremse" veröffentlicht. Wir, Arbeiter und Angestellte der Firma Graubremse Heidelberg, freuen uns über die vielen Resolutionen aus Betrieben, Kasernen, Schulen und Hochschulen, die Sie schon erhalten haben. Diesen Erklärungen schließen wir uns an und fordern die sofortige Freilassung von Hellmuth Kaiser und uneingeschränktes Demonstrations- und Rederecht.

Die Landesastenkonferenz von Baden-Württemberg hat bei 36 anwesenden Asten bei sechs Enthaltungen erklärt: Nach der Abschlußkundgebung des Soldaten- und Reservistentages 77 in München am 28.5. unter den Forderungen: Lohnfortzahlung für Wehrpflichtige und Recht auf jederzeitige Kündigung für Polizisten und Zeitsoldaten! wurde der Fahrer des Lautsprecherwagens, der Unteroffizier der Reserve und Pädagogikstudent aus Heidelberg Hellmuth Kaiser, verhaftet. Seit dem 28.5. wird H. Kaiser in Untersuchungshaft gehalten, weil die Benutzung des Lautsprecherwagens auf der Abschlußkundgebung vom bayerischen Innenministerium verboten war, was durchbrochen wurde durch die gemeinsame Aktion von 1500 Menschen. Mit Auflagen, wie Verbot von Lausprechern oder Diktat irgendwelcher Demonstrationsrouten, versucht die herrschende Klasse das Demonstrations- und Rederecht zu beschneiden. H. Kaiser wurde verhaftet und für jetzt unbefristete Zeit in Untersuchungshaft gehalten wegen Vorwürfen wie „Schwerer Landfriedensbruch" und „Widerstand gegen die Staatsgewalt", d.h. Teilnahme an einer untersagten Demonstration und Benutzung eines Lautsprecherwagens. Die LAK wendet sich aufs schärfste gegen diese Unterdrükkungsmaßnahmen und fordert die sofortige Freilassung von Hellmuth Kaiser und uneingeschränktes Demonstrations- und Rederecht!

Zweierlei Spendensammlungen

Hamburg. Knapp zwei Monate nach dem von 1 000 Studenten besuchten „Schmelzfest" anläßlich der Zerkleinerung der Büste des Kolonialisten von Melle, auf dem über 4 000 DM für den Befreiungskampf des Volkes von Zimbabwe gespendet wurden, ruft das Präsidium der Universität in seiner Zeitung „Uni-HH" zu einer „Solidaritätsspendensammlung" auf. Beschafft werden soll damit ein zweiter Abguß der Büste von Melles. Denn es „verurteilt auch das Universitätspräsidium diese Tat und weiß sich darin mit der Mehrheit der Mitglieder der Universität einig."

Sie wollen sich ihre Tradition nicht zerstören lassen. Die neue Büste soll dann auch wieder auf den „verwaisten" Sockel gesetzt werden. Die Studentenbewegung soll so zersetzt werden, um die Unterdrückung der Völker des südlichen Afrikas mit Waffengewalt vorzubereiten.

Wahrscheinlich werden die Professoren und Bourgeoisstudenten das Geld zusammenbekommen. Was bedeuten ihnen ein paar Hunderter, wenn Profite winken? Die 4 000 DM aus Lohn und BAFöG sind etwas ganz anderes.

Ausdauernde Kämpfe der türkischen Metallarbeiter

Am 31. Mai, vor den Wahlen, sind über 30 000 Arbeiter aus 33 Betrieben in den Streik getreten. Organisiert wird dieser Streik von Maden Iş, der Metallarbeitergewerkschaft innerhalb des Dachverbandes Disk. Die Kämpfe der türkischen Arbeiter nehmen einen großen Aufschwung. Vorher waren bereits zahlreiche Arbeiter in verschiedenen Betrieben in Streik getreten, ihr Streik dauert an, denn ihre Forderungen sind noch nicht erfüllt. So streiken seit dem 2. Mai die Textilarbeiter der Sümertsenk-Betriebe in Bursa (Merino) und Eskisehir, seit dem 10. Mai in Bakirkoy (Istanbul), insgesamt über 6 000 Arbeiter. Seit vier Wochen streiken die Arbeiter bei Siemens (Bursa). Ihre Forderungen: 10 TL (Türkische Lira, 1 TL entspricht etwa 14 Pfennig) pro Stunde mehr! Höheres Kindergeld! Beschränkung der Arbeitszeit auf 45 Stunden.

Der Streik bei Mannesmann

Seit 170 Tagen streiken die Arbeiter bei Mannesmann (Izmet), das zu den 30 größten Betrieben in der Türkei zählt, ebenfalls für eine Lohnerhöhung von 10 TL. Sie sagen, daß sie weiterstreiken werden, bis ihre Forderungen erfüllt sind. 700 Arbeiter und 80 Angestellte sind dort beschäftigt. Die Arbeiter sind alle organisiert, die Angestellten nicht. Die Arbeiter berichten von scharfen Rationalisierungsmaßnahmen. Früher hätten dort 1 500 geschafft. Die 700, die jetzt dort sind, würden ein Mehrfaches herstellen. „Jeder merkt das am eigenen Arbeitsplatz. Wo früher vier waren, sind jetzt zwei. Und deren Tagesproduktion liegt viel höher als die der vier Arbeiter früher. Die Arbeit ist wesentlich härter geworden." So berichten die streikenden Mannesmann-Arbeiter. Schichten werden gearbeitet. Akkord ist seit langem eingeführt. An 6 Tagen in der Woche je 8 Stunden, das ist die Mindestarbeitszeit, die sie ableisten müssen (gesetzlich festgelegt ist die 48-Stunden-Woche). Vielen langt der Lohn dann nicht und sie gehen auch noch sonntags schaffen. Für die sonntägliche Überstundenarbeit erhalten sie 50% Zuschlag.

Wir haben die Löhne der Mannesmann-Arbeiter untersucht. Der niedrigste Stundenlohn liegt bei 7,50 TL (rund 1,05 DM, gesetzlicher Mindestlohn), der höchste bei 16,75 TL brutto (2,35 DM). Die meisten Arbeiter haben Stundenlöhne zwischen 12 und 14 TL. Auf 14 TL kommt man nur, wenn man schon Jahrzehnte im Betrieb ist. Die Abrechnung für einen Arbeiter, der 12,50 TL brutto pro Stunde verdient, sieht so aus: 30 Tage gearbeitet, davon 4 Sonntage, für die er 690 TL erhält, ergibt 4 130 TL brutto. Davon gehen 1 360 TL ab für Steuern und Versicherungen. Netto erhält er dann 2 770 TL, das sind etwa 380 DM.

Der Streik bei MAN

Die Arbeiter von MAN, Topkapi-Istanbul, sind zusammen mit den Arbeitern der oben genannten 33 Betriebe am Montag vor den Wahlen in den Streik getreten. Mit den Löhnen der 1 300 Arbeiter sieht es so ähnlich aus wie bei Mannesmann. Bei MAN werden zwei Schichten gearbeitet, ohne Akkord. Um ihre Forderungen (unter anderem nach 10 TL mehr Stundenlohn) durchzusetzen, haben die Arbeiter den Streik straff organisiert. Den ganzen Tag und die ganze Nacht, einschließlich sonntags, halten eingeteilte Streikposten die Werkstore bewacht. Meistens sind sie nicht allein, sondern werden von weiteren Arbeitern unterstützt. Die MAN-Arbeiter propagieren wie die Arbeiter aller bestreikten Betriebe ihren Streik durch große Transparente, die sie an die Zäune und Tore der Fabrik gehängt haben.

„Nicht für Luxus, für unser tägliches Brot kämpfen wir!" „Wir werden kämpfen, bis unsere Forderungen erfüllt sind!" „Nieder mit der Ausbeutung!" Das sind einige der Losungen, die man auf den Transparenten finden kann. Immer häufiger taucht die Parole Generalstreik auf.

Die Arbeiter führen den Streikkampf derzeit mit großer Hartnäckigkeit und in großer Geschlossenheit. Um sich die Lage der Arbeiterklasse deutlich machen zu können, geben wir die Preise für einige lebenswichtige Güter an:

In der Stadt kostet die Miete für eine mittelgroße einfache Wohnung zwischen 1 000 und 1 500 TL.

Lebensmittelpreise (in Klammern die Preise vom September 1976)

1 Brot	2,50 TL	
1 kg Gurken	10,00 TL	(7,50 TL)
1 kg Bohnen	13,00 TL	(8,00 TL)
1 kg Reis	24,00 TL	(16,50 TL)
1 kg Milch	12,50 TL	(9,50 TL)
1 kg Butter	80,00 TL	(60,00 TL)
1 kg Fleisch	50 – 60 TL	(45,00 TL)
1 Ei	1,50 TL	
1 kg Käse	40 – 65 TL	(34–50TL)

Ein Fiat 124 (Murat 124, in der Türkei montiert) kostet neu 110 000 TL.

1 Kühlschrank	2 000 TL
1 Fernseher	4 000 – 7 000 TL
1 Anzug	1 200 TL
1 Paar Schuhe	250 – 350 TL
1 Zeitung	1,50 – 2,00 TL
1 Schachtel Filterzigaretten	7,50 TL

Die niedrigen Löhne, die unerträglich hohen Lebenshaltungskosten zwingen die Arbeiter zum Kampf. Die Streiks stoßen auf große Sympathie. In Istanbul wurden in einigen Stadtteilen Bazare aufgestellt, um Geld zur Unterstützung der streikenden Belegschaften zu sammeln. Zahlreiche Belegschaften haben Solidaritätsadressen in den Zeitungen veröffentlichen lassen. An den Hauptverkehrsstraßen und an den Fabrikzäunen, überall hängen Transparente mit den Forderungen der türkischen Arbeiter.

Kinderarbeit

Die niedrigen Löhne, die große Arbeitslosigkeit und der frühe Tod aufgrund großen Verschleißes der Arbeitskraft und mangelnder oder fehlender medizinischer Versorgung zwingen viele Kinder und Jugendliche zum Geldverdienen.

Dafür geben wir einige Beispiele.

Konya. Ein 15jähriger Hoteljunge sagt, er sei nach der Grundschule (5 Jahre) abgegangen, da er Geld verdienen mußte. Sein Vater sei tot, seine Mutter herzkrank, und sein Bruder sei Soldat. Er sei also der alleinige Ernährer der Familie.

Konya. Ein 15jähriger Kellner berichtet folgendes von sich: Er arbeite 7 bis 8 Stunden täglich, wobei er fünfmal in der Woche noch je 6 oder 7 Stunden zur Schule geht. Diese Arbeit habe er nur für die vier Monate, wo Touristensaison ist. Sein Vater ist arbeitslos. Seine Mutter verdient 60 TL täglich bei 7 bis 8 Stunden Arbeit.

Van. Ein 14jähriger Hoteljunge arbeitet täglich, jeden Tag 9 Stunden hat er zum Ausruhen. Für 450 Stunden Arbeit im Monat erhält er 1 500 TL.

Van. Ein 19jähriger Verkäufer in einem Obst- und Gemüseladen verdient 5 000 TL monatlich. Dafür arbeitet er 18 Stunden täglich von früh 6 Uhr bis Mitternacht. Er muß die Familie ernähren, da die nächsten Verwandten entweder zu alt oder krank sind. Darüberhinaus muß er noch Rücklagen machen, denn nach einem Jahr wird er Soldat und verdient dann gar nichts mehr.

Istanbul. Hier wie überall verdingen sich viele Kinder als Schuhputzer. Bei 5 Stunden Arbeit täglich kommen sie auf 50 TL täglich. Ein Junge (8 Jahre) erzählte, er stände jeden Morgen um 5 Uhr auf, um noch vor der Schule zwei Stunden arbeiten zu können.

Istanbul. Ein 11jähriger Junge, der in einem Außenbezirk der Stadt wohnt, machte folgende Angaben. Er sei mit der Grundschule fertig, sein Vater sei tot, deshalb müsse er arbeiten. Er ist Laufbursche in einem Eisenwarengeschäft, arbeitet fünfmal die Woche 10 Stunden täglich und samstags 5 Stunden. Für diese 55 Stunden erhält er 350 TL wöchentlich. (Mh, Weinheim)

Der Streik der Bergarbeiter in Mazedonien

Am letzten Sonntag fand in Thessaloniki eine Kundgebung zur Unterstützung des Streiks der Bergarbeiter von „Madem Lako" statt. Die Bergarbeiter streiken seit über 3 Monaten für 30 % mehr Lohn, 40-Stunden-Woche, Nachtschichtzulage und Einbeziehung der Lehrlinge in den Tarifvertrag. Zur Kundgebung haben 10 Fabrikkommissionen aus den kampferfahrensten Betrieben Thessalonikis aufgerufen und es beteiligten sich mehrere tausend Menschen. Bergarbeiter aus „Madem Lako" berichteten über die jüngsten Überfälle der bewaffneten Polizeitruppen auf die Bergarbeiterdörfer, über die Sondergerichte gegen Streikende. Sie erklärten ihre Forderungen und riefen zur weiteren und verstärkten materiellen Unterstützung der Streikenden und ihrer Familien auf. Die Kundgebungsteilnehmer beschlossen die Forderungen:

– Sofortige Aufhebung des Belagerungszustandes!
– Erfüllung der Forderungen der Streikenden!
– Wiedereinstellung aller Entlassenen!

– Einstellung der abgekarteten Prozesse und des Rausschmisses aus den Bergarbeiterwohnungen!

Die Bergarbeiter von „Madem Lako" sind in Griechenland zum Symbol des Kampfes gegen Ausbeutung und Unterdrückung geworden.

Ihr Kampf richtet sich gegen die unmenschlichen Arbeitsbedingungen, den vorzeitigen Verschleiß ihrer Arbeitskraft und gegen die Hungerlöhne, die der Kapitalist Bodosakis bezahlt.

In den um das Bergwerk umliegenden Dörfern gibt es kaum eine Familie, die nicht einen Toten aus Arbeitsunfällen oder wegen Staublunge zu beklagen hat. In einem Dorf sind alle 11 Männer, die seit Anfang 1977 von der Firma Bodosakis verrentet wurden, innerhalb der ersten drei Monate gestorben. Junge Männer werden mit 30 verrentet. Die Renten betragen nicht einmal 150 DM im Monat. Dagegen kostet ein Kilo Rindfleisch bereits ca. 15 DM. Die Nickelbergwerke sind die einzige Arbeitsmöglichkeit in der ganzen Umgebung. Das nutzt der Kapitalist Bodosakis aus. Die technische Ausrüstung in den Gruben ist vollständig veraltet. Staubabzugsanlagen gibt es so gut wie gar nicht. „Unsere Männer kippen der Reihe nach um", erzählen die Frauen im Dorf. Sie sagen: „Lieber breche ich meinem Kind beide Beine, als es wie den Vater in die Grube zu schicken." Der Staat hat bereits von Anfang an diesen Streik mit allen Mitteln angegriffen. Es finden ständig Konsultationen zwischen der Geschäftsleitung und dem Arbeitsministerium statt. Die Justiz hat den Streik auf der Grundlage der neuen Antistreikgesetze für illegal erklärt und den Streikbruch zur Angelegenheit erklärt, die der Staat unterstützen muß. Demgegenüber wird die Solidarität mit den Streikenden immer stärker und weiter ausgebaut. Der Streik bei „Madem Lako" geht weiter! – (n., Darmstadt)



Zypern ist kein Schachbrett der Supermächte

Der Weltsicherheitsrat der UNO hat vor zwei Wochen erneut über Zypern diskutiert. Vorher beschloß er die Verlängerung des Mandats der UNO-Truppen auf Zypern, die seit 1960 dort sind. Herausgekommen ist bei der Sitzung natürlich keine „Lösung der Zypern-Frage". Die „Zypern-Frage" kann tatsächlich nur vom zypriotischen Volk gelöst werden im Kampf gegen die Imperialisten.

Die „Zypern-Frage", so nennen die Imperialisten die seit 1974 fortdauernde Teilung der Insel in einen Teil, der von griechischen Zyprioten, und einen Teil, der von türkischen Zyprioten bewohnt wird, und die Besetzung von 40% des Landes durch reguläre türkische Truppen.

Zyperns geographische Lage macht es für die hegemoniale Beherrschung des östlichen Mittelmeerraumes und damit der Zugangswege nach Asien äußerst wichtig. Die britischen Kolonialisten und Imperialisten beherrschten die Insel seit 1868. Vorher hatte sie zum Osmanischen Reich gehört. Das Ziel der Briten war vor allem die Sicherung des Einflusses auf den im Bau befindlichen Suezkanal (der 1869 eingeweiht wurde) und über die Dardanellen-Durchfahrt, durch die der Konkurrent und Kriegsgegner Rußland fahren mußte, wenn er ins Mittelmeer mit der Flotte wollte.

Wie schon die Herrscher des Osmanischen Reiches und noch mehr die von ihnen eingesetzten Steuerpächter mußten auch die britischen Imperialisten erfahren damit machen, daß das kleine zypriotische Volk eine große Kampfentschlossenheit gegen die Fremdherrschaft besitzt. Nach verschiedenen Aufständen führte der bewaffnete Kampf seit 1955 dazu, daß die britischen Imperialisten Zypern 1959 die Unabhängigkeit formell zugestehen mußten. Die britischen Imperialisten setzten dabei von Anfang an auf Vertiefung und Ausnutzung der Spaltung zwischen dem größeren Bevölkerungsteil, den Griechen (82%), und den zypriotischen Türken (18%). Die Verfassung des neuen Staates wurde zwischen den „Schutzmächten" Großbritannien, Griechenland und Türkei ausgehandelt und die Vertreter des zypriotischen Volkes zur Unterschrift zitiert, ohne überhaupt die Möglichkeit zur Änderung zu haben. Großbritannien behielt zwei große Militärstützpunkte auf der Insel, die US-Imperialisten, die eigentlichen Drahtzieher, im Rahmen der NATO Horchstationen. Nach dem Nahost-Krieg wurden 15 000 US-Marineinfanteristen auf den britischen Stützpunkten stationiert. Weil eine Teilung oder der direkte Anschluß an Griechenland (den auch der größte Teil der zypriotischen Griechen damals befürwortete) wegen der scharfen Widersprüche zwischen den NATO-Staaten Griechenland und Türkei nicht möglich war, sollte ein „unabhängiges" Zypern mit einem Marionettenregime die Insel der Nutzung für die imperialistischen Zwecke des NATO-Bündnisses offen halten.

Die US-Imperialisten sahen ihren „unsinkbaren Flugzeugträger", wie sie Zypern zynisch nannten, in Gefahr, als das zypriotische Volk große Anstrengungen für die *tatsächliche* Unabhängigkeit unternahm, sich zunehmend mit den Ländern der Dritten Welt zusammenschloß, für den Abzug der Truppen der „Schutzmächte" aus Zypern eintrat, sich zum Beispiel nicht den Transport von Material für Nordvietnam während des Befreiungskampfes des vietnamesischen Volkes mit zypriotischen Schiffen verbieten ließ. Die Regierung unter Makarios führte diese Politik und vermochte es auch, die Widersprüche zwischen den griechischen und türkischen Zyprioten zu verringern, statt sie wie bisher zu verschärfen.

Nach dem Nahostkrieg war 1974 die Antwort der US-Imperialisten ein Putsch, den sie von ihren Marionetten in Athen ausführen ließen. Der Putsch erreichte sein eigentliches Ziel, die Ermordung Makarios' und den baldigen Anschluß Zyperns an Griechenland, nicht. Denn Makarios konnte fliehen, und damit ein Politiker, der den Willen des zypriotischen Volkes nach Unabhängigkeit ausdrückte und große Autorität hatte, während gleichzeitig der Versuch, eine Massenbewegung für den Anschluß an Griechenland auf die Straße zu bringen durch die faschistische EOK-B kläglich scheiterte. Das Bewußtsein unter den Massen über die Tatsache, daß das Griechenland immer mehr zur Halbkolonie des US-Imperialismus geworden war, und die Wertschätzung der eigenen Unabhängigkeit sorgten dafür.

Drei Tage nach dem Putsch marschierte die türkische Armee ein, offiziell, um die Bevölkerung türkischer Herkunft zu „schützen", tatsächlich, um die Teilung der Insel und den Anschluß eines Teils an die Türkei zu vollziehen. Die US-Imperialisten ließen nach kurzer Schwankung die mißglückten Putschgenerale in Athen fallen und unterstützten den türkischen Einmarsch, um so über die Teilung die Selbständigkeit Zyperns und damit den bedrohlichen Verlust dieser Basis für die imperialistische Politik im Nahen Osten zu verhindern.

Seitdem sind 40% des Gebietes, unter dem 70% der Bodenschätze liegen, türkisch besetzt. Weil die Volksmassen in den Jahrhunderten des gemeinsamen Lebens auf der Insel keine Ghettos gebildet hatten, sondern sich die Nationalitäten gemischt hatten, war eine gewaltsame Vertreibung der auf diesem Gebiet lebenden Griechen nötig, wie auch die faschistische EOK-B nach dem türkischen Einmarsch die türkischen Zyprioten aus dem Süden vertrieb. Mit der faktischen Teilung wurden der Produktion entscheidende Schläge versetzt. Von den 220 Betrieben im türkisch besetzten Gebiet, die es gibt, sind bis jetzt knapp über 50 in Betrieb, der Rest liegt still. Die Obsternte kann nicht richtig eingebracht werden, weil die entsprechenden Fachkräfte fehlen. 30 Millionen Dollar muß die Türkei, selbst vom Imperialismus ausgesaugt, jährlich zahlen in den Norden Zyperns, um den völligen Zusammenbruch der Wirtschaft zu vermeiden.

Die Imperialisten wollen jetzt neben der strategischen Besitznahme auch direkt absahnen, die Ausbeutung anziehen. Kapital soll angelegt werden in Nordzypern, eine große Ansiedelungsbewegung von Festlandstürken wird durchgeführt, um die ausbeutbare Menge Arbeitskraft zu vergrößern. Der Hafen Famagusta soll ein „Freihafen" werden für Transitwaren Nahost – Europa und darin Beirut ablösen. Ein weiterer Grund für die imperialistische Einmischung soll geschaffen werden.

Das zypriotische Volk hat den Kampf für Einheit und Unabhängigkeit keineswegs aufgegeben. Im Gegenteil. Als die Imperialisten mit Klerides einen willfährigen Politiker zum Präsidenten machen wollten, setzten die Massen die Rückkehr von Makarios durch. Auch in dem von der Türkei besetzten Gebiet verschärfen sich die Widersprüche zwischen den Zyprioten und der Besatzungsmacht täglich. In der Lage kann sich Raul Denktasch, Vertreter der türkischen Zyprioten und engster Vertrauter der türkischen Zyprioten und engster Vertrauter der türkischen Besatzungsmacht, Fürsprecher für einen Anschluß an die Türkei, neuen Verhandlungen nicht entziehen. Im März und im Mai dieses Jahres fanden Verhandlungen um die zukünftige staatliche Gliederung Zyperns statt. Makarios hat im Februar seinen Rücktritt angeboten für den Fall, daß ein Abkommen geschlossen würde, das die friedliche Koexistenz im Rahmen eines wirklich geeinten und unabhängigen Staates garantiert. Bisher hatten die Verhandlungen noch keinen Erfolg. Aber allein ihre Existenz bringt lebhafte Tätigkeit der imperialistischen Supermächte hervor.

Die US-Imperialisten lassen einen Sonderbotschafter herumreisen in Griechenland, in der Türkei und auf Zypern, der sich „befriedigt" zeigt über die Möglichkeiten einer „Lösung". Die Sozialimperialisten stützen sich auf die starke revisionistische Partei im Inneren, die auch an der Regierung beteiligt ist. Weiter sind sie – auch jetzt wieder in der UNO – der entschiedenste Fürsprecher einer „internationalen Konferenz" über Zypern, an der sie als Mitglied des UNO-Sicherheitsrates teilnehmen müßten. Die westeuropäischen Imperialisten haben der Regierung Makarios einen Kredit über 30 Millionen Dollar („Euroanleihe") gewährt. Sie taktieren zwischen Griechenland und der Türkei.

100 Kilometer von Syrien, 400 Kilometer vom Suez-Kanal entfernt liegt Zypern. Nach dem Öl des Nahen Ostens, die strategische Bedeutung für die Vorbereitung des imperialistischen Krieges um Europa machen Zypern begehrt für sie. Dies zeigt auch die Bedeutung des Kampfes des zypriotischen Volkes für seine Unabhängigkeit in der weltweiten Front des Kampfes gegen den Imperialismus und das Hegemoniestreben der beiden Supermächte.

Konkurrenz der Supermächte um Vorherrschaft in Lateinamerika

Im Kampf der beiden Supermächte um Weltherrschaft verschärft sich ihre Rivalität auch um Lateinamerika, das die US-Imperialisten mehr als 100 Jahre lang als ihren „Hinterhof" betrachtet haben. Während sich die Widersprüche zwischen den Staaten Lateinamerikas und den US-Imperialisten verschärfen, versuchen die Sozialimperialisten zunehmend in Lateinamerika Fuß zu fassen.

Auf der vor kurzem beendeten Konferenz der Organisation Lateinamerikanischer Staaten (OAS) hat der US-Außenminister Vance versucht, der „neuen Lateinamerika-Politik" der Regierung Carter zur nötigen Publicity zu verhelfen, um die Widersprüche abzustumpfen. Er hat die vom US-Imperialismus in den Sattel gehobenen Militärregimes kritisiert, weil sie „die Herrschaft des Gesetzes ... in die Unterwelt des Terrorismus absinken" und dadurch „die stärkste Waffe im Kampf gegen den Terrorismus, die moralische Autorität, fallen" ließen. Als „Terrorismus" bezeichnen die Imperialisten bekanntlich die proletarische Revolution. Hier wie bei der „neuen Afrika-Politik" oder den anderen Betrügereien der Carter-Regierung geht es den US-Imperialisten darum, der Revolution durch eine hastige „Rückkehr zur Demokratie", d.h. zu parlamentarisch verbrämten Formen der politischen Unterdrükkung zuvorzukommen und auf diese Weise ihre eigene Weste wieder reinzuwaschen. Es handelt sich darum, die „moralische Autorität" zum Begehen von neuen Verbrechen gegen die Völker der Welt zu erhalten.

Die wirklichen Widersprüche zwischen imperialistischer Ausbeutung und Unterdrückung auf der einen Seite, der Arbeiter- und Bauern-Revolution und dem nationalen Befreiungskampf auf der anderen Seite kann er dadurch nicht einmal zeitweise kitten.

Während die OAS-Konferenz tagte, kam es in mehreren Städten Perus zum Generalstreik der Arbeiter und Demonstrationen der Volksmassen. In Honduras hatten kurz zuvor neue Landbesetzungen der Bauern stattgefunden. In Brasilien mußten wegen der seit Wochen anhaltenden Demonstrationen der Studenten und der Volksmassen eine Reihe von Universitäten geschlossen werden. In Argentinien kam es zu neuen kühnen Aktionen der Arbeiter-Bauern-Studenten-Guerilla.

Angesichts der ins Unerträgliche gesteigerten Ausbeutung und Ausplünderung Lateinamerikas durch den US-Imperialismus bröckelt auch das Bündnis mit der nationalen Bourgeoisie dieser Länder, das seit der Befreiung vom spanischen und portugiesischen Kolonialismus gehalten hat. Industrielle aus allen lateinamerikanischen Ländern trafen sich im Mai in Monterey, dem ganz vom US-Kapital beherrschten Industriezentrum im Norden Mexikos. „Das Problem der Unabhängigkeit mit starken antiamerikanischen Untertönen hat in der Diskussion in Monterey eine Hauptrolle gespielt", berichtet die westdeutsche Wirtschaftszeitung „Blick durch die Wirtschaft" mit einer Mischung aus Interesse und Beklommenheit. Die lateinamerikanischen Industriellen rechneten auf der Konferenz vor, daß sie wegen der halbkolonialen Vereinseitigung und Unterentwicklung ihrer Wirtschaft in den nächsten Jahren für 500 Milliarden Dollar Waren aus den USA würden importieren müssen, um den Preis einer weiteren Verschuldung um 60 Milliarden Dollar. Schon heute betrage die Gesamtverschuldung Lateinamerikas beim US-Finanzkapital 100 Milliarden Dollar. Während der Tribut der Zinszahlungen immer drükkender werde, gehe die Vernichtung der einheimischen Industrie durch die Konkurrenz der US-Monopole immer noch weiter. Während die USA die Offenhaltung Lateinamerikas für den „Freihandel" verlangten, würden die Mauern der Schutzzölle und Sonderbesteuerung für Importe aus der Dritten Welt in die USA immer unüberwindlicher.

Auf der 18. Mitgliederversammlung der Interamerikanischen Entwicklungsbank, bis dahin ein reines Instrument des US-Finanzkapitals zur Ausplünderung des Kontinents, beschlossen Mitte dieses Monats die lateinamerikanischen Staaten die Gründung einer gemeinsamen Exportbank unter Ausschluß des US-Kapitals. Dafür wurden Kapitalbeteiligungen von 13 kleinen und mittleren kapitalistischen und imperialistischen Ländern zugelassen, an erster Stelle die BRD.

Händereibend stellt der „Blick durch die Wirtschaft" fest, dies werde „nicht nur als das Ende der nordamerikanischen Alleinherrschaft gedeutet, sondern auch als eine Absichtserklärung der Länder der Europäischen Gemeinschaft, sich künftig stärker in den lateinamerikanischen Ländern zu engagieren".

In Lateinamerika haben die BRD-Imperialisten über die Hälfte ihrer Direktinvestitionen in der Dritten Welt. Sie nutzen die Widersprüche zwischen den größten Teilen der herrschenden Klassen, den lateinamerikanischen Ländern und dem US-Imperialismus, um ihren eigenen Anteil an der Ausbeutung der Arbeiter und Bauern und der Bodenschätze dieser Länder zu erweitern. Durch das Milliardengeschäft der Lieferung von Kernkraftwerken und Wiederaufbereitungsanlagen und -technologie an Brasilien sind sie dabei einen großen Schritt weitergekommen. Um diesen Coup zu sichern, haben sie zunächst jetzt unter dem Druck der Carter-Regierung auf weitere Geschäfte dieser Art „bis auf weiteres" verzichtet. Das müssen sie, um die Aufhebung des Lieferboykotts von amerikanischem und kanadischem Natururan zu erreichen. Sie sind durchaus noch nicht in der Lage, das Monopol der Supermächte auf diesem Gebiet anzugreifen.

Aber sie sind keinesfalls bereit, von ihrer Beute abzulassen. Um das Brasiliengeschäft vollständig zu sichern, wollen sie sich jetzt offenbar sogar zeitweilig mit der anderen Supermacht verbünden. Wie der westdeutsche EG-Kommissar Brunner vor einigen Tagen in beiläufigem Ton mitteilte, bemühen sich die westdeutschen Imperialisten jetzt um die Zustimmung der sowjetischen Sozialimperialisten zur Weiterlieferung der vertragsgemäß in der Sowjetunion aufbereiteten Brennelemente (55% des Kernbrennstoffs der EG-Staaten werden in der Sowjetunion aufbereitet) nach Brasilien.

Das gemeinsame Interesse, in Lateinamerika den US-Imperialismus aus seiner Stellung als absolute Hegemonialmacht herauszudrängen, treibt hier die Imperialisten der BRD mit denen der Sowjetunion zusammen. Die Sozialimperialisten nutzen jede solche Gelegenheit, um selbst den Fuß in die Tür zu stellen. Mit der „Moral" halten sie es dabei genauso wie ihre Rivalen. Während sie sich über die Untaten des blutrünstigen Pinochet-Regimes in Chile die Wolfskehlen heiser brüllen, stehen sie mit den nicht weniger blutrünstigen Militärdiktatoren Brasiliens und Argentiniens geradezu auf dem Duzfuß.

Nach Brasilien haben die Sozialimperialisten allein von 1974 bis 1975 die Exporte um das Dreifache gesteigert, auf knapp 400 Millionen Dollar. Nur ihre rücksichtslose Erpressungspolitik behindert zuweilen den weiteren Ausbau der Geschäftsbeziehungen: So weigerte sich Brasilien, 60 Millionen Tonnen Zucker wie vereinbart zu liefern, weil die Sozialimperialisten (wegen der Überfüllung des Zuckermarktes) nur einen Preis noch unterhalb der reinen Erzeugungskosten zahlen wollten.

Besonders konzentrieren sich die Bemühungen der Sozialimperialisten aber auf Argentinien. Die Sowjetunion ist ohne großes Aufheben zum tatsächlichen Handelspartner Nr. 1 der argentinischen Oligarchie geworden. Sie nutzt die Schwierigkeiten der Großgrundbesitzer dieses Landes, ihre traditionellen Rinder- und Weizenexporte gegen die Vernichtungskonkurrenz der US-Agrarmonopole auf dem Weltmarkt loszuschlagen, und kaufen im großen Stil ein. Auf dem geschlossenen RGW-Markt, den sie weitgehend beherrschen, schlagen sie diese Waren wieder mit Profit los. Polen bezog gegen Lieferung hochwertiger Industriegüter Weizen und Fleisch aus der Sowjetunion. Ebenso muß Kuba, das mehr als je bloße Zuckerplantage ist und seine Arbeitskräfte (selbst auf elendestem Niveau) nicht durch eigene Produktion ernähren kann, diese Grundnahrungsmittel von den Sozialimperialisten einkaufen, bei denen es mit mehreren Milliarden Rubel bereits verschuldet ist. Diskret, wie diese Preisverhandlungen im Geiste des „proletarischen Internationalismus" auf Art der Neuen Zaren geführt werden, ist darüber nur folgendes bekannt geworden: Erhielt Kuba 1974 für 55 Millionen Rubel noch 570 000 Tonnen Getreide, so 1975 nur noch für 62 Millionen Rubel 533 000 Tonnen. Das wäre also eine Verteuerung um etwa 15%. In diesem Jahr sollen die Lieferungen von Getreide an Kuba weiter bedeutend gesteigert werden.

Die intensive Ausdehnung der Wirtschaftsbeziehungen der Sozialimperialisten gerade mit Argentinien hat auch mit der strategischen Lage des Landes zu tun, von dem aus die Magellan-Straße, einer der Hauptschiffahrtswege der Welt, ohne weiteres kontrolliert werden kann. Gegenüber, in der Antarktis (wo auch reiche Bodenschätze winken), haben sich die Sozialimperialisten bereits mit einer Unzahl von „Forschungsstationen", Depots usw. eingenistet.

In allen diesen Händeln der Imperialisten können die unterdrückten Völker nur verlieren, solange sie deren bloßes Objekt sind. Sie können die Widersprüche zwischen den Imperialisten nutzen, wenn sie sich unter Führung der Arbeiterklasse zum nationalen Befreiungskampf erheben. – (Z-Red.)

Sozialimperialistisches Maschinenbauprogramm

„Die sowjetische Führung steuert ein neues, stabiles, von Weltmarktschwankungen freies Preissystem für Maschinenbauerzeugnisse im Comecon an", berichtet die österreichische Zeitung „Die Presse" (7.6.77). Erreicht soll das werden, indem die „sowjetische Wirtschaft (...) als künftiger Großzulieferer von metallaufwendigen Maschinenbauteilen für den gesamten Comecon-Raum angeboten" wird. Damit könnte der gesamte Maschinenbau rationeller gestaltet, Doubletten abgebaut und sogar der Rohstoff- und Energieverbrauch verringert werden, „weniger Erz und Metall (müßte) auf den stark überlasteten Bahntransportverbindungen aus der Sowjetunion verladen werden". Das ganze sei notwendig zur „Weiterentwicklung der Produktivkräfte" und diene der „beschleunigten Integration im Rahmen sozialistischer Arbeitsteilung und Spezialisierung". Entfernt man den ganzen betrügerischen Zierat, so bleibt nur Stagnation und Fäulnis übrig. „Die osteuropäischen Staaten hatten bisher eine breite Palette im Maschinenbau erhalten ..., um sich beweglich auf Kooperationsmöglichkeiten mit westlichen Staaten einstellen zu können", berichtet „Die Presse" weiter. Damit soll Schluß sein. Über den Maschinenbau wollen die Sozialimperialisten die gesamte Industrieproduktion und damit Wirtschaft der übrigen RGW-Länder unter Kontrolle bringen. Diese sollen gezwungen werden, ihre eigene Maschinenbauproduktion einzustellen. Sie sollen zu Fabrikanten von Halb- und Fertigwaren mit sowjetischen Maschinen herabsinken. Schon heute bestehen 30% des Exports der Sowjetunion aus kompletten Anlagen.

Die Sozialimperialisten sind lange von der Politik der begrenzten Souveränität übergegangen zur Politik der politischen, militärischen und wirtschaftlichen Integration der Mitgliedsstaaten des RGW in den sozialimperialistischen Staat. Dieser Prozeß soll jetzt beschleunigt und verschärft werden. Die kapitalistische Krise – zum Beispiel wurde der letzte 5-Jahres-Plan in Industrie und Landwirtschaft nur zu 93% erreicht und ist das Nationaleinkommen pro Kopf der Bevölkerung gesunken – zwingt die Sozialimperialisten dazu, mehr und mehr Kapital aus den westlichen imperialistischen Ländern zu importieren, um die internen Mittel für die Rüstungsproduktion im Wettlauf um die Weltherrschaft mit dem US-Imperialismus freizubekommen. Auch in den übrigen RGW-Ländern muß sie die Beteiligung westlichen Monopolkapitals an der Ausbeutung der Arbeiterklasse zulassen. Das Maschinenbauprogramm soll den Sozialimperialisten helfen, durch die Kontrolle der Produktionsmittel auch über die Investitionen der Konkurrenten die Kontrolle zu erlangen; „(...) die Integrationspolitik (soll) neue zentralistische Impulse erhalten und vor Fliehkräften geschützt werden". (Die Presse)

Die Möglichkeit dazu haben sie sich durch die „Koordinierung der 5-Jahrespläne" im „Komplexprogramm" für 1976 – 1980 geschaffen, das die Investitionen in den einzelnen Ländern festlegt und abstimmt und die Pläne der übrigen RGW-Länder zu bloßen territorialen und regionalen Plänen der sozialimperialistischen Metropole degradiert. Es plaziert die wichtigsten Investitionen, vor allem in die Schlüsselindustrien, die die Grundlage jeder Industrieproduktion bilden, innerhalb der Sowjetunion. Die Sozialimperialisten kontrollieren die Akkumulations- und Investitionsfonds, zum Beispiel halten sie über ein Drittel der Anteile in der „Internationalen Bank für Wirtschaftskooperation" und der 1971 zusätzlich gegründeten „Internationalen Investitionsbank". So schreiben sie selber in ihrer Zeitschrift „Außenhandel" 6/77: „Im Komplexprogramm für die weitere Vertiefung und Entwicklung der sozialistischen ökonomischen Integration der RGW-Länder wird die Zusammenarbeit auf dem Gebiet der Planungstätigkeit und besonders die Koordinierung der Pläne als Hauptmethode für die Organisierung der Zusammenarbeit und die Vertiefung der internationalen sozialistischen Arbeitsteilung betrachtet."

Wie bei der Roh- und Energiestoffproduktion werden die Vasallenstaaten daran gehindert, eine eigene Versorgung aufzubauen, und gleichzeitig gezwungen, durch Kapital und Arbeitskräfte den Aufbau dieser Industrien in der Sowjetunion den Sozialimperialisten kostenlos zu besorgen. „Die Presse" berichtet: „Die sowjetischen Wirtschaftsfachleute geben offen zu, daß gegenwärtig noch erhebliche Rückstände im Niveau des sowjetischen Maschinenbaus bestehen. Sie schlagen vor, daß die Comecon-Staaten ähnlich wie heute schon beim Ausbau der Brennstoffindustrie in der UdSSR künftig auch gemeinsam für den Ausbau und die Modernisierung des sowjetischen Maschinenbaus investieren, der ihnen Großteile liefern soll."

In der Tradition der feudalen Zaren zwingt die neue Monopolbourgeoisie der Sowjetunion die Vasallenstaaten in ein regelrechtes Fronverhältnis. Imperialismus bedeutet Stagnation, Fäulnis und Verödung, Fesselung der sowjetischen Arbeiterklasse und der Arbeiterklasse der Vasallenstaaten. Das ist es, was die Sozialimperialisten hinter den Phrasen von „brüderlicher Hilfe", „sozialistischer Arbeitsteilung", „proletarischem Internationalismus" überall in der Welt verbreiten. – (Z-Red)

Gefangenenaustausch „auf Initiative des Bundeskanzlers"

Sozialliberale Moral hat solide Geschäftsgrundlage

Am Samstag vor einer Woche wurden an der Grenze zwischen den BRD und der DDR politische Gefangene ausgetauscht: der ehemalige chilenische Senator Jorge Montes, Mitglied der revisionistischen „Kommunistischen Partei Chiles" und gefangengehalten vom Pinochet-Regime, wurde in die DDR auf freien Fuß gesetzt. Dafür wurden 11 politische Gefangene von der neuen Bourgeoisie in der DDR in die BRD entlassen.

Die Aufsicht bei dieser Transaktion führte der Ministerialdirektor im Bundesministerium für innerdeutsche Beziehungen, Hirt. Franke, sein Ministerchef, hat diese Meldung bestätigt und erklärt, eine „weitere Erklärung dazu gäbe die Regierung aus humanitären Erwägungen nicht ab".

Mit diesen Erklärungen geben sich die westdeutschen Imperialisten ungewohnt bescheiden. Sie rechnen darauf, daß die Sache in der Woche des Beginns der KSZE-Nachfolgekonferenz ihre Wirkung schon nicht verfehlen kann und die Fahne der „Menschenrechte", der „Offenheit nach allen Seiten" und der „gleichberechtigten Partnerschaft", unter der sie ihre imperialistischen Interessen verfolgen, nur um so besser flattern läßt.

Über die Zeitung „Die Welt" haben sie dann am Dienstag lanciert, daß die Initiative zu dieser Aktion von Bundeskanzler Schmidt „persönlich" ausgegangen sei. Er habe seinen Staatsminister Wischnewski mit der „Aufnahme der Geheimdiplomatie" in Richtung Santiago beauftragt. Die Kontaktaufnahme sei im April erfolgt. Just zu diesem Zeitpunkt befand sich in Chile auf dreitägiger Inspektionsreise: Hermann Joseph Abs, Vertreter des westdeutschen Finanzkapitals.

Die lateinamerikanischen Länder sind ein saftiger Brocken, den sich die westdeutschen Imperialisten in Konkurrenz zu den US-Imperialisten, den Sozialimperialisten und den „EG-Partnern" entsprechend ihrer Profitgier zurechtmachen wollen. Dafür hat Abs die Vorbereitung des Pinochet-Regimes geprüft.

Das Pinochet-Regime hatte auf Verlangen der Imperialisten seinen Austritt aus dem Andenpakt erklärt, um ein zu den Bestimmungen des Paktes in Widerspruch stehendes Außenhandelsgesetz zu dekretieren. Der „Blick durch die Wirtschaft" lobt: „Das neue Investitionsstatut ... gibt den ausländischen Investoren große Erleichterungen hinsichtlich des Gewinntransfers und der steuerlichen und zollmäßigen Behandlung der Investitionen."

Für „Gewinntransfer" gibt es „überhaupt keine Beschränkung" mehr, jubeln die Imperialisten. Von der Vorspeise der Milliarde Dollar, die Chile gegenwärtig an Schuldentilgung und Zinslast für seine 5 Milliarden Dollar Schulden jährlich bei den Imperialisten abtragen muß, ist ihnen der Mund wäßrig geworden auf die Steigerung der Ausbeutung der Naturreichtümer des Landes und seiner Arbeiter und Bauern.

Die Wirtschaft des Landes ist von den Imperialisten und dem von ihnen abhängigen Pinochet-Regime in einen Zustand vollständiger Zerrüttung gebracht worden. Die Industrie- und Konsumgüterproduktion ist immer noch geringer als im Jahre 1969. Die Arbeitslosigkeit im Großraum Santiagos lag noch im vorigen Monat bei knapp 14%. Die Löhne sind von der Inflation zerfressen und über Jahre hinweg unter das Existenzminimum gedrückt. Abs war mit diesem Inspektionsergebnis hoch zufrieden: Er versprach, „gegenüber den deutschen Privatbanken als Sprachrohr zu dienen, um Kreditmöglichkeiten zu eröffnen". (El Mercurio, zit. nach Chile-Nachrichten vom 28.4.)

Es lohnt sich, hat Abs festgestellt, und die westdeutschen Imperialisten sind entschlossen, das Geschäft zu machen. Dafür ist eine „allgemeine Klimaverbesserung" von den Imperialisten für notwendig befunden worden. An ihren Händen klebt das Blut der chilenischen Arbeiterklasse. Davon wollten sich die Imperialisten mit dem Gefangenenaustausch reinwaschen, um ungestört den beabsichtigten und in Vorbereitung befindlichen Raubzug durch dieses Land tätigen zu können. Es sei „der letzte politische Gefangene des Pinochet-Regimes" gewesen, behaupten die Imperialisten. Sie haben vorher nach Angaben von „Amnesty International" mindestens 1 500 politische Gefangene „verschwinden" lassen.

Die neuen Bourgeois in der DDR haben den Austausch noch geheimnisvoller behandelt als die westdeutschen Imperialisten. Die revisionistische „Unsere Zeit" hat am 20.6. kurzerhand gleich bestritten, daß die Freilassung Montes' in die DDR „mit der Nachricht, daß die DDR am Wochenende 11 Personen ... in die Bundesrepublik ausgewiesen haben soll", im Zusammenhang stehe. Sie geben stattdessen diese Initiative der westdeutschen Imperialisten zum Betrug über ihre Taten und Absichten als einen „Erfolg der internationalen Solidaritätsbewegung" aus. Was wollen die Revisionisten hier und die neuen Bourgeois in der DDR damit vertuschen? Auch sie haben dies Geschäft nicht freiwillig gemacht. Mit ihrer neuen Ausbeuterwirtschaft in der Krise und in immer drückenderer Abhängigkeit von den Sozialimperialisten stehend, müssen sie unter anderem in diesem Jahr mit 4,5 Millionen Tonnen fast doppelt soviel Getreide importieren wie im letzten Jahr – davon allein zwei Drittel aus den USA. Um sich aus ihren Zahlungsschwierigkeiten über Wasser halten zu können, mußten sie in London bei einem Bankenkonsortium von 8 Banken der westlichen Imperialisten um einen Kredit von 125 Millionen Dollar nachsuchen. Die Verträge dafür sollen nach Angaben der FAZ Anfang des kommenden Monats unterschrieben werden.

Man versteht jetzt, warum die westdeutschen Imperialisten die näheren Umstände des Gefangenenaustauschs im Dunkeln lassen wollen. Ihre sozialliberale Moral hat eine solide geschäftliche Grundlage. – (Z-Red.)

Eine Fischereikommune im Kreis Schanghai

Besuch in China

Zwischen dem 2. und 14. Juni besuchte eine Delegation des ZK des Kommunistischen Bundes Westdeutschland (KBW) die Volksrepublik China. Die Delegation wurde durch den Sekretär des ZK geleitet und führte mehrere Gespräche mit verantwortlichen Genossen der Abteilung für internationale Beziehungen beim ZK der KPCh. In diesen Gesprächen mit Genossen Li yimang, stellvertretender Leiter der Abteilung für internationale Beziehungen, und mit anderen leitenden Genossen der Abteilung für internationale Beziehungen beim ZK der KPCh wurden zu verschiedenen Fragen der internationalen Arbeiterbewegung und Erfahrungen ausgetauscht. Am Ende ihres Besuches führte die Delegation des ZK des KBW ein herzliches und freundschaftliches Gespräch mit dem Genossen Geng Biao, Mitglied des ZK der KPCh und Leiter der Abteilung für internationale Beziehungen beim ZK der KPCh. Genosse Geng Biao gab der Delegation des ZK des KBW im Anschluß an dieses Gespräch ein Bankett.

Während ihres Aufenthaltes in der Volksrepublik China besuchte die Delegation außer Peking auch Schanghai. Sie hatte dort Gelegenheit, Fabriken, Kommunen und Schulen zu besichtigen und Gespräche mit den dortigen Genossen zu führen. Der folgende Artikel stützt sich auf Erfahrungen, die die Delegation bei ihrem Besuch in Schanghai gesammelt hat. – (Z-Red.)

Genosse Mao Tsetung legte 1956 in seiner Schrift „Über die zehn großen Beziehungen" die Beziehung zwischen der Schwerindustrie auf der einen und der Leichtindustrie und der Landwirtschaft auf der anderen Seite dar und stellte fest: „Beim Aufbau unseres Landes liegt das Hauptgewicht auf der Schwerindustrie. Der Erzeugung der Produktionsmittel muß Vorrang gegeben werden. Das haben wir bereits festgelegt. Aber daraus folgt auf gar keinen Fall, daß die Produktion der Konsumgüter, insbesondere von Getreide, vernachlässigt werden darf. Ohne ausreichende Nahrungsmittel und andere lebensnotwendige Güter können vor allem die Arbeiter nicht versorgt werden. Hat es dann noch Sinn, von der Entwicklung der Schwerindustrie zu reden? (. . .)" Als Hauptprinzip für die Entwicklung der Volkswirtschaft in China zur sozialistischen Industrialisierung ist daher festgelegt: „Die Landwirtschaft als Grundlage und die Industrie als führenden Faktor betrachten".



„Vor der Befreiung hatten wir nicht nur keine politische Anschauung, wir hatten auch keine wirtschaftliche Entwicklung"

1958 wurde die Kommune für Fischfang und Fischzucht in der Nähe von Schanghai gegründet. 16 Produktionsbrigaden, die 1 300 Familien und etwa 6 000 Personen umfassen, bewirtschaften eine 900 Hektar große Wasserfläche. Die Kommune ist ein wichtiger Stützpunkt für die Fischzucht und versorgt mit ihrem Ertrag einen Stadtbezirk der 10-Millionen-Stadt Schanghai. 10 Prozent des Ertrags bleiben zur Selbstversorgung in der Kommune. Obwohl Fischfang und Fischzucht den Schwerpunkt bilden, haben die Kommunemitglieder ein allseitig entwickeltes Nebengewerbe aufgebaut: Perlenzucht und Pelztiere, Getreide- und Gemüseanbau sowie die Herstellung von Arbeitsgeräten, Netzen, Werkzeugen usw.; auch Baumaterial wird in der Kommune selbst hergestellt.



Die Kommune betreibt auch Perlenzucht. Die Perlen sind für medizinische Zwecke notwendig.



Eine Pumpe in der Mitte des Teiches sorgt für eine bessere Anreicherung des Wassers mit Sauerstoff. Noch nicht alle Teiche haben eine Pumpe, deshalb ist sie versetzbar.



Die Fischerei ist die Haupttätigkeit der Kommune. In künstlich angelegten Teichen werden verschiedene Fischarten aufgefüttert. Der Staat kauft die Fische auf, um die Versorgung der Bevölkerung planvoll zu besorgen und den Fischern feste Preise zu garantieren.



Zur vielseitigen Produktionstätigkeit gehört auch eine Pelztierzucht.

Vor der Befreiung besaßen die Fischer überhaupt kein Land und keine Wohnungen. Sie wurden von den Großgrundbesitzern gezwungen, in unsicheren und kleinen Fischerbooten ihr Dasein zu fristen. Oft kenterten die Boote bei Sturm und hohen Wellen und die Fischer konnten sich keinen Ersatz beschaffen; sie waren dann gezwungen, betteln zu gehen. Ihre Netze waren oft kaputt, der Fang schlecht.

Ein Fischer, der selbst noch in einem „Wohn"boot geboren ist, berichtet: „Vor der Befreiung hatten wir nicht nur keine politische Anschauung, wir hatten auch keine wirtschaftliche Entwicklung. Alles, was wir erreicht haben, konnten wir nur durch die Befreiung verwirklichen. Damals gab es überhaupt keine Fischteiche. Heute bewirtschaftet unsere Produktionsbrigade eine Wasserfläche von etwa 22 Hektar Fischteich. Vor einigen Jahren noch haben wir jährlich nur einmal Fischlaich ausgesetzt und hatten nur einen Fang. Jetzt haben wir die Zuchtzeit vor allem für die großen Fische verkürzt und können dreimal im Jahr Fischlaich aussetzen. 1975 hatte unsere Brigade einen Ertrag von 30 000 Kilogramm Fisch, 1976 schon von 50 000 Kilogramm und 1977 wollen wir 91 000 Kilogramm erreichen. Dazu werden wir die Fischzucht intensivieren. Wir haben eine technische Forschungsstelle eingerichtet. Die Teiche sind vertieft worden und werden mit Sauerstoff angereichert, durch Pumpen. Mit mehr Sauerstoff und mehr Futter erreichen wir ein schnelleres Wachstum der Fische, ebenso dadurch, daß wir die Fische etwa alle drei Tage bewegen. Auf diese Weise können wir den Ertrag pro Mu von 500 Kilogramm auf etwa 1 000 Kilogramm Fisch steigern."

„Ohne die Störungen durch die Viererbande könnten wir noch viel besser leben"

Der Sekretär des Parteikomitees der Kommune erklärte uns, wie es bei der Entwicklung der Fischzucht und der Kollektivierung zu Stockungen und Sabotage gekommen ist: „Zur Zeit der Gründung der Volkskommune hat die Partei die Fischer aufgerufen, ansässig zu werden. Mehrere hundert Familien folgten diesem Aufruf und erhielten Land vom Staat zugeteilt. Das war während des großen Sprungs nach vorn. Dann hat Liu Schao-tschi die konterrevolutionäre Losung der ‚drei Freiheiten' herausgegeben: die Freiheit, einzeln zu produzieren, die Freiheit, einzeln die Produktion abzusetzen und die Freiheit, einzeln Gewinn und Verlust zu verantworten. Die Produktion sollte wieder auf die einzelne Familie bezogen werden. Die Kollektivierung sollte rückgängig gemacht werden. Die Folge war Stockung der Fischzucht und Beeinträchtigung der Produktion.

Während der Großen Proletarischen Kulturrevolution hat der Vorsitzende Mao die Fischer aufgerufen, in zwei bis drei Jahren sollten alle Fischer ansässig werden und ihr elendes Wanderleben auf den Booten beenden. Nach diesem Aufruf sind etwa 50 Prozent der Fischer ansässig geworden in den zwei bis drei Jahren. Wegen der Sabotagetätigkeit der ‚Viererbande' konnte diese Aufgabe aber nicht zu Ende geführt werden. ‚Kein Stück Land mehr wird an die Fischer ausgegeben', verkündete die ‚Viererbande'. Wenn wir aber keinen Boden haben, können wir keine Häuser bauen, kein Gemüse anpflanzen usw., vor allem aber können wir keine neuen Wasserflächen für die Fischzucht anlegen. Die Gefolgsleute der ‚Viererbande' sagten: ‚Ihr seid dem Aufruf während der zwei bis drei Jahre gemäß der Weisung des Vorsitzenden Mao nicht gefolgt, jetzt ist es zu spät, ihr habt die Gelegenheit verpaßt.' Eine Anzahl von Familien war direkt gezwungen, wieder auf das Boot zurückzukehren. Und haben wir die Produktion gesteigert, klebte uns die ‚Viererbande' das Etikett ‚Primat der Produktivkräfte' und ‚Vernachlässigung der Revolution' auf."

Seit 1965 hat die Kommune ihren Ertrag um fast 50 Prozent gesteigert. Damals war ihr Jahresertrag 950 000 Kilogramm Fisch, 1976 1 430 000 Kilogramm. Ständig gebessert hat sich die materielle Lage der Fischer. Hatte eine Familie vor Gründung der Kommune 50 Yuan zum Leben, hat sie jetzt über 220 Yuan im Monat.

Nach der Zerschlagung der „Viererbande" entfalten die Mitglieder der Kommune eine Kampagne zum Studium des 5. Bandes der Werke des Vorsitzenden Mao Tsetung und streben einen neuen Höhepunkt im Lernen in der Landwirtschaft von Dadschai an. Es gibt wieder eine Forschungsgruppe für Fischzucht, und im Vertrauen auf die eigene Kraft haben die Fischer und Kader begonnen, die Fischteiche auszubauen. In zwei Jahren soll die Ansässigkeit der Fischer erreicht sein. (Auch die Fischer, die heute noch gezwungen sind, auf den Booten zu leben, sind Mitglieder der Kommune.)

Unter der Führung des Parteikomitees haben die Fischer die Losungen aufgestellt: Große Fische züchten, mehr Fische fangen, einen größeren Beitrag leisten für den ganzen Staat und den Aufbau des Sozialismus. (Z-Red.)

Auf einem großen See fischen mehrere Brigaden der Kommune. Seit mehreren Jahren haben sie Motorboote, von denen vier bis sechs im Verband die Netze schleppen. Die kleinen Boote haben gerade ein Netz geleert. Liu Schao-tschi hatte behauptet, man könne in dem See keine Fischzucht betreiben, weil er zuviele Abflüsse habe. Jetzt haben die Fischer in langer, harter Arbeit sämtliche Abflüsse mit Bambus verschlossen.

Spanien: Aktienkurse steigen – Ausverkauf an die Imperialisten

„Während die spanischen Aktienbörsen auf die Ergebnisse der ersten demokratischen Wahlen seit 41 Jahren mit Freudensprüngen der Kurse reagierten, schlafft die Peseta an den Devisenbörsen ab" – so beginnt das „Handelsblatt" einen Kommentar mit der Überschrift *„Nächste Bewährungsprobe"*. Die erste Bewährungsprobe für die spanische Bourgeoisie war, die Wahlen als einen Prozeß der *„völligen demokratischen Erneuerung"* zu verkaufen, obwohl sich an der Herrschaft der spanischen Oligarchie unter dem Schutzmantel der Imperialisten nichts geändert hat.

Suarez, ehemaliger Generalsekretär der Falange, wurde Ministerpräsident. Die Büros der Faschisten wurden aufgelöst, die dort tätigen Beamten wurden in den Staatsdienst übernommen. Das Grundgesetz Francos gilt weiterhin. Eine Verfassungsgebende Versammlung gibt es nicht. Nach wie vor bestimmt der König den Ministerpräsidenten – also unabhängig vom Ausgang der Wahl – und bestimmt einen Teil der Senatoren.

Ob diese erste Bewährungsprobe so erfolgreich verlaufen ist, darüber waren sich die Bourgeoisjournalisten schon am Wahlabend nicht mehr sicher. Denn nur gestützt auf Sozialisten und Revisionisten würde es der Suarez-Regierung gelingen, die notwendigen Maßnahmen zur Verschärfung der Ausbeutung der spanischen Arbeiterklasse und der spanischen Volksmassen durchzusetzen und die weitere Auslieferung des Landes an die Imperialisten durchzuführen.

Jetzt steht also die nächste Bewährungsprobe an, und die Kurse steigen, weil die US-Imperialisten und die EG-Imperialisten davon ausgehen, daß sie die Suarez-Regierung in der Hand haben.

Daß die Peseta im Kurs ständig sinkt, ist dabei überhaupt kein Widerspruch, sondern die notwendige Folge. Seit Jahren steigen die Importe ständig weiter gegenüber den Exporten. Das Defizit der Handelsbilanz betrug im Jahre 1975 durchschnittlich etwa 600 Millionen Dollar. Für das Ende 1976 wurde ein aufgelaufenes Zahlungsbilanzdefizit von etwa 3 Milliarden Dollar erwartet.

Überdurchschnittlich stark ist der Import von Maschinen gestiegen. Dazu gehört, daß zum Beispiel für Erstausstattungen ausländischer Kapitalisten weder Zölle noch Einfuhrsteuern gezahlt werden brauchen. Als Ausdruck der Abhängigkeit des Landes vom Imperialismus, die die Herausbildung einer nationalen Produktion nicht zuläßt, sind auch die Importe von Lebensmitteln ständig gestiegen. Das ständige Defizit hat zu einem fortlaufenden Druck auf die spanische Währung geführt. Bei seinem Besuch in den USA hat dann Suarez im Mai abgeben bereits davon gesprochen, daß die Peseta abgewertet würde. Das wird die Bedingungen für die Investitionen der US- und BRD-Imperialisten in Spanien weiter verbessern.

Zur weiteren Förderung der Investitionen der Imperialisten ist ein Programm beschlossen worden mit einem Fonds von 50 Milliarden Peseten; daß es vor allem dem ausländischen Kapital zugute kommen wird, ist schon ausgemacht. Genehmigungspflichtig sind ausländische Investitionen überhaupt erst, wenn die Beteiligung an spanischen Unternehmen 50% übersteigt.

Um sich den Zugriff auf Spanien zu sichern, haben die US-Imperialisten einen Kredit von 700 Millionen bis einer Milliarde Dollar in Aussicht gestellt. Die westdeutschen Imperialisten haben sogleich nachgezogen. Ein westdeutsches Bankenkonsortium verhandelt gegenwärtig über einen Kredit von 500 Millionen DM. Dabei hat sich bereits jetzt die Verschuldung Spaniens an die Imperialisten von 1974 bis jetzt verdoppelt auf 12 Milliarden Dollar.

Die jährlichen Zinsverpflichtungen an die Imperialisten belaufen sich bereits jetzt auf 1,5 Milliarden Dollar. Aber das genügt den Imperialisten noch keineswegs. Jetzt bereitet die Regierung Suarez eine Steuerreform vor, die vor allem die Lohnsteuern erhöhen soll. Über die Besteuerung der Kapitalisten muß selbst die „Frankfurter Allgemeine Zeitung" berichten: *„Gegenwärtig vereinnahmt eine kleine Schicht von Wohlhabenden (4% der Bevölkerung) rund ein Drittel des Volkseinkommens, wird jedoch nicht mehr als symbolisch besteuert."* (FAZ, 16.5.77)

Die entscheidende Frage für die US-Imperialisten und die EG-Imperialisten aber ist, ob es gelingt, die spanische Arbeiterklasse und die spanischen Volksmassen weiter zu unterdrücken und ihre unvermeidlichen Kämpfe zu verhindern. Die Preissteigerungsrate beträgt derzeit etwa 30% im Jahr, die Arbeitslosigkeit etwa eine Million bei einer Bevölkerungszahl, die etwa halb so groß ist wie in der BRD. Seit dem März dieses Jahres versucht die spanische Bourgeoisie gestützt auf die Imperialisten daher ein Gesetz über das Arbeitsrecht durchzusetzen, das beinhaltet: Verbot politischer Streiks, Erlaubnis der Aussperrung. Freiheit der Kapitalisten zur jederzeitigen Entlassung.

Die Kämpfe der Arbeiterklasse wird dieses Gesetz auf keinen Fall verhindern können, das haben die großen Streikbewegungen in den letzten Monaten gezeigt. – (Z-Red)

„Verbot! Verbot! Verbot!“

Wollen tut die Bourgeoisie, aber wird sie auch können?

„Albrecht sieht Grohnde als Wendepunkt“

„24 Stunden nach den blutigen Auseinandersetzungen zwischen den gewalttätigen Demonstranten und der Polizei hat der niedersächsische Ministerpräsident Albrecht (CDU) am Sonntag angekündigt, er werde mit der Bundesregierung und den anderen Landesregierungen die Möglichkeit prüfen, diese Organisation als kriminelle Vereinigung verbieten zu lassen. . . .‚Diese Kriminellen müssen hinter Schloß und Riegel gebracht werden‘, erklärte Albrecht.“ (Stuttgarter Zeitung, 21.3.)

Springer ist sofort mit dem notwendigen „Material“ zur Stelle:

„Im Camp übten Kommunisten den Angriff“

„Wie DIE WELT aus zuverlässiger Quelle in Hannover erfuhr, unterhält der Kommunistische Bund Westdeutschland (KBW) ein Trainingslager, in dem militante Mitglieder den Sturmangriff auf den Bauplatz üben konnten. Anhand exakter Zeichnungen und mit Hilfe von Zusatzinformationen aus dem Personenkreis, der Zugang zum Gelände hat, wurden in einem Wald ein Stück des doppelten Metallgitterzaunes und eines der Tore in Originalgröße nachgebaut. Ein Augenzeuge berichtet: ‚Aus den paar hundert Aktivisten, die für solche Aufgaben bereistehen, werden Dreier-Gruppen gebildet. Die trainieren dann mit Bolzenschneidern, Wurfankern, Spaten und Sägen. Die Männer tragen Ölzeug, Motorradhelme und Gasmasken. Um die Bedingungen des Ernstfalles möglichst realistisch zu simulieren, werden sie beim Einsatz aus Feuerwehrschläuchen angespritzt und mit Tränengas eingenebelt.“

Auf dem Ausbildungsprogramm stünden auch der gezielte Weitwurf mit Pflastersteinen und Krafttraining zur Stärkung der Kondition.“ (Die Welt, 20.3.)

„Die Zeit“ prüft, ob die Einheit im Lager der Bourgeoisie schon weit genug gediehen ist:

„Wer fürchtet sich vorm KBW?“

„. . . Am Montag kündigte der Ministerpräsident an, er wolle mit Bundesregierung und Bundesrat sprechen. Von einer Pressekonferenz im Innenministerium, wo er zuvor das dramatisch aufgebaute Waffen- und Gerätearsenal besichtigt hatte, begab er sich zur Bundes-CDU nach Bonn. Dort sekundierte ihm Helmut Kohl und verlangte eine entschlossene ‚staatliche Gegengewalt‘. Nicht lange danach bestätigte auch Klaus Bölling: ‚Die Bundesregierung denkt über das Verbot des KBW nach.‘ Albrechts Kommunistenalarm in Bonn sollte anscheinend die Besonnene überrumpeln. Ernst Albrecht braucht die Bonner Front. Denn die niedersächsische Koalition ist über ein Verbot des KBW geteilter Meinung. Der freidemokratische Innenminister Rötger Gross glaubt zwar, daß man nach dem Karlsruher KPD-Urteil von 1956 auch mit einem KBW-Verbot durchkäme. Er bezweifelt jedoch die Zweckmäßigkeit . . .“ (Die Zeit, 25.3.)

Die FAZ erinnert die Bourgeoisie an die Nützlichkeit der Opportunisten und weiß, wie es gemacht werden soll:

„Kriminelle Vereinigung . . .“

„Bereits bei der letzten Demonstration vor Brokdorf wollte der KBW die Polizei in eine offene Feldschlacht verwickeln. Er wurde davon nur durch die anderen kommunistischen Gruppen abgehalten. Es wäre also zu unterscheiden zwischen kriminell gewalttätigen Parteien und anderen extremistischen Splittergruppen, die wenigstens bisher offene Gewalt vermieden haben. Ferner gibt es Gruppen, die verfassungsfeindliche Ziele grundsätzlich mit legalen oder pseudolegalen Methoden zu erreichen suchen. Verbieten sollte man nur kriminell gewalttätige Gruppen; politische Feinde muß man dagegen politisch bekämpfen.“ (23.3.)

Selbst der abgeschossene Generalbundesanwalt Buback gibt noch etwas her:

„Ihr harter Kern besteht aus über 1 000 Mann.

Sie werden von etwa 5 000 Sympathisanten unterstützt, darunter Pfarrer, Schriftsteller, Journalisten, Rechtsanwälte, Ärzte. Sie unterhalten rund 100 konspirative Wohnungen. Sie arbeiten zunehmend mit dem Kommunistischen Bund Westdeutschland zusammen. Er hat rund 5 000 Mitglieder.“ (Bild, 12.4.)

„Probleme“

„Der Spiegel“ aus Hamburg meldet die Probleme der Bourgeoisie:

„Ob die Rädelsführer am Grohnder Bauzaun vielleicht nicht dem KBW, sondern dem KB (‚Kommunistischer Bund‘) oder einer der beiden KPD-Gruppen oder gar ganz anderen Vereinen angehört haben, ließ Albrecht beiseite. Für ihn stand sogleich fest: ‚Der KBW ist zweifellos die am besten organisierte Kraft‘. Jedenfalls: ‚Diese eiskalte Brutalität ohne Rücksicht auf Menschenleben‘, so der Ministerpräsident entschlossen, das werde ich nicht hinnehmen.‘

Da macht sein Koalitionspartner Groß nicht mit. Der liberale Jurist urteilt zurückhaltend: ‚Da bin ich vorsichtig und sage nicht, das war der KBW.‘ Und selbst wenn: ‚Mit einem Verbot ist das Problem nicht weg.‘ Statt auf Richtersprüche hofft Groß darauf, daß die Bürgerinitiativen sich zu einem Radikalenerlaß bequemen und sei es auch zu einem ungeschriebenen.

Der Innenminister hält das für ein Patentrezept: ‚Wenn die Volksmassen sich von denen trennen, ist deren politische Wirksamkeit gleich null. Ohne Kulisse sind das Würstchen.‘“ (Der Spiegel, 28.3.)

Jungreaktionäre melden sich zu Wort

Nach einer Landesvorstandssitzung der CDU in Niedersachsen:

„Der Sprecher der CDU teilte mit, Widerspruch habe es in diesem Punkt von seiten der Jungen Union gegeben. Niedersachsens Regierungssprecher Hilmar von Poser hatte mehrfach betont, Albrecht sei nicht für ein Verbot, sondern zunächst nur für die Prüfung eines Verbotes des KBW. Einen Verbotsantrag können die Bundesregierung, der Bundestag und der Bundesrat beim Bundesverfassungsgericht stellen.“

„Ins Zentrum der Finanzbourgeoisie“

„‚Ins Zentrum der Finanzbourgeoisie.‘ Der Kommunistische Bund Westdeutschland jetzt in Frankfurt.“

Mit solchen und ähnlichen Schlagzeilen schreckt die Bourgeoispresse im April die Imperialisten auf.

„Während Sicherheitsbeamte im hessischen Innenministerium kein ‚gutes Vorzeichen‘ in diesem Ortswechsel sehen, sind die Mannheimer Staatsschutzstellen froh, den KBW, der als militanteste Gruppierung aller sogenannten K-Gruppen gilt, ‚endlich loszuwerden‘“. (Stuttgarter Nachrichten, 13.4.)

„Merk: Kommunisten sind wie eine Hydra“

berichtet die „Frankfurter Allgemeine“ am 21.4.:

„Vor Journalisten hielt es Innenminister Merk nicht für opportun, gegen den Kommunistischen Bund Westdeutschland (KBW) in Karlsruhe ein ‚isoliertes Verfahren‘ anzustrengen. Die Gefolgsleute aller dieser Gruppierungen verstünden es viel zu gut, sich unter einem neuen Namen alsbald wieder zu sammeln. Merk verglich die Kommunisten mit einer Hydra, der sofort ein neuer Kopf nachwachse, sobald man einen alten abschlage, und meinte, die demokratischen Parteien kämen im Augenblick ‚in der offenen politischen Auseinandersetzung‘ am weitesten.“

„Ein Diskussionsforum der Vorsitzenden von SPD, CDU und FDP mit den Chefs der K-Parteien . . .?‘

„Den Antrag stellen können der Bundestag, die Bundesregierung, der Bundesrat. Die Unionsmehrheit dort wäre am ehesten geneigt, diesen Schritt zu tun; von einem Entschluß ist sie noch weit entfernt. In der Tat ist er sorgsam zu überlegen.

Wen also soll man verbieten? Die DKP dann, wenn sie einmal zehn Prozent der Stimmen hat? Dann wird es heißen: administrative Repression hilft nicht. Die K-Parteien dann, wenn sie wie Bürgerkriegsarmeen durchs Land ziehen? Dann wird es heißen, offener Kampf sei geboten, nicht das Verbot. Diese beiden Argumente verschränken sich wie zur Abstützung: das eine Verbot könne nicht sein ohne das andere, also alle beide nicht.

Das Instrument des Verbots extremistischer Parteien ist damit verbraucht; es gehört damit ins historische Museum der wohlgemeinten, aber vergeblichen Versuche. Was bleibt, ist die gebetmühlenhafte Forderung, man müsse sich mit extremistischen Parteien ‚politisch auseinandersetzen‘. Wie denn? Ein Diskussionsforum der Vorsitzenden von SPD, CDU, CSU und FDP mit den Chefs der K-Parteien einschließlich der DKP, an dessen Ende diese mit Tränen der Reue in den Augen Treue zur Verfassung geloben? Viel Vergnügen, viel Erfolg.“ (FAZ, 11.5.)

Die Bourgeoispresse drängt zu einheitlichem Vorgehen. Jetzt werden „Erkenntnisse“ verschiedener „Verfassungsschutzämter“ nachgeschoben:

„Binnen kurzer Zeit können Maoisten und Chaoten in der Bundesrepublik 15 000 bis 20 000 Anhänger mobilisieren. Zu diesem Schluß kommt Dr. Josef Horchem, der Leiter des Landesamtes für Verfassungsschutz in Hamburg . . .Eine Gefahr, die immer größer wird: maoistische Gruppen in der Bundesrepublik“. (Die Zeit, 12.5.)

Und über den Bericht des niedersächsischen Verfassungsschutzes:

„Operationsbasis von Terroristen in Niedersachsen vermutet – Anwachsen des Links-und Rechtsextremismus/Zunehmend militante Aktionen“ (Frankfurter Allgemeine Zeitung, 4.6.)

Filbinger: „hieb- und stichfester Vorschlag“

„Filbinger: Differenziertes Verbot . . . Noch vor der Sommerpause will Filbinger mit einem hieb- und stichfesten Vorschlag an die Öffentlichkeit treten. Filbinger denkt an ein etappenweises Vorgehen. Danach sollen zunächst die kommunistischen Gruppen einschließlich der DKP für verfassungswidrig erklärt werden. Daraus solle sich aber noch keine Verbotsautomatik für alle diese Gruppen ergeben. Vielmehr solle dieses Verbot ‚wie ein Damoklesschwert‘ über diesen Gruppen hängen.“ (Die Welt, 9.6.)

„Filbinger ruft zum offensiven Kampf gegen Meinungsterror und Gewalt auf . . .“

„Dazu gehöre auch, daß die staatlichen Organe sich nicht scheuen dürften, die Waffe des Verbots anzuwenden. Filbinger bestätigte in diesem Zusammenhang Nachrichten, daß Baden-Württemberg mit anderen Bundesländern Kontakte aufgenommen habe, um über den Bundesrat ein Verbot der sogenannten K-Gruppen zu erreichen. Er gehe davon aus, sagte Filbinger, daß eine entsprechende Initiative im Herbst ergriffen werden könne. Auf Fragen bestätigte Filbinger, daß daran gedacht sei, den Kommunistischen Bund Westdeutschland (KBW) und die DKP verbieten zu lassen.

Filbinger wies darauf hin, daß Vertreter des KBW vor kurzem in einer Fernsehsendung unverhohlen Gewalt als Mittel der politischen Auseinandersetzung propagiert hätten. Der KBW habe in Frankfurt ein 17stöckiges Hochhaus als Hauptquartier gekauft und ‚bar bezahlt‘.

Außer den Verbotsanträgen werden man sich überlegen müssen, wie das Hochschulrecht so gestaltet werden könne, daß wirksame und rasche Maßnahmen gegen die Drahtzieher gewalttätiger Aktionen ergriffen werden könnten.

Die politische Auseinandersetzung mit allen Formen von Gewalt und Intoleranz sei die zentrale Aufgabe der politischen Parteien in den nächsten Monaten, sagte Filbinger. Diese Aufgabe sei freilich ohne die Zusammenarbeit mit verschiedensten Gruppen der Bürgerschaft und der Mehrheit der Studenten nicht zu lösen.“ (Stuttgarter Zeitung, 18.6.)

Telefongespräch mit der Pressestelle des Staatsministeriums Baden-Württemberg vom 23.6.77

„. . . .“

„Guten Tag, ist die Pressestelle?“

„Ja“

„Hier ist die Redaktion der Kommunistischen Volkszeitung.“

„Grüß Gott“

Wir hätten gern von Ihnen gewußt, wie das Landeskabinett am letzten Mittwoch bezüglich des KBW-Verbots entschieden hat.“

„Da muß ich mal versuchen, ob ich Sie weiter verbinden kann.“

„Ja“

„Einen kleinen Moment bitte . . .“

„Redaktion der Kommunistischen Volkszeitung in Frankfurt.“

„In Frankfurt, ja, Moment.“

– Pause von 6 Gebühreneinheiten –

„. . .ndreoff.“

„Guten Tag. Mit wem spreche ich bitte?“

„Mein Name ist Andreoff.“

„Andreoff?“

„Ja.“

„Guten Tag, Herr Andreoff, hier ist die Redaktion der Kommunistischen Volkszeitung in Frankfurt.“

„Ja.“

„Wir hätten gern von Ihnen gewußt, wie sich das Kabinett am Mittwoch bezüglich des KBW-Verbotes entschieden hat.“

„Ja, unsere Haltung ist unverändert. Wir haben einen Grundsatzbeschluß, . . . der sich darauf bezieht, das Verbot der K-Gruppen zu beantragen.“

„Wann ist der gefaßt worden?“

„Das ist sehr schwer . . . Dieser Beschluß ist schon älter, dieser Grundsatz . . . diese grundsätzliche Überlegung.“

„Ungefähr?“

„Ja, das mag ein paar Wochen her sein.“

„Aha.“

„Mag ein paar Wochen sein. Wir haben aber keinen konkreten Beschluß gefaßt bislang, einen solchen Antrag – äh – einzubringen, sondern es sollte zunächst einmal die Diskussion belebt werden – in diesem Punkte.“

„Aha, dann ist das also abgesetzt worden am letzten Mittwoch?“

„Woher wissen Sie das?“

„Ja, also uns wurde bekannt von der Monitor-Redaktion, daß am letzten Mittwoch darüber verhandelt werden sollte im Kabinett.“

„Nein, nein, die Landesregierung hat keinen Beschluß hinsichtlich einer Einbringung des Antrags jetzt gefaßt.“

„Aha, dann hat die Welt angekündigt, daß der Herr Ministerpräsident Filbinger noch vor der Sommerpause mit einem ‚hieb- und stichfesten Vorschlag‘, wie es hieß, ans Licht der Öffentlichkeit treten wollte. Ist Ihnen darüber was bekannt?“

„Ich kenne jetzt diese Welt-Meldung nicht.“

„Aus der letzten Woche.“

„Aber es ist sicher so, daß der Ministerpräsident seine Haltung ja verschiedentlich auf Pressekonferenzen ja verdeutlicht hat.‘

„Ja?“

„Sie können sicher sein, daß die Diskussion jetzt noch über die Sommerpause weiterläuft und dann alsbald nach der Sommerpause auch konkrete Schritte ins Auge gefaßt sind.“

„Welche sind das etwa?“

„Das kann ich Ihnen jetzt gegenwärtig nicht sagen.“

„Aha. Dann ist die Rede von Kontakten mit anderen Ländern. Welche Länder unterstützen das bis jetzt?“

„Auch darüber kann ich Ihnen keine Auskunft geben, denn solange die Beratungen und die Diskussionen laufen, kann ich natürlich nicht in die Diskussion eingreifen, kann hier keinen Zwischenstand von Diskussionen hier mitteilen.“

„Gut, dann vielen Dank. Auf Wiederhören.“

„Auf Wiederhören.“



„Und sie investieren doch“

„Und sie investieren doch“, überschreibt die „Frankfurter Allgemeine“ ihren letzten Konjunkturbericht. Wie kommt sie dazu? Bisher beklagten die Kapitalisten ihre *„Investitionsunlust“* und lobten allein den Kapitalexport.

„Die deutschen Unternehmen seien investitionsmünde, heißt es allenthalben. Auf einem Gebiet indes haben sie sich ihre Frische bewahrt, ja sind sie in den vergangenen Jahren erst auf den Geschmack gekommen: bei den Investitionen im Ausland, die mit mehr als fünf Milliarden 1976 in etwa die stattliche Höhe des vorangegangenen Jahres erreichten. (. . .) Just in einer Zeit, für die Statistiker eine Investitionslücke von vielen Milliarden Mark registrierten, wuchsen die Investitionen im Ausland sprunghaft, nämlich von 2,8 auf 5,6 Milliarden DM im Jahr 1973“, so die „Süddeutsche Zeitung“.

Jetzt haben auf den letzten Aktionärsversammlungen Opel und Daimler Benz Investitionen von je fünf Milliarden Mark bis 1980 angekündigt. Der Kaufhof als zweitgrößter Warenhauskapitalist hat für die nächsten beiden Jahre jeweils 150 Millionen Mark als Investitionen beschlossen. Woher der Wandel?

Der westdeutsche Imperialismus ist zu einem doppelten Expansionsprogramm zur Überwindung der Überproduktionskrise angetreten: auf der einen Seite Verstärkung des Kapitalexports und auf der anderen Kapitalvernichtung und Verschärfung der Ausbeutung im Innern:

VW strebt den Bau eines zweiten Montagewerkes in den USA an, Klöckner hat zusammen mit einem britischen Konzern einen Vertrag über den Bau zweier großer Methanolwerke in der UdSSR abgeschlossen, das sind nur zwei besonders herausragende Expansionsprojekte, die in der letzten Woche bekannt wurden.

Gleichzeitig mit dem verstärkten Export direkt in die imperialistischen Konkurrenzländer sucht der BRD-Imperialismus verstärkt, an der Ausplünderung der Länder um das pazifische Becken teilzuhaben. Die Deutsche Bank veranstaltete Ende letzten Jahres eigens eine Auslandsvertretertagung mit dem Thema „Chancen im ‚Pazifischen Becken‘“.

„Die Deutsche Bank betrachtet das Pazifische Becken mit seinem Rohstoffreichtum und seinen bedeutenden Finanzzentren als die Region mit dem größten Wachstumspotential.“ Die Bundesregierung wird zur Absicherung dieser Expansionsbestrebungen eingesetzt. Genscher wurde vor zwei Wochen auf Reisen in Länder am Pazifischen Ozean geschickt, und im neuen Haushalt hat die Bundesregierung den Posten für die Bürgschaften der Regierung für den Export westdeutscher Kapitalisten gegenüber dem Vorjahr fast verdoppelt auf 110 Milliarden DM.

Der Kapitalexport und damit zusammenhängend Produktionsverlagerungen haben zur Vergrößerung der industriellen Reservearmee in der BRD beigetragen und somit den Angriff auf das Lohnniveau der Arbeiterklasse erleichtert. Die Kraft für den Kampf um die Neuaufteilung der Weltmarktanteile und Anlagesphären ziehen die Kapitalisten aus der schrankenlosen Verschärfung der Ausbeutung der Arbeiter hier. Die Lohnraubabschlüsse, die die sozialdemokratischen Gewerkschaftsführer in den letzten Jahren gegen die Arbeiterbewegung durchgesetzt haben, waren Balsam für die Investitionsunlust der Kapitalisten. Sie wollen in der Senkung des Lohnniveaus aber noch weitergehen.

„Nach der langjährigen Schmälerung der Ertragskraft und angesichts der noch unzureichenden Kapazitätsauslastung konnte niemand erwarten, daß es in einem einzigen Jahr zurückhaltender Lohnpolitik zu einer rasch wachsenden Investitionstätigkeit kommen würde. (. . .) Für die Lohnpolitik bedeutet dies, daß eine Rückkehr zu den Tariflohnerhebungen der Jahre 1969 bis 1974 nicht möglich ist.“

So legt die Deutsche Bank in ihrem jüngsten Geschäftsbericht die Strategie fest. In einigen Branchen wie der Automobilindustrie ist die Ausbeutung der Arbeiter in den letzten Jahren so gesteigert worden, daß zusammen mit der Stillegung von Produktionsstätten der Fall der Profitrate aufgehalten werden konnte und die Lust am Investieren merklich gestiegen ist. Gestützt auf die Senkung des Lohns versuchen sie dann die weitere Ausdehnung des Arbeitstages und die Brechung jeglicher Schranken gegen die Ausbeutung durchzusetzen.

Weil immer mehr Länder der Dritten Welt auch das Joch des Neokolonialismus abschütteln und Maßnahmen gegen ausländisches Kapital ergreifen, und auf der anderen Seite in allen kapitalistischen Ländern Überproduktion von Kapital herrscht, treiben die Expansionsmaßnahmen zwangsläufig auf den Krieg um die Neuaufteilung der Welt zu, wenn die Arbeiterklasse nicht vorher mit diesem Pack Schluß macht. – (Z-Red.)



(Aus: Wirtschaftswoche)


(Aus: Vorwärts, Zentralorgan der SPD)

Die Bourgeoisie, die ihrerseits in Urlaub fährt, so oft, solange und wohin auch immer sie will – einige von ihnen tun nichts anderes – überschüttet die Arbeiter und Volksmassen, die nur unter größten Anstrengungen und Entbehrungen, wenn überhaupt, im Urlaub verreisen können, mit Hohn und Spott. Ideologisch dient die Verhöhnung der Vorbereitung weiterer Lohnsenkungen. Die Volksmassen sollen nicht in Urlaub fahren, sondern sagen: „Zu Hause ist es doch am besten." So sollen die Reproduktionskosten der Arbeitskraft gesenkt werden und der Kauf der Arbeitskraft für die Kapitalisten verbilligen. Besonders erfreut sind die Bourgeois zusätzlich noch darüber, daß sie, solange sie den Volksmassen Urlaubsreisen noch nicht ganz haben streichen können, an der Reproduktion der Arbeiterklasse ein gutes Geschäft machen und ihnen darüberhinaus die Bedingungen diktieren können. Zu Höchstleistungen in der Verspottung bringen es dabei die Sozialdemokraten, die, zufrieden über gelungene Spaltungen in den Lohnkämpfen, an dem Bau solcher Urlaubsghettos durch die Neue Heimat und durch Verkauf von Pauschalreisen über das Reiseunternehmen der Gewerkschaft „gut" die Ausplünderung der Arbeiterklasse betreiben.

Urlaubszeit

Je erschöpfter der Arbeiter von der Arbeit ist, um so vergnügter werden die Kapitalisten. Die Erschöpfung des Arbeiters verheißt ihnen Profit, größere Erschöpfung mehr Profit, denn sie ist ein Gradmesser dafür, wie weit es ihnen gelungen ist, den Arbeitstag zu verdichten und zu verlängern. Bourgeois sterben an Erschöpfung nur im Bordell, verkommen wie sie sind. Über den Verschleiß der Arbeitskraft ergötzen sie sich:

„Norbert Blüm verglich die Deutschen in ihrer Freizeit zwischen zwei Arbeitstagen mit einem angeschlagenen Boxer, der zwischen zwei Runden in den Seilen hängt und bis zum nächsten Gong nur mit Mühe fit gemacht werden kann." (Wirtschaftswoche, 28.1.1977)

Für den Arbeiter ist es eine Lebensfrage, wieviel Zeit er hat, um seine Arbeitskraft wiederherzustellen, ob er ausreichend frische Luft atmen kann gegenüber dem Gestank und dem Dreck im Betrieb, ob er Gelegenheit hat, gegenüber der nervenaufreibenden Stumpfsinnigkeit der sich ständig wiederholenden Handgriffe, die die Maschinerie ihm diktiert, seine Organe und Gliedmaßen z.B. durch Sport auszugleichen und bei Kräften zu halten.

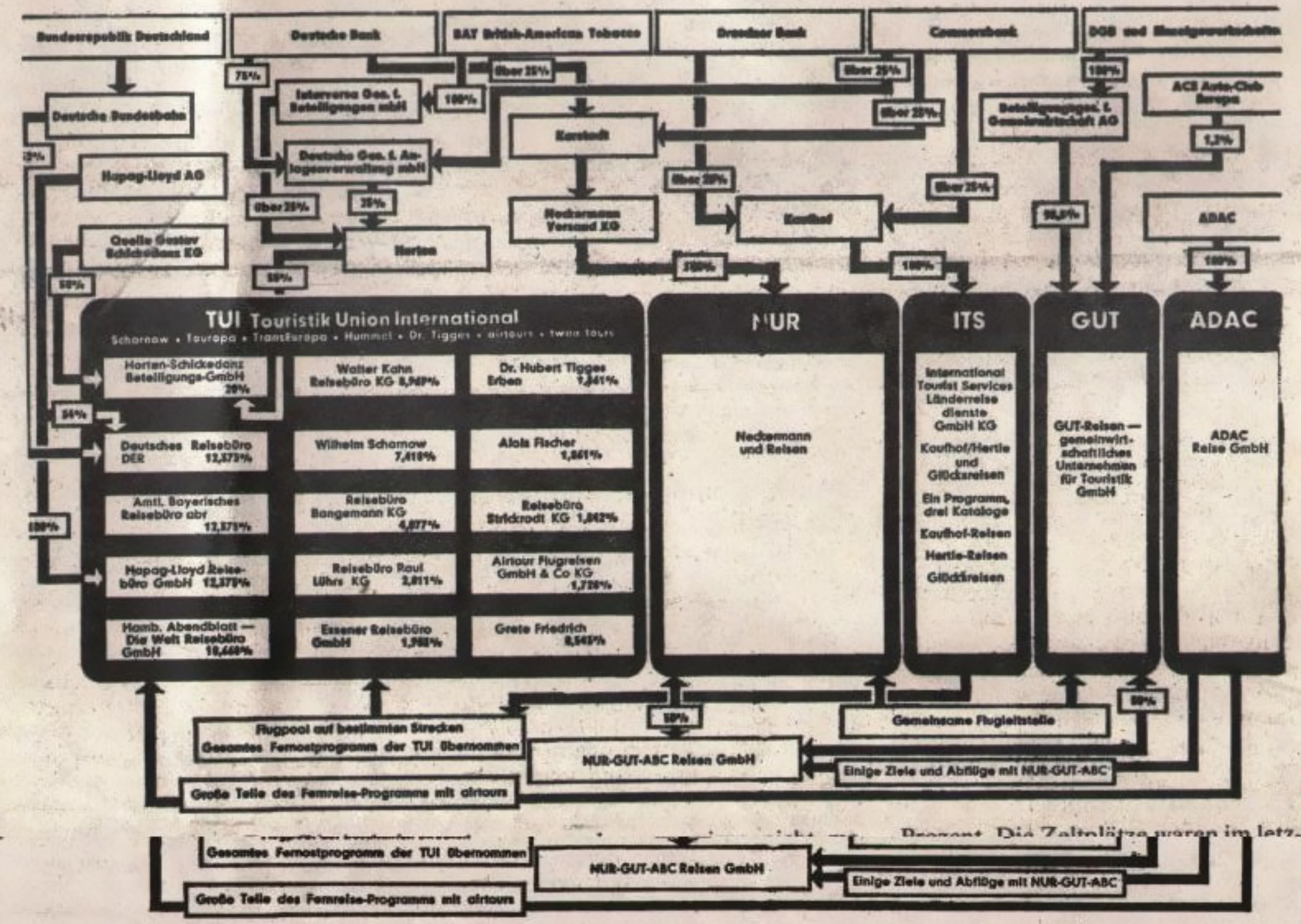
Je intensiver die Ausbeutung ist, um so länger braucht er Zeit, um seine Arbeitskraft wiederherzustellen, und Bedingungen, die ihm das erlauben.

Das Bundesurlaubsgesetz sichert ihm einen Jahresurlaub von 18 Tagen zu. Der Kapitalist bestimmt, wann der Arbeiter Urlaub nehmen darf, der Arbeiter kann Wünsche äußern.

18 Tage Urlaub sind lächerlich, erkämpft haben sich die Arbeiter deshalb bis heute einen Urlaub, der zwischen vier und fünf Wochen liegt, der aber nach wie vor nicht ausreicht, um sich von einem Jahr Profitproduktion wieder herzustellen, und ständig aufgehoben werden kann, solange er gesetzlich nicht abgesichert ist.

Die kapitalistische Produktion untergräbt nicht nur den Menschen, sondern auch die Natur. Indem der Kapitalist mit Abgasen die Luft verdreckt – soweit, daß in allen größeren Städten Westdeutschlands Smogalarmpläne bestehen – wird es für den Arbeiter zu einem Problem, saubere Luft zu atmen. Auch daraus machen die Kapitalisten Geld, wie z.B. in Mannheim, wo man für das Spazierengehen in einem ganz gewöhnlichen Park Eintritt bezahlen muß.

hat, gegenüber der nervenaufreiben- men. Auch daraus machen die Kapita-



IHR URLAUB: ENTDECKEN SIE DEUTSCHLAND WIEDER.

Auf der Suche nach Stille und Erholung, nach Erbauung und Zerstreuung haben die Deutschen ein neues Urlaubsparadies entdeckt: Deutschland.

Die Hälfte der Bevölkerung Westdeutschlands über 14 Jahren ist nicht in der Lage, in Urlaub zu fahren. Die Lohnsenkungen der letzten Jahre zwingen sie zunehmend, auf eine Urlaubsreise ganz zu verzichten und zu Hause zu bleiben. „Damit Ihr Urlaub Sie nicht wieder urlaubsreif macht, bleiben Sie in Deutschland", wirbt deshalb der Deutsche Fremdenverkehrsverband.

Auf die gleichen Schwierigkeiten trifft der Arbeiter, will er z.B. schwimmen gehen. Den Rhein haben die Kapitalisten teilweise so vergiftet, daß wegen Seuchengefahr die Bourgeoisie Badeverbote bei Gefängnisstrafe aufstellt. Gleichzeitig plündert der Staat die Volksmassen über Eintrittsgelder für Schwimmhallen und Freibäder.

Die Profitproduktion zwingt den Arbeiter nicht nur dazu, immer länger Urlaub zu machen, sondern im Urlaub dorthin zu fahren, wo er Bedingungen vorfindet, unter denen er seine Arbeitskraft einigermaßen wiederherstellen kann. Dazu braucht er ein Auto. 64,4 Prozent aller Urlaubsreisen sind im letzten Jahr mit dem Auto unternommen worden. Anders als mit dem PKW ist ein Urlaub für einen vierköpfigen Arbeiterhaushalt überhaupt nicht denkbar, die Reisekosten mit Bahn oder Flugzeug würden das Geld verschlingen, das für den ganzen Urlaub zur Verfügung steht.

Die Verstopfungen auf den Straßen, die aufgrund dieser Tatsache zwangsläufig entstehen müssen, nimmt die Bourgeoisie zum Anlaß, sich in aller Breite und Gemeinheit darüber lustig zu machen, während sie in ihren Luxusjets um die Welt gondelt.

Im letzten Jahr sind 1,14 Millionen der westdeutschen Bevölkerung über 14 Jahre weniger in Urlaub gefahren als noch im Vorjahr. Gleichzeitig ist die Neuzulassung von PKWs gestiegen. In Urlaub zu fahren steht für die Arbeiterfamilie alternativ zur Anschaffung von notwendigen Gebrauchsgütern wie der Anzahlung eines neuen Autos, dem Kauf einer neuen Waschmaschine, der Einkleidung der Familie. Daß dennoch 1975 auf dem Höhepunkt der Krise soviele Familien wie noch nie in Urlaub gefahren sind, ist nur ein Zeichen dafür, welchen Grad die Auspressung der Arbeitskraft erreicht hat, daß der Arbeiter unter Verzicht auf andere lebensnotwendige Güter die Wiederherstellung seiner Arbeitskraft im Urlaub an erste Stelle gesetzt hat. 1976 war dies bereits nicht mehr möglich, das Auto, das wegen Überalterung endgültig ersetzt werden mußte, hatte die Urlaubsfahrt zum Teil verdrängt. Nach dem Statistischen Jahrbuch konnte ein durchschnittlicher Vierpersonenhaushalt 1975 1 507,55 DM im Jahr für Urlaub ausgeben. Große Auslandsreisen kann man davon sowieso nicht machen, weshalb Österreich auch an erster Stelle steht der von Westdeutschen besuchten Länder.

Umgerechnet auf die 1,14 Millionen, die 1976 weniger in Urlaub fahren konnten, sind das mindestens 580 Millionen, die teilweise über den Lohnraub nicht mehr zum Ausgeben vorhanden waren, teilweise für anderes ausgegeben werden mußten als für eine Reise.

Die Einschränkungen der Reproduktionsbedingungen drücken sich nicht nur in der völligen Streichung des Urlaubs aus, sondern in der Gestaltung des Urlaubs selbst und dem Urlaubsziel. 400 000 sind im letzten Jahr weniger ins Ausland gefahren als noch im Jahr zuvor. Stattdessen verbringen immer mehr ihren Urlaub in Westdeutschland. Viele Arbeiterfamilien verbinden ihren Urlaub mit dem Besuch von Verwandten, wozu sie sonst das ganze Jahr über nicht kommen, und lösen dabei gleichzeitig das Problem der Übernachtung. Ähnlich wie die Urlaubsfahrt vom dem Besitz eines Autos zunehmend abhängt, wirkt die Übernachtungsfrage. Die Übernachtungen in Hotels und Pensionen sind zwar absolut geringfügig gestiegen, die Übernachtungsdauer, die sowieso schon gering ist, auf 5,2 Tage gesunken. Die Zahl der Arbeiter, die ihren Urlaub auf dem Zeltplatz verbringt, ist ständig gestiegen. Seit 1972 bis 1976 stieg die Zahl der Zeltplatzübernachtungen in Westdeutschland um 46,4 Prozent. Die Zeltplätze waren im letzten Jahr teilweise so überfüllt, daß sie wegen Überfüllung für jeden weiteren geschlossen waren. Gezeltet wird nicht, weil es so bequem oder etwa romatisch wäre, sondern weil die Alternative dazu der Urlaub auf dem Balkon zu Hause ist.

„Hingegen entwickelten die Bundesbürger eine selten erlebte Liebe zum Vaterland", schreibt die „Wirtschaftswoche" zufrieden. „Die Fremdenverkehrsverbände aller deutschen

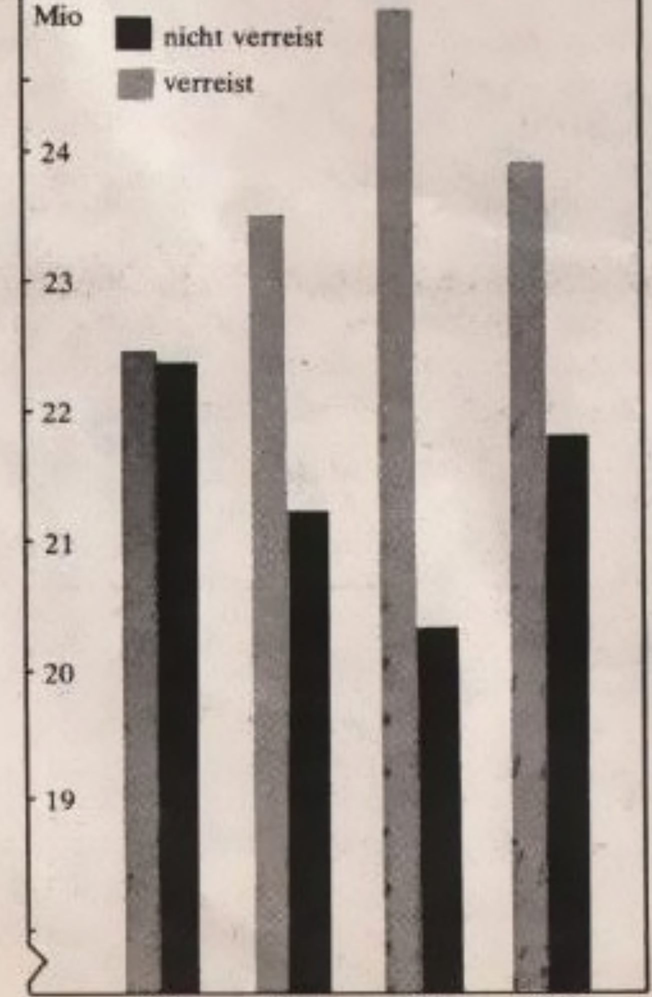


(Aus: Wirtschaftswoche)

Feriengebiete meldeten eine sehr gute Saison." Die „selten erlebte Vaterlandsliebe" ist erzwungen. Die „Deutschen entdecken" nicht „Deutschland wieder", wie die bürgerlichen Journalisten schreiben, sondern die Bourgeoisie geht planmäßig daran, der Arbeiterklasse und den Volksmassen die Urlaubsfahrt, die die kapitalistische Produktionsweise durch die Zerstörung des Menschen und seiner natürlichen Umwelt notwendig gemacht hat, zu streichen. – (Z-Red.)

Quelle: Statistisches Jahrbuch 1976
Reiseanalyse 1976; Internationale Tourismusbörse

Mio
verreist mit PKW
zugelassene PKW
18
16
14
12
10
8
1973 1974 1975 1976



Proletarier aller Länder vereinigt euch! Proletarier aller Länder und unterdrückte Völker vereinigt euch!

Kommunistische Volkszeitung

Zentralorgan des Kommunistischen Bundes Westdeutschland (KBW)